



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

03 | 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz regional: Koblenz
Arbeitskosten 2008
Schulen 2010/11



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH, Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG, Dietmar Guth

Unter dem Motto „Koblenz verwandelt“ findet vom 15. April bis zum 16. Oktober 2011 erstmals in Rheinland-Pfalz eine Bundesgartenschau statt. Dabei sind in der Stadt an Rhein und Mosel zahlreiche Festveranstaltungen in den drei Bereichen „Kurfürstliches Schloss“, „Blumenhof am Deutschen Eck“ und „Festung Ehrenbreitstein“ geplant. Aus diesem Grund steht die kreisfreie Stadt Koblenz in diesem Heft im Fokus unserer Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

03 | 2011

STATISTISCHE MONATSFESTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell	199
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft Verdienste ■ Bevölkerung ■ Bildung ■ Gesundheit ■ Haushalte Umwelt ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	210
Rheinland-Pfalz in Karten: Genehmigte Wohnungen 2010	211
Rheinland-Pfalz regional: Koblenz	212
Arbeitskosten 2008	229
Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2010/11	238
Daten zur Konjunktur	255
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	283
Neuerscheinungen	299

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie erhielt im Dezember mehr Aufträge

Im Dezember 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 30,9 Prozent mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +22,3 Prozent). Die Nachfrage aus dem Ausland stieg um 43,9 Prozent (Deutschland: +26,8 Prozent), aus dem Inland kamen 14,9 Prozent mehr Bestellungen als im Vorjahresmonat (Deutschland: +16,7 Prozent).

Die umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verzeichneten gegenüber Dezember 2009 nahezu durchgängig zweistellige Auftragszuwächse. Besonders hoch fiel dabei die Nachfrage nach Produkten der Maschinenbauindustrie aus (+76,4 Prozent), wozu vor allem die Auftragseingänge aus dem Ausland (+97,3 Prozent), aber auch die Order aus dem Inland (+37,3 Prozent) beigetragen haben. Die zweithöchste Wachstumsrate erzielten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+64,5 Prozent). Die Kraftfahrzeughersteller profitierten ebenfalls in besonderem Maße von den Auslandsgeschäften (+95,8 Prozent); die Inlandsaufträge zogen um 30,4 Prozent an. Einen deutlichen Zuwachs bei den Bestellungen verbuchten auch die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie von Papier, Pappe und Waren daraus (+34,5 bzw. +22,9 Prozent). Weniger dynamisch verlief die Entwicklung im umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweig, der chemische Industrie, mit einem Anstieg der Aufträge um 11,6

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

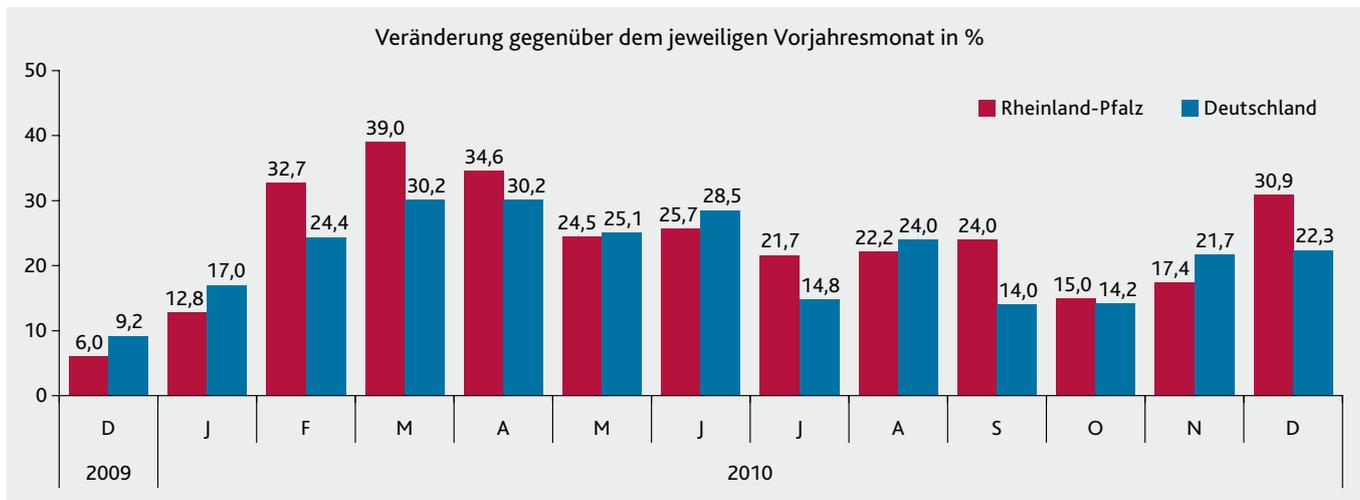
Indikator	Monatswerte		Veränderung Dezember 2010		
	Dezember 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingänge (real)					
Industrie	98,9	30,9%	↑	0,3%	↔
Inland	88,1	14,9%	↑	-10,4%	↓
Ausland	107,4	43,9%	↑	8,6%	↑
Chemie	70,7	11,6%	↑	-7,0%	↓
Fahrzeugbau	97,0	64,5%	↑	3,3%	↑
Maschinenbau	154,9	76,4%	↑	30,2%	↑
Metallerzeugnisse	85,0	0,7%	↔	-17,2%	↓
Bauhauptgewerbe	94,7	-10,9%	↓	1,3%	↔
Umsätze (real)					
Großhandel	96,8	-1,7%	↓	-9,4%	↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	124,5	-1,4%	↓	13,7%	↑
Kfz-Handel	84,3	11,4%	↑	-11,2%	↓
Gastgewerbe	85,9	-3,7%	↓	4,4%	↑

Prozent. Die Auftragseingänge der Hersteller von Metallerzeugnissen lagen in etwa auf dem Niveau von Dezember 2009 (+0,7 Prozent). Die Metallerzeugung und -bearbeitung hingegen hatte mit Einbußen zu kämpfen (-6 Prozent). Verantwortlich für den Rückgang war die stark gesunkene Auslandsnachfrage (-17,8 Prozent), die auch durch die kräftig gestiegenen Inlandsorder (+14,2 Prozent) nicht ausgeglichen werden konnte.

Das Auftragsvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie nahm im Dezember 2010 gegenüber November 2010 preisbereinigt um 0,3 Prozent zu (Deutschland: -6,3 Prozent). Maßgeblich für diese Entwicklung war das robuste Auslandsgeschäft mit einem Plus von 8,6 Prozent (Deutschland: -3,3 Prozent). Hierzu

dürfte vor allem der Maschinenbau beigetragen haben: Zuwächse bei den Bestellungen aus dem Ausland (+38,1 Prozent) und dem Inland (+12,8 Prozent) ließen den gesamten Ordereingang auf 30,2 Prozent steigen. Leicht verbessert zeigte sich die Auftragslage der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+3,3 Prozent), wofür die Nachfrage aus dem Ausland verantwortlich war (+13,1 Prozent); im Inlandsgeschäft verringerten sich die Bestellungen dagegen um 9,4 Prozent. Alle übrigen umsatzstarken Wirtschaftszweige – mit Ausnahme der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+0,9 Prozent) – mussten gegenüber November 2009 Auftragsrückgänge hinnehmen. Stark betroffen waren vor allem die Hersteller von Metallerzeugnissen (-17,2 Prozent), aber auch die Metallerzeugung und -bear-

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2009–2010 nach Monaten



beitung (–8,9 Prozent), die chemische Industrie (–7 Prozent) sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (–5,5 Prozent).

Industrie mit deutlichem Umsatzzuwachs

Im Jahr nach der Wirtschaftskrise sind die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie spürbar gestiegen. Die Zahl der Arbeitsplätze zeigt sich stabil. Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im Jahr 2010 Umsätze in Höhe von rund 74,5 Milliarden Euro, das waren 19,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Deutschland: +14,5 Prozent). Der

Auslandsumsatz zog mit +27,9 Prozent deutlich an (Deutschland: +19,6 Prozent). Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – lag damit bei 52 Prozent (Deutschland: 46,1 Prozent). Die Inlandserlöse stiegen um 10,9 Prozent (Deutschland: +10,4 Prozent). Trotz des Zuwachses wurde die Umsatzmarke des Jahres 2008 noch nicht wieder erreicht. Vor allem die Inlandsumsätze liegen noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau.

Im Dezember 2010 zählten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe gut 240 900 Beschäftigte. Das waren rund 1 100 bzw. 0,5 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: –0,1 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag im Jahr 2010 um 3,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres (Deutschland: +2,9 Prozent).

Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen meldeten gegenüber 2009 einen überdurchschnittlichen

Umsatzanstieg (+36,8 Prozent). Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erzielten ein Umsatzplus von 24,6 Prozent. Beeinflusst wurde hier die gute Entwicklung vor allem durch das starke Auslandsgeschäft (+40,1 Prozent); die Inlandserlöse legten um 10,5 Prozent zu. Auch die übrigen großen Branchen verbuchten Umsatzzuwächse, die von 1,7 Prozent in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen bis 20,8 Prozent in der Metallerzeugung und -bearbeitung reichten.

Die Mehrzahl der umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige hatte Ende 2010 mehr Personal als ein Jahr zuvor. Vor allem die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren bauten ihren Personalbestand aus (+5,5 Prozent). Zuwächse meldeten auch die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+1,9 Prozent), der Maschinenbau (+1,7 Prozent) sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+0,7

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 255 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Umsätze 2010 und Beschäftigte im Dezember 2010 im verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen



Prozent). Der Personalstock der Hersteller von pharmazeutischen und von chemischen Erzeugnissen blieb dagegen fast unverändert (+0,3 bzw. +0,1 Prozent). Rückgänge registrierten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-1,6 Prozent), gefolgt von der Herstellung von Metallerzeugnissen (-1,4 Prozent) sowie der Glas- und Keramikindustrie (-1,2 Prozent). Auch in der Metallerzeugung und -bearbeitung waren weniger

Menschen beschäftigt als ein Jahr zuvor (-0,7 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Dezember 2010 gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent gestiegen. Damit kam es nach dem kräfti-

gen Rückgang im November (-26,5 Prozent) wieder zu einer leichten Verbesserung der Auftragslage. Die Nachfrage im Hochbau legte sogar um 43,6 Prozent zu. Dagegen war im Tiefbau ein Rückgang um 23,9 Prozent zu verzeichnen. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es im öffentlichen Hochbau (+103,7 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+57,9 Prozent) deutliche Nachfragezuwächse. Sinkende Auftragseingänge wurden vor allem im Straßenbau (-35,8 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (-22,5 Prozent) festgestellt. Diese Rückgänge sind nicht zuletzt auch auf die winterlichen Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vorjahresvergleich ging die Nachfrage nach Bauleistung deutlich zurück. Gegenüber Dezember 2009 verringerten sich die Auftragseingänge um 10,9 Prozent. Während es im Hochbau zu einem Auftragsplus von 6,9 Prozent kam, wurde im Tiefbau ein Rückgang um 25 Prozent registriert. Unter den betrachteten Teilbereichen verzeichneten der gewerbliche Hochbau (+38,5 Prozent) sowie der Wohnungsbau (+13,5 Prozent) einen Anstieg. Die übrigen Bereiche meldeten Auftragsrückgänge. Im Straßenbau (-35 Prozent) sowie im öffentlichen Hochbau (-25,9 Prozent) gab es die stärksten Auftragseinbußen.

Umsätze im Vormonatsvergleich deutlich gesunken

Der baugewerbliche Umsatz sank im Dezember 2010 gegenüber dem Vormonat um 15,7 Prozent auf knapp 242 Millionen Euro. Im Hochbau verschlechterten sich die Umsätze um 9,1 Prozent auf gut 112 Millionen Euro, im Tiefbau kam es sogar zu einem Rückgang um 20,6 Prozent auf weniger als 130 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es lediglich im öffentlichen Tiefbau einen Umsatzzuwachs (+27,1 Prozent). Die übrigen Bereiche hatten dagegen Umsatzeinbußen zu verkräften. Den stärksten Rückgang gab es mit -42,2 Prozent im Straßenbau.

Gegenüber dem Vorjahresmonat kam es im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe ebenfalls zu einem kräftigen Umsatzrückgang um 16,5 Prozent. Im Vergleich zum Dezember 2009 beliefen sich die Umsatzeinbußen im Hochbau auf 13,1 Prozent; im Tiefbau gab es eine Verschlechterung um 19,3 Prozent. Auch hier führte die Situation im Dezember 2010 dazu, dass nur im öffentlichen Tiefbau (+12,2 Prozent) ein Zuwachs zu verzeichnen war und für den Straßenbau (-39 Prozent) die kräftigsten Einbußen festgestellt wurden.

Höchste Gästezahl seit der Landesgründung

Rheinland-Pfalz erfreut sich wachsender Beliebtheit als Reiseziel. Nach vorläufigen Berechnungen besuchten im Jahr 2010 knapp 7,9 Millionen Gäste das Land, das waren

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Dezember 2010		
	Dezember 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingang	94,7	-10,9 %	↓	1,3 %	↔
Hochbau insgesamt	104,8	6,9 %	↑	43,6 %	↑
Wohnungsbau	85,5	13,5 %	↑	-10,3 %	↓
gewerblicher Hochbau	116,0	38,5 %	↑	57,9 %	↑
öffentlicher Hochbau	104,8	-25,9 %	↓	103,7 %	↑
Tiefbau insgesamt	85,5	-25,0 %	↓	-23,9 %	↓
gewerblicher Tiefbau	130,9	-17,6 %	↓	-0,2 %	↔
öffentlicher Tiefbau	112,3	-18,7 %	↓	-22,5 %	↓
Straßenbau	56,0	-35,0 %	↓	-35,8 %	↓
Baugewerblicher Umsatz	127,8	-16,5 %	↓	-15,7 %	↓
Hochbau insgesamt	119,7	-13,1 %	↓	-9,1 %	↓
Wohnungsbau	106,2	-15,8 %	↓	-15,3 %	↓
gewerblicher Hochbau	132,6	-9,3 %	↓	-2,5 %	↓
öffentlicher Hochbau	112,7	-16,9 %	↓	-14,1 %	↓
Tiefbau insgesamt	135,7	-19,3 %	↓	-20,6 %	↓
gewerblicher Tiefbau	155,3	-8,9 %	↓	-18,3 %	↓
öffentlicher Tiefbau	166,3	12,2 %	↑	27,1 %	↑
Straßenbau	109,8	-39,0 %	↓	-42,2 %	↓

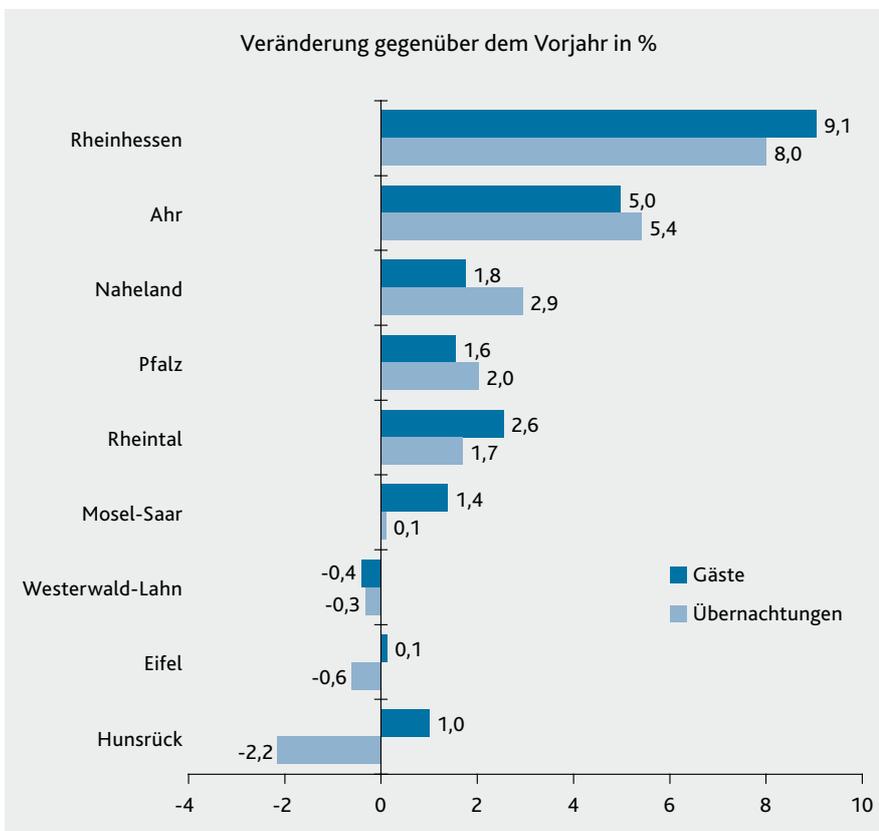
2,2 Prozent mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes. Gleichzeitig stiegen die Übernachtungszahlen um 1,3 Prozent auf über 21,7 Millionen. Das ist das beste Ergebnis dieses Jahrzehnts und zugleich das zweitbeste Ergebnis seit der Landesgründung.

Besonders stark nahm die Zahl der Besucher aus dem Ausland zu. Von dort kamen erstmals über 1,8 Millionen Gäste nach Rheinland-Pfalz (+3,5 Prozent). Mehr als fünf Millionen Übernachtungen von diesen Gästen bedeuteten ebenfalls einen neuen Höchstwert (+1,3 Prozent). Unter den Gästen aus dem Aus-

land bilden die Niederländer die mit Abstand größte Gruppe. Sie sorgten im Jahr 2010 für 2,2 Millionen Übernachtungen in rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben (+0,6 Prozent). Gäste aus Belgien buchten fast 907 000 Übernachtungen (-2,3 Prozent). Den dritten Platz belegten die US-Amerikaner, deren Übernachtungszahl um 3,3 Prozent auf 412 000 zunahm.

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung im abgelaufenen Jahr uneinheitlich. Sechs Reisegebiete verzeichneten ein Gäste- und Übernachtungsplus, wobei die Zuwächse

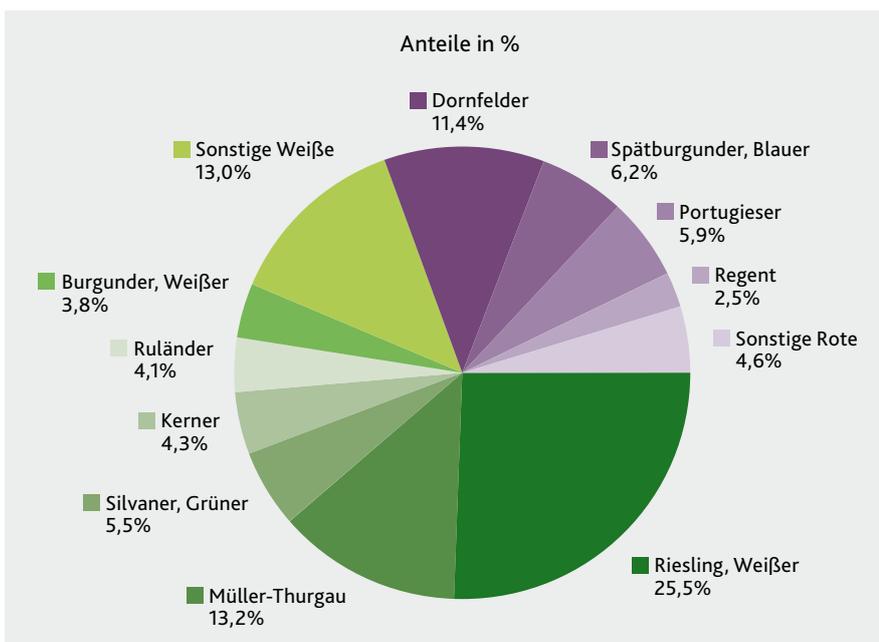
Gäste und Übernachtungen 2010 nach Tourismusregionen



in Rheinhesen am größten waren. Allerdings hatte es dort zuvor infolge der Wirtschaftskrise auch die stärksten Rückgänge gegeben, da der Tourismus in dieser Region von Geschäftsreisenden und vom Rhein-Main-Flughafen geprägt ist. Die Regionen Eifel und Hunsrück verbuchten zwar weniger Übernachtungen als 2009, die Gästezahlen stiegen jedoch an. Im Gebiet Westerwald-Lahn gingen sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen leicht zurück.

Bei den touristischen Anbietern war ebenfalls eine uneinheitliche Entwicklung zu beobachten. Während Ferienwohnungen und Ferienhäuser sowie die Hotels überdurchschnittliche Steigerungen der Gäste- und Übernachtungszahlen registrierten, mussten die großen rheinland-pfälzischen Feriententren sowie die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Zahlen hinnehmen.

Bestockte Rebfläche für Keltertrauben 2010 nach Rebsorten



Bestockte Rebfläche leicht rückläufig

Deutliche Veränderungen im Rebsortenspiegel

Die bestockte Rebfläche in Rheinland-Pfalz nimmt weiter ab. Mit rund 63 890 Hektar war die Fläche im Jahr 2010 um 0,2 Prozent kleiner als im Vorjahr. Das Verhältnis von den weißen zu den roten Rebsorten blieb mit Anteilswerten von 69 und 31 Prozent nahezu unverändert. Im längerfristigen Vergleich zeigen sich jedoch deutliche Veränderungen im Rebsortenspiegel.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ging die bestockte Rebfläche um 2 770 Hektar zurück (−4,2 Prozent). Der größte Teil dieser Abnahme betraf das Anbaug Gebiet Mosel (−2 388 Hektar; −21,4 Prozent).

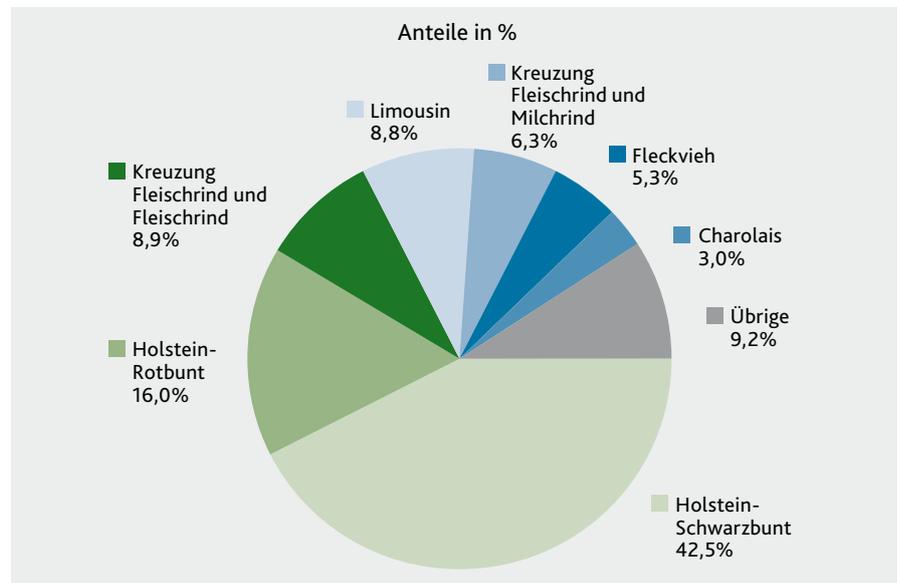
Im gleichen Zeitraum stieg der Rotwein auf der Beliebtheitsskala deutlich an. Sein Anteil an der bestockten Rebfläche stieg von 19 Prozent im Jahr 2000 auf aktuell 31 Prozent. Den größten Flächenzuwachs verzeichnete Dornfelder mit +3 350 Hektar auf 7 300 Hektar. Es folgen Ruländer (2 606 Hektar, +1 496 Hektar) und Regent (1 570 Hektar; +1 293 Hektar). Der Anbauumfang des Rieslings, der mit Abstand wichtigsten Weißweinsorte, stieg um 1 050 auf 16 260 Hektar. Rieslingreben wachsen damit auf jedem vierten Hektar.

Die größten Flächenverluste verzeichneten Müller-Thurgau und Kerner. Beim Müller-Thurgau verringerte sich der Anbauumfang gegenüber dem Jahr 2000 um fast ein Drittel auf nur noch 8 460 Hektar (−4 138 Hektar). Die mit Kerner bestockte Rebfläche halbierte sich auf 2 760 Hektar.

Landau vor Neustadt und Worms

Auf Gemeindeebene verfügte Landau in der Pfalz mit 2 051 Hektar über die größte bestockte Rebfläche. Landau ist damit zugleich die größte Weinbaugemeinde Deutschlands vor Neustadt an der Weinstraße (2 023 Hektar). Mit deutlichem Abstand folgt die Stadt Worms (1 541 Hektar) auf dem dritten Platz.

Rinderbestand am 3. November 2010 nach Rassen



In Rheinland-Pfalz werden immer weniger Rinder gehalten

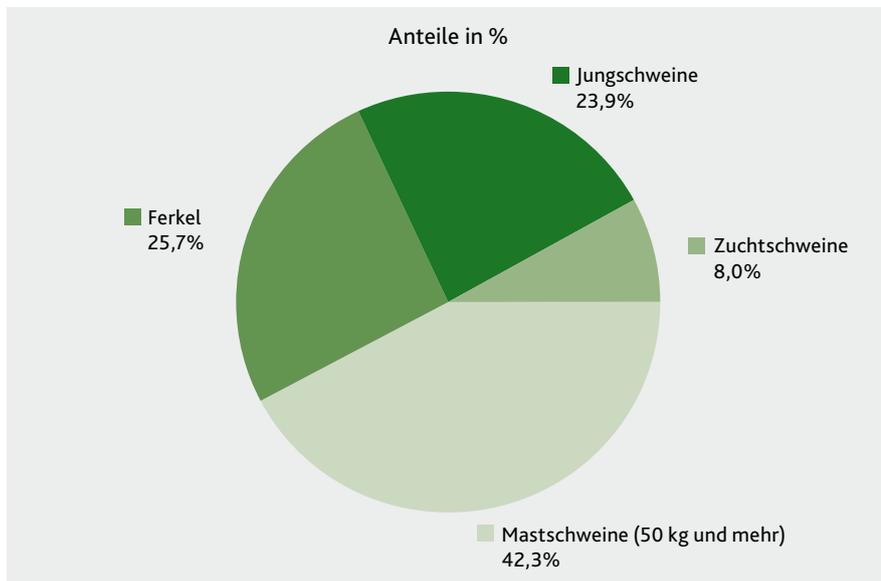
Auch Schweinebestand niedriger als im Vorjahr

Der Rinderbestand in Rheinland-Pfalz ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Zum Stichtag 3. November wurden 374 000 Rinder gezählt, das waren 1,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Damit wurden so wenige Rinder gehalten wie noch nie seit Bestehen des Landes; im Jahr 1948 waren es 681 000. Der Schweinebestand ging gegenüber November 2009 um 4,6 Prozent auf 245 000 zurück. Zum Vergleich: 1948 wurden 356 000 Schweine gezählt.

Der Rinderbestand setzt sich aktuell aus 119 000 Milchkühen sowie 43 500 sonstigen Kühen (z. B. Ammen und Mutterkühe) zusammen. Ferner wurden 152 800 weitere weibliche Rinder sowie 58 700 männliche Rinder

gezählt. Während der Milchkuhbestand binnen Jahresfrist leicht zulegte (+1,4 Prozent), gingen die übrigen Bestände zurück (−3,3 Prozent). Die wichtigste Rinderrasse sind die speziell auf eine hohe Milchleistung gezüchteten schwarzbunten Holsteinrinder. Sie kommen auf einen Anteil von 42,5 Prozent am Gesamtbestand. Die rotbunten Holsteinrinder stellen 16 Prozent. Rund ein Viertel der Rinder (93 800 Tiere) gehört Rassen an, die typischerweise zur Fleischproduktion genutzt werden. Bei diesen Tieren handelt es sich vor allem um Kreuzungen aus zwei Fleischrinderrassen oder um Tiere der französischen Rasse Limousin. Daneben werden Rinderrassen gehalten, die sowohl auf die Milch- als auch die Fleischerzeugung hin gezüchtet wurden. Diese sogenannten Zweinutzungsrassen stellen mit 52 300 Tieren rund 14 Prozent des Gesamtbestandes.

Schweinebestand am 3. November 2010 nach Kategorien



Der Rückgang der Schweinehaltung betrifft alle Kategorien mit Ausnahme der Ferkel, deren Bestand um 5,5 Prozent auf 63 100 Tiere wuchs. Bei den Jungschweinen sank der Bestand um knapp zehn Prozent auf 58 700 Tiere, der Mast Schweinebestand schrumpfte um 6,7 Prozent auf 103 900 Tiere. Bei den Zuchtschweinen gab es einen Rückgang um sechs Prozent auf 19 700 Tiere.

Reallöhne 2010 um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr

Vorläufige Jahresergebnisse aus der Verdienststatistik liegen vor

Im Jahr 2010 stiegen die Reallöhne, d. h. die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Rheinland-Pfalz um 1,5 Prozent (Deutschland: 1,4 Prozent). Dies ist das vorläufige Ergebnis des für das Jahr 2010 berechneten Real-

lohnindex, bei dem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenüber gestellt wird.

Die nominalen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen des Jahres 2010 erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent (Deutschland: 2,6 Prozent). Der

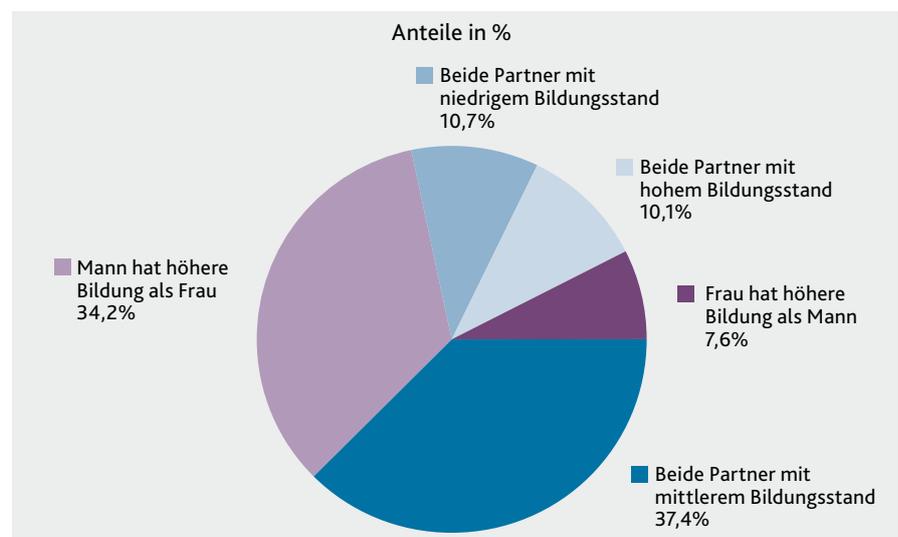
Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,1 Prozent über dem Wert von 2009 (Deutschland: 1,1 Prozent).

In der Industrie lag der nominale Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2010 durchschnittlich um 3,5 Prozent höher als im Jahr 2009 (Deutschland: +3,8 Prozent). Der nominale Durchschnittsverdienst im Dienstleistungsbereich erhöhte sich im Vergleichszeitraum um 2,1 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent).

Ehepaare in Rheinland-Pfalz haben häufig gleiches Bildungsniveau

„Gleich und gleich gesellt sich gern“ – für das Bildungsniveau von Paaren bestätigt sich dieses Sprichwort tatsächlich: Menschen wählen sich häufig eine Ehepartnerin oder einen Ehepartner mit gleichem oder ähnlichem Bildungsstand.

Ehepaare 2009 nach dem Bildungsstand der Partner



Bei mehr als der Hälfte (58,1 Prozent) der Ehepaare in Rheinland-Pfalz verfügte der Partner über einen gleichen oder ähnlichen Bildungsabschluss. Bei etwa einem Drittel der Ehepaare (34,2 Prozent) hatte der Mann einen höheren Bildungsabschluss als die Frau. Lediglich bei 7,6 Prozent der Ehepaare verfügte die Frau über einen höheren Abschluss als der Mann.

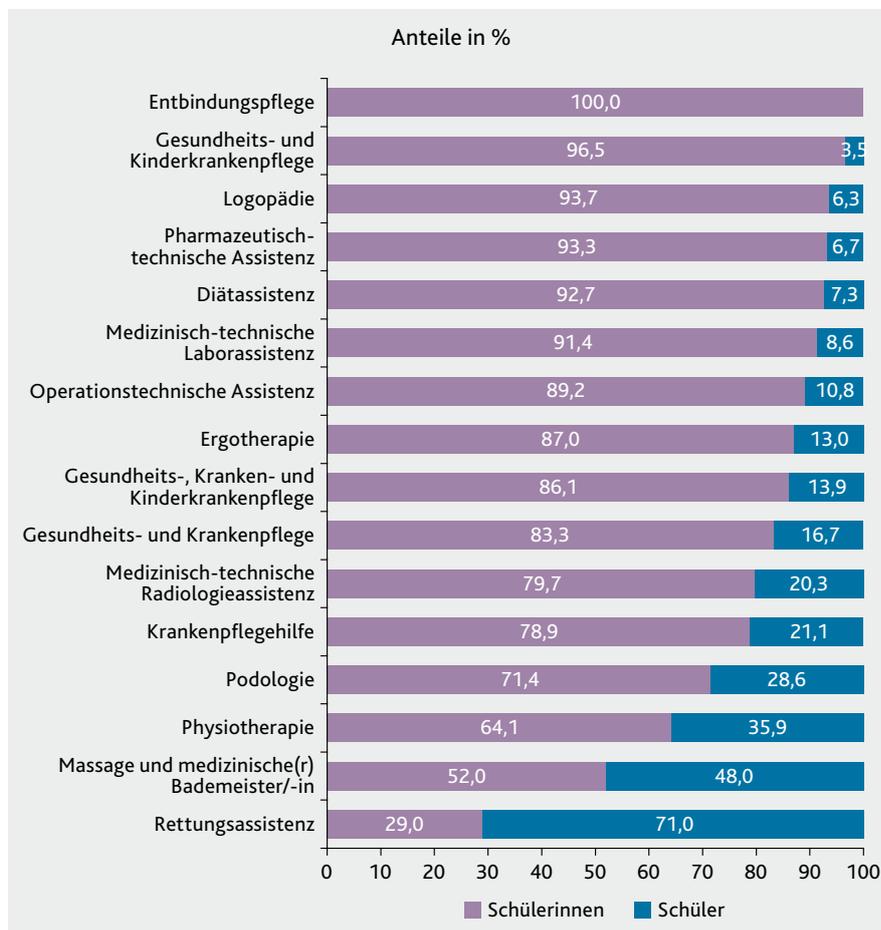
Insgesamt gab es in Rheinland-Pfalz 2009 mehr als eine Million Paare, die gemeinsam in einem Haushalt lebten. Die Ehe bleibt für Paare die am häufigsten gewählte Form des Zusammenlebens: gut 89 Prozent aller Paare im Land sind verheiratet, 10,9 Prozent leben als Lebensgemeinschaft zusammen.

Die meisten Auszubildenden im Bereich Gesundheits- und Krankenpflege

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen des Gesundheitswesens ist zum Schuljahr 2010/11 gestiegen. Derzeit absolvieren an diesen Einrichtungen fast 7 600 Personen eine Ausbildung in einem nichtakademischen Gesundheitsfachberuf. Das sind 325 mehr als im vorangegangenen Schuljahr 2009/10 (+4,5 Prozent).

Mit einem Anteil von gut 42 Prozent werden die weitaus meisten Schülerinnen und Schüler in der Gesundheits- und Krankenpflege ausgebildet (3 213). Es folgen die Ausbildungsgänge Physiotherapie mit 21,5 Prozent (1 634) und Rettungsassistentenz mit sechs Prozent (459).

Schüler an Schulen des Gesundheitswesens im Schuljahr 2010/11 nach Geschlecht und Bildungsgängen



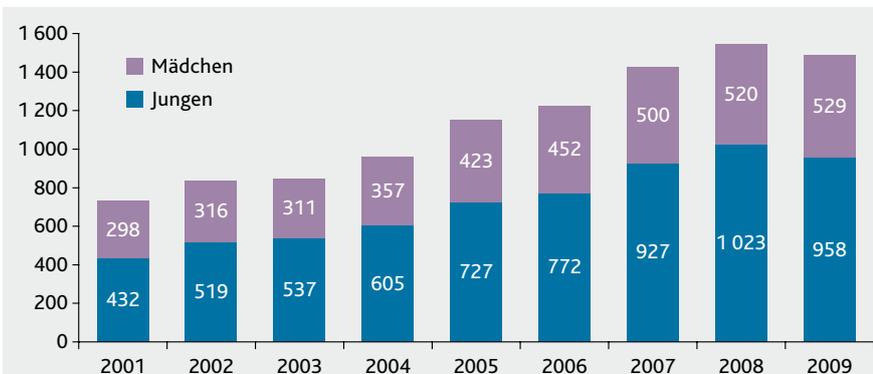
Frauen sind an den Schulen des Gesundheitswesens überproportional vertreten. Im laufenden Schuljahr stellen sie einen Anteil von 77 Prozent (5 844). Ausschließlich Schülerinnen finden sich zurzeit in der Ausbildung zur Hebamme (Entbindungspflege). Relativ gering ist der Anteil der Frauen im Ausbildungsgang Rettungsassistentenz (29 Prozent). In den Bereichen Massage sowie medizinische Bademeisterin bzw. medizinischer Bademeister ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichener (52 Prozent Frauen, 48 Prozent Männer).

In der Zeit von Oktober 2009 bis Oktober 2010 bestanden 2 240 Personen die Abschlussprüfung in einem der Gesundheitsfachberufe. Das waren fast elf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Mit einer Erfolgsquote von rund 89 Prozent waren die Frauen im Durchschnitt etwas erfolgreicher als die Männer (85 Prozent).

Viele junge Menschen landen wegen Alkohol im Krankenhaus

Die Zahl junger Menschen, die wegen übermäßigen Alkoholkonsums in Krankenhäusern behandelt werden müssen, ist erschreckend hoch. Rund 1 500

Akute alkoholbedingte stationäre Behandlungsfälle¹ 10- bis 19-Jähriger 2001–2009 nach Geschlecht



¹ Diagnosen: Psychische Störungen und Verhaltensstörungen durch Alkohol, akute Intoxikation und toxische Wirkung von Alkohol.

rheinland-pfälzische Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter unter 20 Jahren mussten im Jahr 2009 wegen Alkoholmissbrauch akut in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Bei den 10- und 11-Jährigen kam dies nur vereinzelt vor und auch die Zahl der behandelten 12-Jährigen war mit zehn Fällen im Jahr 2009 gering. Mit zunehmendem Alter steigen die Zahlen deutlich: Mit jeweils rund 300 Fällen sind die 16- und 17-Jährigen traurige Spitzenreiter. Dabei ist übermäßiger Alkoholkonsum kein rein männliches Problem: rund ein Drittel der Fälle betrifft Mädchen.

Die zeitliche Entwicklung zeigt bis 2008 stetig wachsende Zahlen. Gab es 2001 noch 730 akute Behandlungsfälle, so waren es im Jahr 2005 schon 1 550. Die Entwicklung erreichte 2008 mit rund 1 540 Fällen ihren Höhepunkt. Die leicht rückläufige Zahl kann nicht als Trendumkehr gewertet werden, da auch die Zahl der 10- bis 19-Jährigen in der Bevölkerung rückläufig ist.

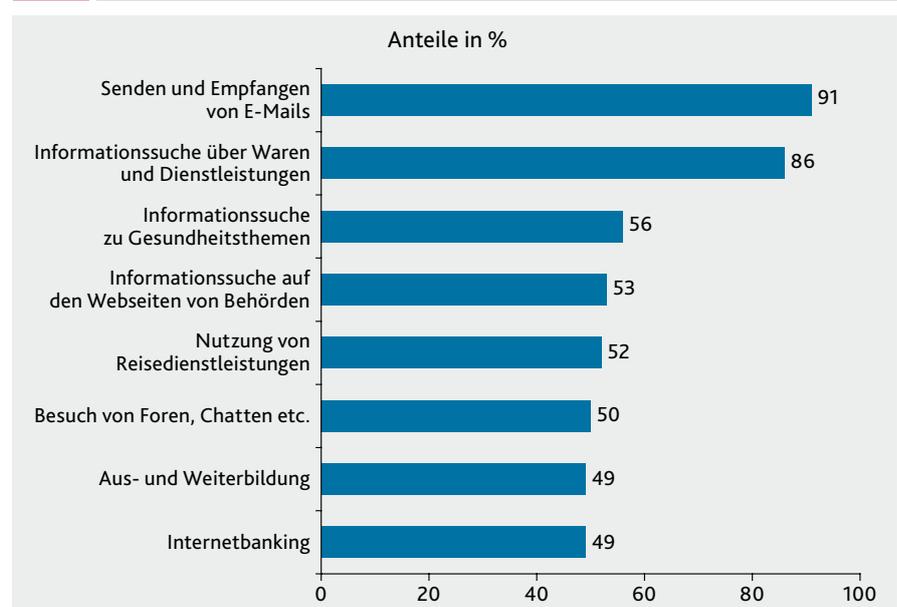
Eine Betrachtung auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt regionale Unterschiede. Zugrunde gelegt wird dabei der Wohnort der Patientinnen und Patienten und nicht der Ort des Krankenhauses. Werden die Zahlen auf jeweils 1 000 Personen der Bevölkerung des gleichen Alters bezogen, so ergibt sich eine Bandbreite von knapp zwei bis zu fast sie-

ben Behandlungsfällen. Die – relativ gesehen – meisten jungen Menschen, die akut stationär behandelt werden mussten, wohnten in Zweibrücken. In der Rangfolge aller Gebiete finden sich vor allem kreisfreie Städte auf den vorderen Plätzen. Als positives „Schlusslicht“ geht aus dieser Rangfolge der Landkreis Bad Dürkheim hervor.

Drei Viertel der Haushalte verfügen über Internetzugang

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, allen voran Computer und Internet, prägen immer mehr den Lebensalltag vieler Menschen. Mehr als 79 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte waren im Jahr 2010 mit einem Computer ausgestattet. Zudem verfügten rund 76 Prozent der Haushalte über einen Internetzugang. Um ins Inter-

Art der Internetnutzung zu privaten Zwecken 2010



net zu gelangen, nutzten 46 Prozent der Privathaushalte mobile Geräte wie Laptops oder Notebooks. Mittlerweile ist in 69 Prozent der Haushalte ein Breitbandanschluss vorhanden.

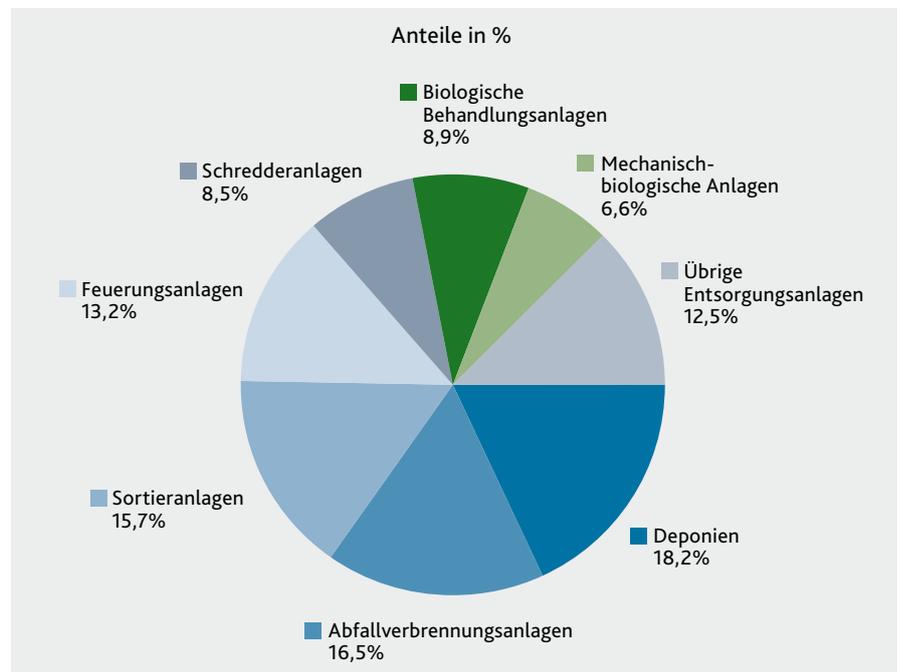
Von den Computernutzern schalteten 81 Prozent ihren Rechner täglich oder fast täglich ein, 13 Prozent nutzten ihn wenigstens einmal in der Woche. Befragt nach dem Ort der Nutzung gaben 96 Prozent an, dass sie den Computer zu Hause gebrauchten. Am Arbeitsplatz nutzten 44 Prozent den Computer.

Mehr als 74 Prozent der Internetnutzer gingen täglich oder fast täglich online. Zu den häufigsten privaten Internetaktivitäten der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gehörten das Senden und Lesen von E-Mails (91 Prozent) sowie das Suchen nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (86 Prozent) bzw. Gesundheitsthemen (56 Prozent).

Deutlich mehr Kraftfahrzeuge zerlegt

Die Abwrackprämie hat im Jahr 2009 die Abfallmenge in den rheinland-pfälzischen Demontagebetrieben stark ansteigen lassen. Es wurden 102 000 Tonnen verarbeitet, das waren mehr als dreimal so viele wie im Jahr davor (28 700). Bundesweit vervierfachte sich das Aufkommen auf 1,6 Millionen Tonnen. Im Jahr 2009 bekamen private Kraftfahrzeughalter eine Umweltprämie, wenn sie einen mindestens neun Jahre alten Pkw zur Verschrottung gaben und gleichzeitig ein neues Auto kauften.

Angelieferte Abfallmengen 2009 nach Abfallentsorgungsanlagen



Insgesamt nahmen die rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen im Jahr 2009 rund sieben Millionen Tonnen Abfälle entgegen, das waren 2,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Rund 70 Prozent der Abfälle stammten aus Rheinland-Pfalz und 27 Prozent aus anderen Bundesländern. Die restliche Menge kam aus dem Ausland. In Deutschland nahmen die Abfallentsorger im Jahr 2009 nach vorläufigen Ergebnissen 161 Millionen Tonnen Abfälle an (-4,5 Prozent).

An 23 Feuerungsanlagen, die der Energiegewinnung dienen, wurden fast 920 000 Tonnen Abfall angeliefert, 51 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Bei den eingesetzten Abfällen handelte es sich überwiegend um Faser- und Spezialabfälle aus der Zellstoff- und Papierindustrie (38 Prozent) sowie Altholz und andere brennbare Stoffe

aus Abfallbehandlungsanlagen (36 Prozent). Die fünf Abfallverbrennungsanlagen, deren Hauptzweck die Abfallbeseitigung ist, verarbeiteten 2009 rund 1,15 Millionen Tonnen. In diesen Anlagen wurden vor allem gemischte Siedlungsabfälle (41 Prozent), und Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen (25 Prozent) verbrannt.

Deponien haben nach wie vor eine wichtige Bedeutung in der Abfallbeseitigung. Dort wurden rund 18 Prozent der gesamten Abfälle abgelagert. Gegenüber dem Vorjahr ging die Menge allerdings um ein Viertel zurück. Bei der angelieferten Menge von 1,27 Millionen Tonnen handelt es sich überwiegend um Bodenaushub (40 Prozent) und Bitumengemische (22 Prozent).

Auf die Sortieranlagen entfielen 2009 mit 1,1 Millionen Tonnen noch 16 Prozent der gesamten Abfallmenge. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr wurden 9,4 Prozent weniger angeliefert. Die Anlieferungsmengen sinken seit 2005 kontinuierlich. Die größten Mengen machten hier Altglas, gemischte Verpackungen, Sperrmüll und Altpapier aus.

205 Menschen verloren 2010 bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben

Im Jahr 2010 verloren in Rheinland-Pfalz bei Straßenverkehrsunfällen 205 Menschen ihr Leben. Das ist der bisher niedrigste Stand an Verkehrstoten.

Gegenüber dem Jahr 2009 reduzierte sich die Zahl der Getöteten um 18.

Die Zahl der Schwerverletzten ging um 7,1 Prozent auf 3 486 zurück. Leicht verletzt wurden 15 707 Unfallbeteiligte, das waren 4,4 Prozent weniger als im Jahr 2009. Insgesamt registrierten die Polizeidienststellen auf rheinland-pfälzischen Straßen 131 317 Verkehrsunfälle, fünf Prozent mehr als im Jahr 2009.

Aus der amtlichen Statistik

Vorankündigung Statistische Analyse N° 20 Landtagswahl 2011 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht

Wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen wird das Statistische Landesamt auch bei der Bundestagswahl am 27. März 2011 noch in der Wahlnacht die Ergebnisse in einer Statistischen Analyse auswerten.

Die Wahlergebnisse werden auf der Landes-, der Wahlkreis- und der Kreisebene in anschaulichen Grafiken sowie informativen Tabellen aufbereitet und kommentiert. Darüber hinaus wird die Analyse Auskunft geben über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz.

Diese Publikation steht am Montag nach der Wahl, **am 28. März 2011 ab 7:00 Uhr** zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen/wahlen/landtagswahlen/wahl-nachtanalyse-lw2011.pdf

The cover of the publication features the coat of arms of Rheinland-Pfalz and the text 'Rheinland-Pfalz STATISTISCHES LANDESAMT'. Below this, it reads 'N° 20 | 2011' and 'STATISTISCHE ANALYSEN'. The central image is a photograph of a large, multi-story building with a red facade and a dark roof, with two German flags flying in front. At the bottom left is the 'Statistik nutzen' logo, and at the bottom right, the title 'LANDTAGSWAHL 2011 Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht' is displayed.

Verbraucherpreise im Februar 2011

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz erhöhte sich im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,1 Prozent. Damit lag die Jahresteuerrate über der für die Geldpolitik wichtigen Marke von zwei Prozent.

Überdurchschnittlich nahmen die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr zu; sie lagen 3,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Kraftstoffpreise kletterten gegenüber Februar 2010 um 11,4 Prozent. Für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) stiegen die Preise binnen Jahresfrist durchschnittlich um 9,7 Prozent. Während die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahresmonat fielen (-1,4 Prozent), verteuerten sich Strom (+10,5 Prozent) und vor allem Heizöl (+33,5 Prozent) deutlich.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Februar 2011 im Schnitt 3,1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Hier verteuerten sich vor allem Obst (+16,1 Prozent), Speisefette und -öle (+8,9 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+3,7 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent. In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+1,9 Prozent), „Bekleidung und Schuhe“ (+1,5 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+0,8 Prozent) legten die Preise deutlich zu. Preisrückgänge waren hingegen im Verkehr und bei der Nachrichtenübermittlung sowie bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren (jeweils -0,2 Prozent) zu verzeichnen.

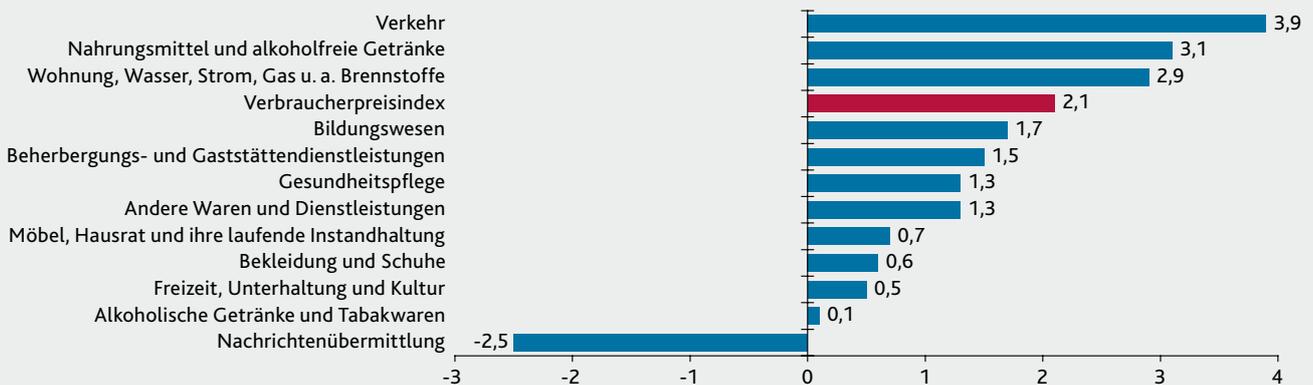
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

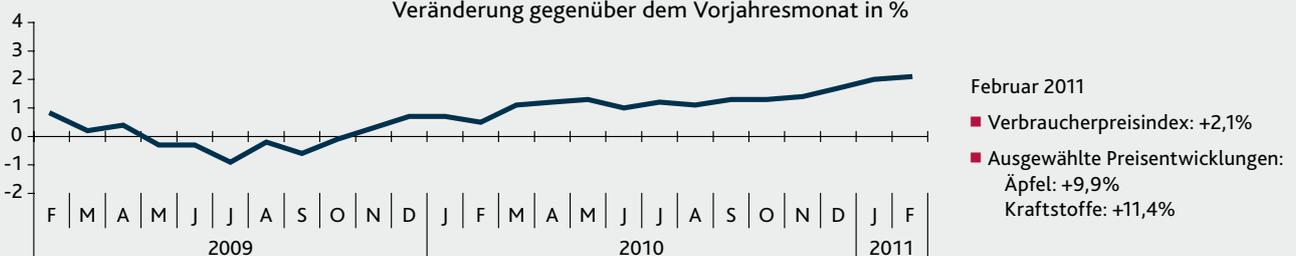
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2010 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

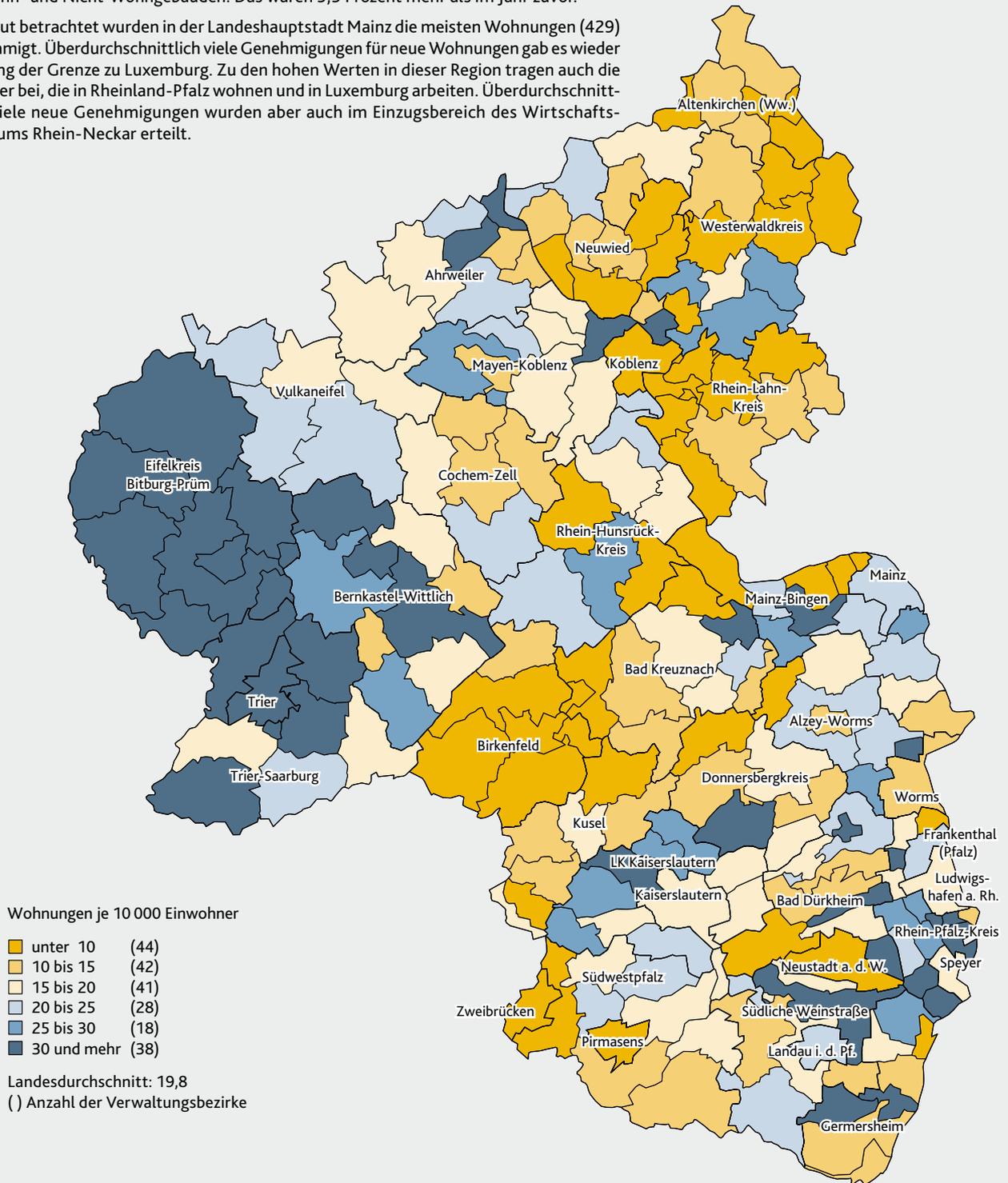


Genehmigte Wohnungen 2010 nach Verwaltungsbezirken

Rund 7 940 neue Wohnungen genehmigt

Die rheinland-pfälzischen Bauämter genehmigten im Jahr 2010 fast 7 940 neue Wohnungen in Wohn- und Nicht-Wohngebäuden. Das waren 5,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Absolut betrachtet wurden in der Landeshauptstadt Mainz die meisten Wohnungen (429) genehmigt. Überdurchschnittlich viele Genehmigungen für neue Wohnungen gab es wieder entlang der Grenze zu Luxemburg. Zu den hohen Werten in dieser Region tragen auch die Pendler bei, die in Rheinland-Pfalz wohnen und in Luxemburg arbeiten. Überdurchschnittlich viele neue Genehmigungen wurden aber auch im Einzugsbereich des Wirtschaftszentrums Rhein-Neckar erteilt.



Rheinland-Pfalz regional: Koblenz



Von Thomas Kirschey

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz wird von strukturellen Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise jeweils einer regionalstatistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Arbeitsmarkt.

In dieser Ausgabe wird die Stadt Koblenz betrachtet: Unter dem Motto „Koblenz verwandelt“ findet erstmals in Rheinland-Pfalz eine Bundesgartenschau statt. Bundespräsident Christian Wulff hat die Schirmherrschaft für das Großereignis übernommen und eröffnet am 15. April im Rahmen einer Feier am Deutschen Eck offiziell die „BUGA Koblenz 2011“. Bis zum 16. Oktober sind in der Stadt an Rhein und Mosel zahlreiche Festveranstaltungen in den drei Bereichen „Kurfürstliches Schloss“, „Blumenhof am Deutschen Eck“ und „Festung Ehrenbreitstein“ geplant.

Confluentes bis Koblenz – eine Stadt mit wechsellvoller Geschichte

Mit 2000 Jahren eine der ältesten Städte Deutschlands

Koblenz ist eine der ältesten Städte Deutschlands. Spuren einer Besiedlung des Stadtgebiets reichen zurück bis in die mittlere Steinzeit. Funde keltischer Siedlungen im heutigen Innenstadtbereich und Befestigungen mit Wallanlagen auf dem Dommelberg im Stadtwald lassen darauf schließen, dass das Gebiet schon vor der eigentlichen Gründung der Stadt durch die Römer bewohnt wurde. Um das Jahr 9 v. Chr. wurde ein Römerkastell angelegt, wodurch die erste bürgerliche Siedlung im Stadtgebiet entstand. Noch vor dem Jahr

100 tauchte erstmals der lateinische Name „Confluentes“ bzw. „Castellum apud Confluentes“ („Kastell bei den Zusammenfließenden“) für die römische Ansiedlung am Zusammenfluss von Mosel und Rhein auf; hieraus ging die Stadt Koblenz hervor.

Im 5. Jahrhundert kam es zum Zusammenbruch des Weströmischen Reiches und Koblenz wurde von den Franken erobert, die hier einen Königshof gründeten. Nachdem das Gebiet der Franken mehrfach aufgrund von Streitigkeiten aufgeteilt und neu organisiert wurde, kam es 882 zur Zerstörung der Stadt durch die Normannen.

Von den Franken bis zu den Kurfürsten

Im Jahr 1018 verschenkte Kaiser Heinrich II. den Königshof Koblenz an den Erzbischof Poppo von Trier. In der folgenden Herrschaft der Erzbischöfe und Kurfürsten von Trier blühte Koblenz weiter auf und es entstand eine Vielzahl von kulturellen Schätzen in Form von Kirchen, Schlössern und Festungsanlagen. Im Dreißigjährigen Krieg wurde Koblenz zunächst von den Franzosen und anschließend von den kaiserlichen Truppen besetzt. Kurfürst Clemens Wenzeslaus, der letzte der nachfolgenden Kurfürsten, zog im Jahr 1786 in das neu erbaute Schloss am Rhein. Er musste aber einige Jahre später vor den französischen Revolutionstruppen fliehen, die 1794 die Stadt einnahmen.

Von der französischen Stadt bis heute

Koblenz wurde im Jahr 1801 zur Hauptstadt des französischen „Département Rhin-et-Moselle“. Durch den Wiener Kongress 1814/15 ging Koblenz an das Königreich Preußen und war bis 1945 Hauptstadt der Rheinprovinz.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Stadt durch Luftangriffe fast vollständig zerstört. Im Jahr 1947 wurde Koblenz zur Hauptstadt des neu gegründeten Bundeslandes, ehe der rheinland-pfälzische Landtag im Jahr 1950 die Verlegung der Landesregierung nach Mainz beschloss.

Vom 8. bis 10. Juli 1948 fand auf dem Aussichtspunkt Rittersturz eine Konferenz der elf westdeutschen Ministerpräsidenten statt. Aus ihren Beratungen führte der Weg über den Parlamentarischen Rat zur Annahme des Grundgesetzes und zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 1992 feierte die Stadt ihr 2000-jähriges Bestehen. Koblenz ist das nördliche Tor zur Kulturlandschaft Oberes Mittelrheintal, das seit 2002 UNESCO-Welterbe ist.

Heute leben mehr als 106 000 Menschen in Koblenz

Einigermaßen verlässliche Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz gibt es erst ab dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Koblenz hat seitdem kräftige Bevölkerungszuwächse verzeichnet. Bis 1820 lag die Einwohnerzahl (im damaligen Stadtgebiet) noch unter 12 000. Im Jahr 1871 hatte sie sich mit 24 900 Menschen mehr als verdoppelt. Bei der Volkszählung im Jahr 1939 wurden bereits 91 100 Einwohner gezählt. Dieser starke Zuwachs wurde nicht zuletzt durch zahlreiche Eingemeindungen erzielt, die das Stadtgebiet 1891, 1902, 1923 und vor allem 1937 beträchtlich vergrößerten.

Der Zweite Weltkrieg brachte – wie in vielen anderen deutschen Städten – einen tiefen Einschnitt. Kurz nach dem Krieg wurden in der stark zerstörten Stadt durch das Ernährungsamt nur noch knapp 30 000 Kartenempfänger ermittelt. Schon bei der Volkszählung 1950 hatte Koblenz aber wieder mehr als 66 400 Einwohner. Bei der Volkszählung 1961 lag die Wohnbevölkerung mit 99 200 Menschen noch knapp unter der Großstadtgrenze von 100 000 Einwohnern. Bereits ein Jahr später – im Juni 1962 – wurde diese Marke erstmals übertroffen. In den folgenden Jahren stieg die Bevölkerungszahl stetig weiter. Bei der Volkszählung 1970 lebten dann – einschließlich der Eingemeindungsgebiete der Verwaltungsreform in den Jahren 1969 und 1970 – mehr als 119 400 Menschen in Koblenz.

Für längerfristige Zeitreihen der Bevölkerungsentwicklung ist es sinnvoll, die damals originär ermittelten Einwohnerzahlen auf den aktuellen Gebietsstand zu beziehen. Im Jahr 1815 lebten im heutigen

Bevölkerungsentwicklung der Stadt Koblenz bis 1970 zum jeweiligen Gebietsstand

Bevölkerungsentwicklung der Stadt Koblenz nach heutigem Gebietsstand

Stadtgebiet fast 21 000 Menschen. Für die weiteren vorgenannten Zeitpunkte lauten die zurückgerechneten Bevölkerungsdaten: 49 300 im Jahr 1871, 103 700 (1939), 80 800 (1950) sowie 116 100 (1961). Am 31. Dezember 1970 belief sich die Einwohnerzahl auf fast 120 100.

Trotz einzelner Jahre mit Bevölkerungszuwächsen verringerte sich anschließend die Zahl der Personen mit Hauptwohnung in Koblenz, und zwar bis zur vorläufig letzten Volkszählung 1987 auf 108 200. Im Jahr 2006 wurde mit 105 900 Einwohnern der niedrigste Bevölkerungsstand der letzten Jahre festgestellt. Seither werden wieder leicht steigende Zahlen registriert; heute leben rund 106 400 Menschen im Stadtgebiet.

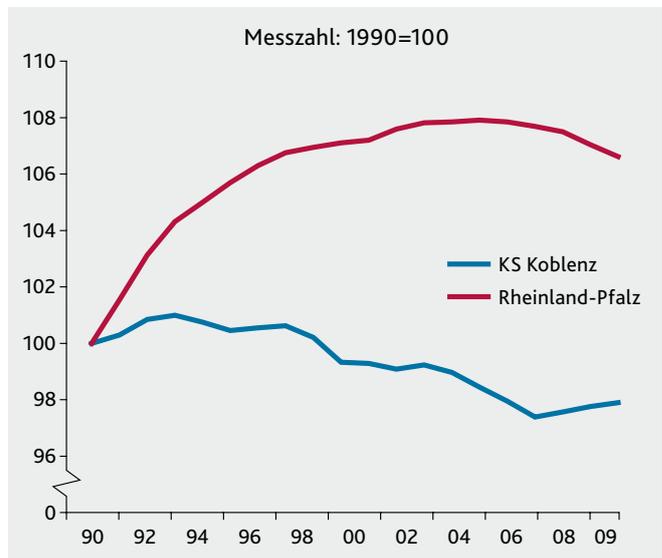
Negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Der Bevölkerungsrückgang war in den letzten Jahrzehnten in erster Linie auf die negative Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also die Gegenüberstellung von Geburten und Sterbefällen zurückzuführen. Im Durchschnitt der letzten vier Jahrzehnte lag die Zahl der jährlichen Sterbefälle um 250 höher als die Zahl der Geburten; im Durchschnitt der letzten zehn Jahre sogar um 310. Im Jahr 2009 belief sich das Minus auf 374. Den 905 Geburten standen 1 279 Sterbefälle gegenüber.

Wanderungsbilanz in den letzten Jahren meist im Plus

Die Wanderungsbilanz der Stadt, in der die Zu- und Fortzüge verbucht sind, weist seit Anfang der 70er-Jahre ein durchschnittliches jährliches Defizit von 51 Personen auf. Dank der hohen Wanderungsgewinne in der Zeit um die deutsche Wiedervereinigung – vor allem in den Jahren von 1989 bis 1992 – errechnet sich für die letzten zwei Jahrzehnte dagegen ein durchschnittliches Plus von jährlich 170 Menschen. Nachdem es zuletzt in den Jahren 1998 und 1999 sowie

G 1 Bevölkerung 1990–2009



von 2004 bis 2006 Wanderungsverluste gab, wurden seit dem Jahr 2007 dreimal in Folge deutliche Wanderungsgewinne registriert. Im Jahr 2009 belief sich das Plus auf 522 Menschen. Den 7 054 Zuzügen standen nur 6 532 Fortzüge über die Stadtgrenze gegenüber.

Die Stadt Koblenz hat eine im Vergleich zu den anderen Verwaltungsbezirken des Landes leicht unterdurchschnittliche Geburtenrate. Diese bezieht die Zahl der Geborenen auf 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren. In Koblenz belief sich die Geburtenrate 2009 auf 1 311 Kinder je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter; im Landesdurchschnitt waren es 1 339 Kinder. Für eine Stadt mit fast 5 300 Studentinnen an der Universität Koblenz-Landau (Abteilung Koblenz) sowie der Fachhochschule – von denen nicht wenige auch ihren Lebensmittelpunkt in Koblenz haben – ist dies jedoch nicht ungewöhnlich. Für die Universitätsstädte Mainz und Trier errechnen sich sogar deutlich niedrigere Geburtenraten (1 146 bzw. 1 215 Kinder je 1 000 Frauen).

Unterdurchschnittliche Geburtenrate

Unter
20-Jährige in
Koblenz unter-
durchschnitt-
lich ...

Die altersstrukturelle Entwicklung verlief in den vergangenen Jahren in Koblenz ähnlich wie im Land insgesamt: Daher unterscheidet sich die Altersstruktur der Bevölkerung von Koblenz nach wie vor deutlich vom Landesdurchschnitt. In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der jungen Bevölkerung unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung um 1,6 Prozentpunkte auf 17,3 Prozent gesunken (Rheinland-Pfalz: -2,4 Prozentpunkte auf 19,4 Prozent). Damit lag im Jahr 2009 der Bevölkerungsanteil jüngerer Menschen nicht nur weit unter dem Landesmittel, sondern auch unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (17,8 Prozent). Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren verringerte sich in der letzten Dekade um 1,5 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: -1,2 Prozentpunkte). Zuletzt lag dieser Anteil in Koblenz mit 60,3 Prozent etwas höher als im Land (Rheinland-Pfalz: 59,9 Prozent). Im Vergleich zum Durchschnitt der kreisfreien Städte (62 Prozent) war er dagegen eher niedrig. Der Bevölkerungsanteil der älteren Menschen über 65 Jahre stieg im gleichen Zeitraum in Koblenz um 3,2 Prozentpunkte auf 22,3 Prozent und fiel damit sowohl im Landesvergleich (Rheinland-Pfalz: +3,6 Prozentpunkte auf 20,7 Prozent) als auch gegenüber den kreisfreien Städten insgesamt (20,2 Prozent) deutlich überdurchschnittlich aus.

... über
65-Jährige
überdurch-
schnittlich
vertreten

Niedriger
Jugendquotient

Die beschriebene Altersstruktur führt für Koblenz zu einem niedrigen Jugendquotienten. Dieser setzt die unter 20-Jährigen ins Verhältnis zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Er gilt als Anhaltspunkt für die Aufwendungen der Gesellschaft für Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen. Im Jahr 2009 wurden in Koblenz je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter nur 29 junge Men-

schen unter 20 Jahren gezählt. Das war – nach Mainz, Trier und Kaiserslautern – der viertniedrigste Wert aller kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz (Landesdurchschnitt: 32).

Der Altenquotient setzt die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Er dient als Kennzahl zur Beschreibung von Aufwendungen für Transfers und Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen, die im Wesentlichen durch die erwerbsfähige Bevölkerung finanziert werden müssen. In der Stadt Koblenz kamen 2009 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 37 Menschen im Alter ab 65 Jahren (Rheinland-Pfalz: 35).

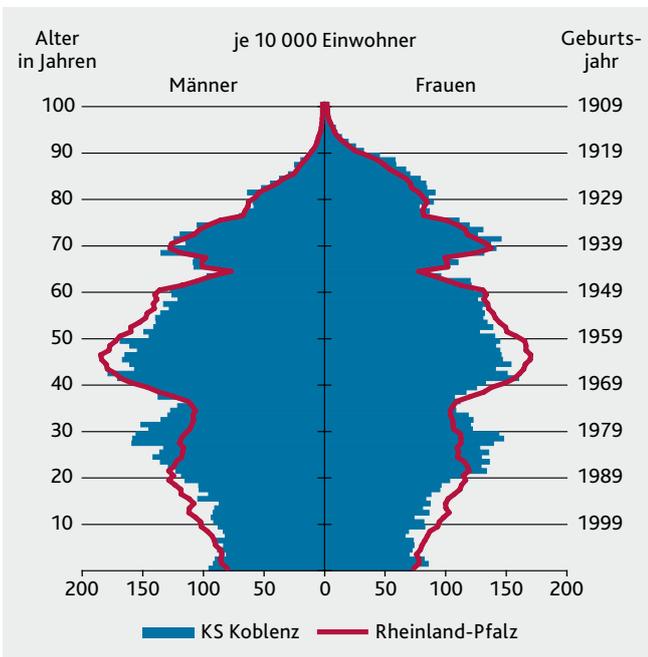
Hoher Alten-
quotient

Bevölkerungspyramiden bieten eine sehr anschauliche grafische Darstellung der Struktur einer Bevölkerung nach Geschlecht und Alter. Werden die relativen Häufigkeiten der Frauen und der Männer einer jeden Altersgruppe zugrunde gelegt, lassen sich zudem die unterschiedlichen Altersstrukturen von Gebieten mit differierenden Bevölkerungszahlen vergleichen. Für Koblenz wird so der – im Vergleich zu Rheinland-Pfalz – niedrige Anteil der unter 20-jährigen Bevölkerung deutlich: Mit Ausnahme der unter Vierjährigen sind die Altersjahrgänge wesentlich schlechter besetzt als im Landesdurchschnitt. Dies könnte ein Indiz für den Fortzug von Familien mit kleinen Kindern sein. Im weiteren Verlauf weist die Altersstruktur der Bevölkerung von Koblenz die für eine Universitätsstadt typische Struktur auf: Vor allem die Altersjahre der 20- bis 35-Jährigen sind überproportional stark vertreten. Sie machen 20 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt aus; im Land sind es 17 Prozent. Die deutlichsten Unterschiede

Bevölkerungs-
struktur
ist typisch für
Universitäts-
stadt

G 2

Aufbau der Bevölkerung 2009 nach Alter und Geschlecht



treten bei den Frauen im Alter von 23 bis unter 30 Jahren auf; bei den Männern sind es insbesondere die Altersjahre der 24- bis 35-Jährigen. Die 35- bis 60-Jährigen sind in der Koblenzer Bevölkerung dagegen unterrepräsentiert. Danach kehrt sich die Situation in fast allen Altersjahrgängen um: Vor allem die weibliche Bevölkerung im Alter von 70 Jahren und älter ist deutlich stärker vertreten als im Landesdurchschnitt.

Bevölkerungsrückgang wie im Landesdurchschnitt

Nach der mittleren Variante der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes¹ könnte die Bevölkerungszahl in Koblenz gegenüber 2006, dem Basisjahr der Berechnungen, bis 2050 um etwa 15 Prozent, und damit im gleichen Ausmaß wie im Land insgesamt sinken.

Die altersstrukturellen Verschiebungen werden dazu führen, dass sich die Bevölke-

¹ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Bad Ems 2007.

rungsanteile in den drei Hauptaltersgruppen in Koblenz den landesdurchschnittlichen Anteilen stärker annähern. Die Zahl der jungen Menschen unter 20 Jahren könnte sich in der kreisfreien Stadt um rund 27 Prozent verringern (Rheinland-Pfalz: –34 Prozent). Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter dürfte in Koblenz um 23 Prozent sinken (Rheinland-Pfalz: –26 Prozent). Dagegen ist ein schwächerer Anstieg der älteren Bevölkerung zu erwarten. Unter den Annahmen der mittleren Variante wird sich die bereits im Basisjahr hohe Zahl an Menschen im Alter ab 65 Jahren bis 2050 lediglich um 18 Prozent erhöhen (Rheinland-Pfalz: +38 Prozent).

Dritthöchster Beitrag zum rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einer Region erstellt worden sind – abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist somit ein wichtiges Maß für die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region. In Koblenz wurde im Jahr 2008 ein nominales Inlandsprodukt von 5,43 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das war mit 5,1 Prozent der dritthöchste Beitrag zum rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt. Aktuellere Daten liegen nicht vor, da die Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Vielzahl an statistischen Basisinformationen erfordert, die erst mit einer Zeitverzögerung von etwa zwei Jahren zur Verfügung stehen.

Mehr als fünf Prozent des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts

Gegenüber dem Vorjahr stieg das nominale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 in Koblenz um 0,5 Prozent. Nach dem Rückgang des Jahres 2007 (–1,1 Prozent) fiel die Verbesserung etwa so hoch aus wie in

Geringere Wachstumsrate als im Land

Koblenz

Verwaltungsstruktur und Bevölkerung



Koblenz ist eine kreisfreie Stadt im nördlichen Rheinland-Pfalz. Sie ist nach Mainz und Ludwigshafen die drittgrößte Stadt des Landes und bildet eines seiner fünf Oberzentren. Sie gliedert sich in 30 Stadtteile, die sich anhand ihrer geografischen Lage wie folgt zuordnen lassen: Linksrheinisch liegen rechts der Mosel Altstadt, Mitte, Süd, Oberwerth, Karthause Nord, Karthäuserhofgelände, Karthause Flugfeld, Goldgrube, Rauental, Moselweiß, Stolzenfels und Lay. Links der Mosel befinden sich Lützel, Metternich, Neuendorf, Wallersheim, Kesselheim, Güls, Rübenach und Bubenheim. Die rechtsrheinischen Stadtteile sind Ehrenbreitstein, Niederberg, Asterstein, Pfaffendorf, Pfaffendorfer Höhe, Horchheim, Horchheimer Höhe, Arzheim, Arenberg und Immendorf.

Als Oberzentrum der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald verfügt Koblenz über alle Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, darunter mehrere Museen, Bibliotheken, Archive (unter anderem Bundesarchiv, Landeshauptarchiv) und ein Theater. Die Stadt ist zudem Sitz der Kreisverwaltung des Landkreises Mayen-Koblenz, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, des Oberverwaltungsgerichtes sowie eines Oberlandesgerichtes. Neben dem neuen Standort der Universität Koblenz-Landau im Stadtteil Metternich zählt die Fachhochschule auf der Karthause zu den überregionalen Bildungseinrichtungen der Stadt. Darüber hinaus beherbergt Koblenz mehrere Kasernen, sowie weitere zivile und militärische Einrichtungen der Bundeswehr.

Heute leben in Koblenz auf einer Fläche von 105 Quadratkilometer rund 106 400 Menschen. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 1 013 Einwohnern je Quadratkilometer. Nur in den kreisfreien Städten Ludwigshafen, Mainz, Speyer und Frankenthal (Pfalz) ist die Bevölkerungsdichte in Rheinland-Pfalz höher. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte beträgt die Bevölkerungsdichte 960 Einwohner je Quadratkilometer; landesweit sind es 202.

Geografische Lage und Flächennutzung

Koblenz liegt am „Deutschen Eck“, einer durch Mosel und Rhein gebildeten Mündungsspitze. Die nächstgelegenen Großstädte sind Bonn (etwa 60 Kilometer rheinabwärts) und Mainz (etwa 90 Kilometer rheinaufwärts). Koblenz wird begrenzt von den Ausläufern des Hunsrücks im Süden und der leicht hügeligen Landschaft der Eifel im Westen. Die rechts des Rheins gelegenen Stadtteile im Osten des Stadtgebietes liegen in den Ausläufern des Westerwaldes.

Die kreisfreie Stadt Koblenz grenzt im Osten an den Westerwaldkreis (Grenzlänge: 4,5 Kilometer) und den Rhein-Lahn-Kreis (14 Kilometer) sowie im Süden, Westen und Norden an den Landkreis Mayen-Koblenz (50,5 Kilometer). Im nahen Umfeld der Stadt befinden sich außerdem im Norden der Landkreis Neuwied sowie im Süden der Rhein-Hunsrück-Kreis.

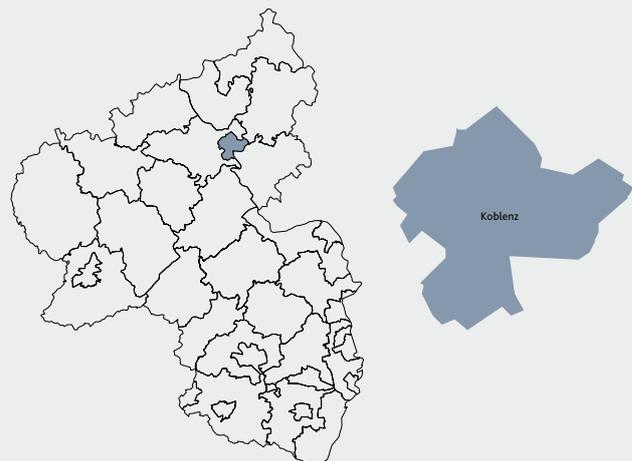
Koblenz liegt auf 65 Meter Höhe gemessen am Deutschen Eck. Die höchste Erhebung im Stadtgebiet ist mit 382 Meter der Kühkopf im Stadtwald.

Die Bodenfläche von 105 Quadratkilometer wird zu 36 Prozent als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt, gut 34 Prozent sind bewaldet, 24 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt und etwa fünf Prozent sind Wasserfläche.

Die Infrastruktur der Stadt ist sehr gut ausgebaut. Westlich und östlich der Stadt führen die Bundesautobahnen A 61 und A 3 nach Norden Richtung Köln und in die Rhein-Ruhr-Region sowie in Richtung Süden in die Großregion Rhein-Neckar bzw. in das Rhein-Main-Gebiet. Verbunden werden diese Autobahnen durch die im Norden der Stadt verlaufende A 48, die in ihrem weiteren Verlauf Richtung Westen nach Trier, Saarbrücken und Luxemburg führt. Zudem durchqueren mehrere Bundesstraßen das Stadtgebiet. Nur etwa eine Autostunde entfernt liegen die Großflughäfen Köln-Bonn und Frankfurt am Main sowie der im Rhein-Hunsrück-Kreis gelegene Flughafen Frankfurt-Hahn. Der Hauptbahnhof liegt an der Rheinstrecke zwischen Bonn und Mainz, aber auch an der rechtsrheinischen Strecke Wiesbaden-Köln. In Koblenz zweigen die Moselstrecke nach Trier sowie die Lahntalbahn nach Limburg ab. Nicht zuletzt verfügt die Stadt an Rhein – der meistbefahrenen Wasserstraße Europas – und Mosel über einen Güterhafen zwischen den Stadtteilen Kesselheim und Wallersheim. Von den Anlegestellen in den Rheinanlagen starteten die Schiffe mehrerer lokaler und überregionaler Reedereien zu zahlreichen Fahrten in die sehenswerte Umgebung.

Datenquelle:

Die Daten und Fakten über Koblenz, die über das Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik hinausgehen, stützen sich in erster Linie auf die Chronik des Stadtarchivs Koblenz (www.koblenz.de/stadtleben_kultur/stadtarchiv_stadtchronik.html), das Statistische Jahrbuch der Stadt Koblenz (www.koblenz.de/bilder/Statistik/Statistisches_Jahrbuch/jahrbuch_2010_internet.pdf) sowie das Internetangebot zur Bundesgartenschau Koblenz 2011 (www.buga2011.de).



Zeittafel

um 9 v. Chr.	Vermutliche Anlage der römischen Siedlung „Castellum apud Confluentes“ („Kastell bei den Zusammenfließenden“)
Anfang 5. Jh.	Zusammenbruch der römischen Verwaltung im Rhein-Mosel-Gebiet
im 5. Jh.	Eroberung der Stadt durch die Franken
um 550	Erwähnung eines fränkischen Königshofes in Koblenz
806	Koblenz kommt infolge der Reichsteilung Karls des Großen als Teil von Austrasien an dessen Sohn Karl
843	Im Vertrag von Verdun erhält Lothar I. u. a. Koblenz, das nun zu Lotharingen (Lothringen) gehört
882	Zerstörung der Stadt durch die Normannen
925	Lotharingen kommt an das ostfränkische Reich
1018	Kaiser Heinrich II. schenkt Erzbischof Poppo von Trier den Königshof Koblenz
1276	Erste Erwähnung eines Koblenzer Stadtrats
1304	Unterwerfung der Stadt nach heftigen Kämpfen mit Erzbischof Dieter von Nassau – Verzicht auf die Bildung eines Stadtrats
1632	Im Dreißigjährigen Krieg besetzen die Franzosen den Ehrenbreitstein
1637	Die französische Besatzung kapituliert nach über einjähriger Belagerung
1786	Einzug des Kurfürsten Clemens Wenzeslaus in das neuerbaute Schloss
1794	Einnahme der Stadt durch die Franzosen
1801	Im Frieden von Lunéville fällt Koblenz nun auch staatsrechtlich an Frankreich und wird Hauptstadt des „Département Rhin-et-Moselle“
1813/14	Russische Truppen rücken in das von den Franzosen geräumte Koblenz ein
1815	Der König von Preußen nimmt Koblenz formell in Besitz
1891	Eingemeindung: Lützel und Neuendorf
1897	Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck
1902	Eingemeindung: Moselweiß
1923	Eingemeindung: Wallersheim
1926	Änderung der Schreibweise des Namens der Stadt von „Coblenz“ in „Koblenz“
1937	Eingemeindung: Ehrenbreitstein, Horchheim, Metternich, Neudorf, Niederberg und Pfaffendorf
1947	Konstituierende Sitzung des ersten rheinland-pfälzischen Landtags
1948	Rittersturz-Konferenz der Ministerpräsidenten elf westdeutscher Länder unter Vorsitz des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier zur künftigen politischen Entwicklung Deutschlands
1950	Der rheinland-pfälzische Landtag beschließt die Verlegung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz
1969	Eingemeindung: Kapellen-Stolzenfels und Kesselheim
1970	Eingemeindung: Arenberg, Arzheim, Bubenheim, Güls, Immendorf, Lay, Rügenach sowie kleiner Gemarkungsteile von Rhens
1992	2000-Jahr-Feier der Stadt Koblenz
2002	Teile der Stadt Koblenz sowie das „Obere Mittelrheintal“ werden von der UNESCO zum „Weltkulturerbe der Menschheit“ erklärt
2005	Als Teil des obergermanisch-raetischen Limes wird das Kastell Niederberg ebenfalls in die Liste des Weltkulturerbes mit aufgenommen

T 1

Ausgewählte Kennzahlen für die kreisfreie Stadt Koblenz im Städte- und Landesvergleich

Merkmal	Jahr	Einheit	KS Koblenz	Kreisfreie Städte zusammen	Rheinland-Pfalz
Bevölkerung	2009	Anzahl	106 445	1 021 330	4 012 675
Veränderung	2000–2009	%	-1,4	1,5	-0,5
	2006–2050	%	-14,9	-14,9	-14,9
Bevölkerungsdichte ¹	2009	Einwohner je km ²	1 013	960	202
Anteil an der Gesamtbevölkerung					
unter 20-Jährige	2009	%	17,3	17,8	19,4
20- bis 65-Jährige	2009	%	60,3	62,0	59,9
65-Jährige und Ältere	2009	%	22,3	20,2	20,7
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2009	je 100 Personen	28,8	28,7	32,5
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2009	je 100 Personen	37,0	32,6	34,5
Natürlicher Saldo	2009	Anzahl	-374	-2 327	-13 022
Wanderungssaldo	2009	Anzahl	522	2 688	-2 813
Verfügbares Einkommen					
	2008	EUR je Einwohner	18 155	17 628	18 509
SGB-II-Quote ²	November 2010	je 100 unter 65-Jährige	11,8	11,2	7,3
Bruttoinlandsprodukt					
	2008	Mill. EUR	5 434	41 729	106 371
Veränderung	2007–2008	%	0,5	1,2	2,2
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	2008	EUR	55 053	59 761	57 267
Erwerbstätige am Arbeitsort					
	2008	1 000	98,7	698,3	1 857,5
Arbeitsplatzdichte ³	2008	je 1 000 Einwohner	930	683	460
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	2010	Anzahl	64 643	490 784	1 217 744
Arbeitslosenquote ⁴	Februar 2011	%	7,5	x	6,0
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	Februar 2011	%	6,1	x	5,4
Arbeitslosenquote (55 bis unter 65 Jahre)	Februar 2011	%	7,7	x	7,1

1 Gebietsstand 31. 12. 2009. – 2 Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II im November bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren zum 31. 12. 2009 – 3 Je 1 000 Einwohner der Durchschnittsbevölkerung. – 4 Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

den Jahren 2000 und 2005. An die hohen Zuwächse des Jahres 2002 (+4,5 Prozent), aber auch an die Steigerungsraten der Jahre 1999, 2003, 2004 und 2006, die in einem Bereich von 2,2 bis 2,8 Prozent lagen, konnte nicht angeknüpft werden.

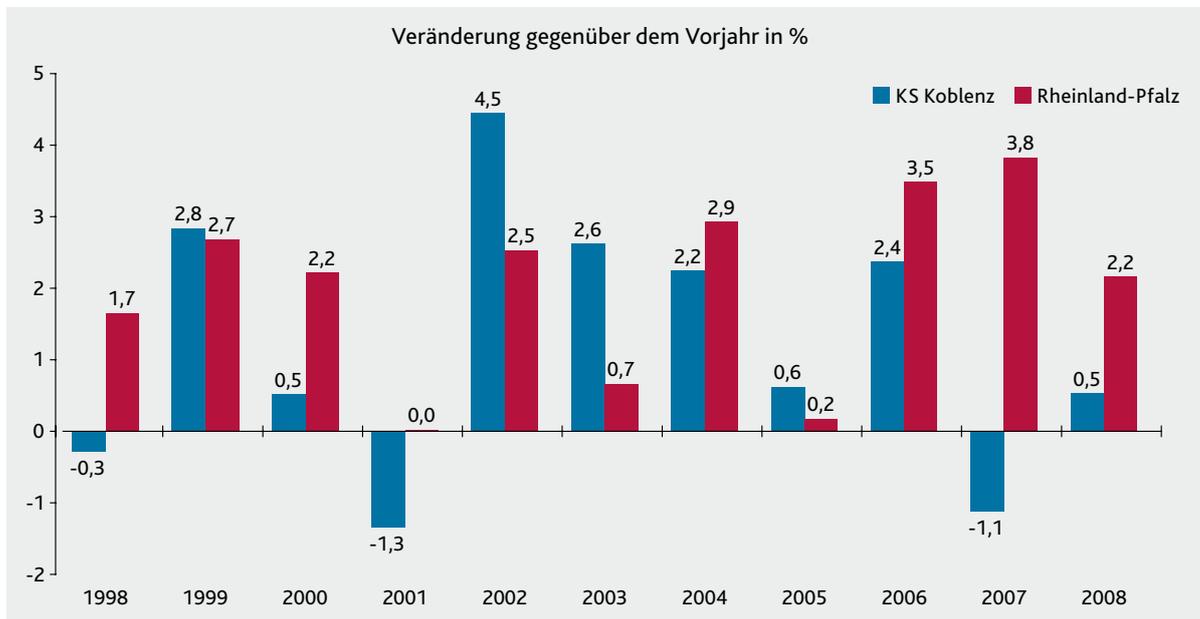
Der Zuwachs 2008 wurde vor allem von den Dienstleistungsbereichen erwirtschaftet. Dort stieg die Bruttowertschöpfung um 1,8 Prozent; im produzierenden Gewerbe ging sie dagegen um 5,1 Prozent zurück.

Damit fiel das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 vergleichsweise gering aus (Rheinland-Pfalz: +2,2 Prozent). Im langfristigen Vergleich blieb das Wirtschaftswachstum in Koblenz mit +14,5 Prozent ebenfalls deutlich unter dem Landesdurchschnitt (+23 Prozent).

Wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen, die es erwirtschaftet haben, ergibt sich ein Maß für die Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2008

G 3

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1998–2008



Arbeitsproduktivität unter Landesdurchschnitt

erbrachte jeder in Koblenz arbeitende Erwerbstätige ein Bruttoinlandsprodukt von 55 050 Euro. Damit lag die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten in Koblenz unter dem landesdurchschnittlichen Wert (57 270 Euro je Erwerbstätigen). Im Vergleich zu 1998 hat sich der Abstand zum Land vergrößert: In Koblenz stieg der Pro-Kopf-Wert um 6,3 Prozent, im Landesmittel um zwölf Prozent. Eine Erklärung dafür ist die Struktur der Wirtschaft in Koblenz, die wie in fast allen kreisfreien Städten des Landes durch die Dienstleistungsbereiche geprägt wird.

Wirtschaftsstruktur beeinflusst Produktivität

Die Arbeitsproduktivität ist in den verschiedenen Wirtschaftssektoren unterschiedlich hoch. So ist sie in den Dienstleistungsbereichen niedriger als im produzierenden Gewerbe, da dort die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze höher ist. Zudem ist der Anteil der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen deutlich höher als im produzierenden Gewerbe. Durch diese Einflussfaktoren fällt die Arbeitsproduktivität

in Regionen mit einem vergleichsweise hohen Dienstleistungsanteil tendenziell niedriger aus als in Regionen mit einem hohen Industrieanteil. In Koblenz werden fast 84 Prozent der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen erwirtschaftet, im Landesdurchschnitt liegt der Anteil deutlich niedriger (66 Prozent). Lediglich für Neustadt an der Weinstraße errechnet sich ein geringfügig höherer Dienstleistungsanteil.

Dienstleistungsanteil in Koblenz überdurchschnittlich hoch

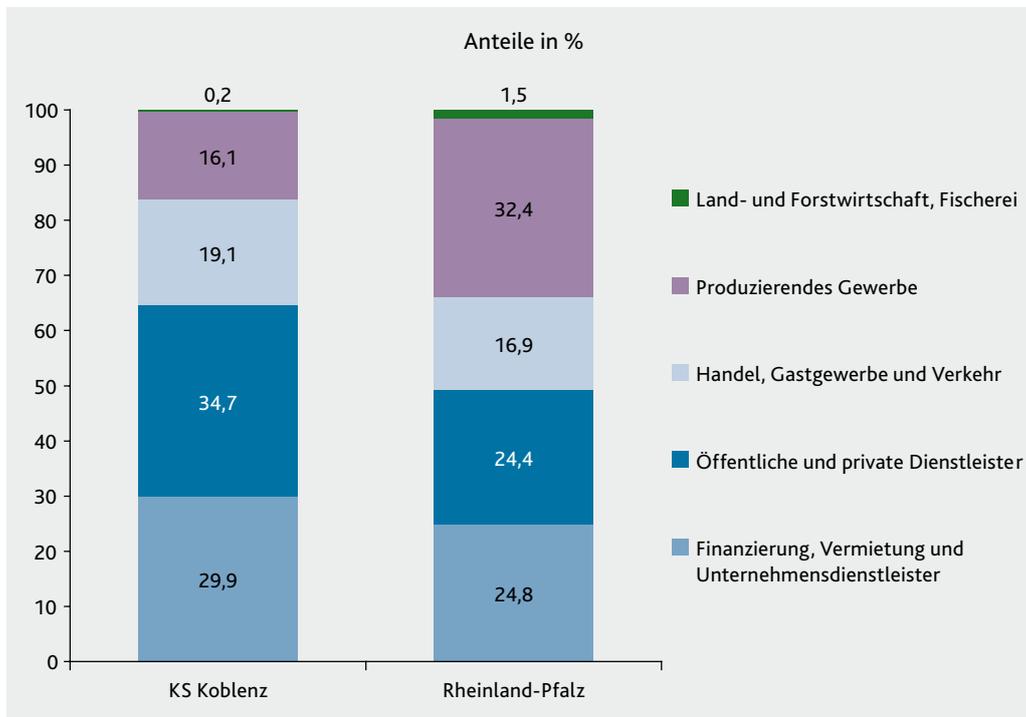
Um auch den Umfang der erbrachten Arbeit zu berücksichtigen, kann die Stundenproduktivität – d. h. die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde – berechnet werden. Auch bei diesem Indikator lag Koblenz im Jahr 2008 mit 38,11 Euro je geleisteter Arbeitsstunde unter dem Landesdurchschnitt (40,80 Euro je Stunde).

Der Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ hatte im Jahr 2008 den höchsten Anteil an der Wirtschaftsleistung der Stadt. Mit 35 Prozent lag der Wertschöpfungsanteil fast gleichauf mit

Öffentliche und private Dienstleister sind stärkster Wirtschaftsbereich

G 4

Bruttowertschöpfung 2008 nach Wirtschaftsbereichen



Trier und Mainz, aber deutlich über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (24 Prozent). Besonders der Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Rechtspflege sowie Universität und Fachhochschule spielt in Koblenz eine große Rolle: Die Stadt ist Sitz der Kreisverwaltung des Landkreises Mayen-Koblenz sowie der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord. Sie ist ein für Rheinland-Pfalz bedeutender Gerichtssitz (u. a. Verfassungsgerichtshof, Oberverwaltungsgericht sowie ein Oberlandesgericht). Neben der Universität zählt die Fachhochschule zu den überregionalen Bildungseinrichtungen der Stadt. Darüber hinaus ist Koblenz ein bedeutender Bundeswehrstandort.

Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ trug 30 Prozent zur Wirtschaftsleistung der Stadt bei. Der Anteil war höher als in Rheinland-Pfalz

insgesamt (25 Prozent). Auf den Dienstleistungsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ entfielen 19 Prozent der Wertschöpfung (Rheinland-Pfalz: 17 Prozent).

Im Jahr 2008 wurden in Koblenz insgesamt 4,08 Milliarden Euro in den Dienstleistungsbereichen erwirtschaftet, das waren 16 Prozent mehr als 1998 (Rheinland-Pfalz: +24 Prozent). Die Struktur des Dienstleistungssektors hat sich dabei im Laufe der letzten zehn Jahre verändert. Während der Anteil der konsumnahen Dienstleistungen, die vor allem von privaten Haushalten in Anspruch genommen werden, geringer wird, steigt die Nachfrage nach unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Diese Entwicklung lässt sich auch in Koblenz beobachten: Den stärksten Zuwachs hatte der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ mit +33 Prozent gegenüber 1998. Der Anstieg lag etwas unter dem

Unternehmensnahe Dienstleistungen immer stärker gefragt

rheinland-pfälzischen Durchschnitt von 38 Prozent. Damit leistete dieser Bereich in den vergangenen zehn Jahren sowohl in Koblenz als auch in Rheinland-Pfalz insgesamt den größten Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Mit einem Plus von 14 Prozent konnten die öffentlichen und privaten Dienstleister nur ein unterdurchschnittliches Wachstum verzeichnen (Rheinland-Pfalz: +18 Prozent). Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ nahm die Wertschöpfung seit 1998 lediglich um 1,4 Prozent zu (Rheinland-Pfalz: +16 Prozent).

Das produzierende Gewerbe hat im Jahr 2008 in Koblenz mit 16 Prozent der gesamten Wertschöpfung ein deutlich geringeres Gewicht als im Land (32 Prozent). Im langfristigen Vergleich ist – nicht zuletzt wegen der ungünstigen Entwicklung im Jahr 2008 – lediglich eine geringe Steigerung der Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes um 0,3 Prozent festzustellen (Rheinland-Pfalz: +18 Prozent).

Schwerpunkt
der Industrie:
Metall-
erzeugung und
Fahrzeugbau

Der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung liegt in Koblenz bei 2,6 Prozent und damit erheblich unter dem Landesmittel von 4,7 Prozent. Das verarbeitende Gewerbe trägt 11,1 Prozent zur Wertschöpfung in Koblenz bei (Rheinland-Pfalz: 26 Prozent). Von besonderer Bedeutung sind hier die Bereiche „Herstellung von Metallerezeugnissen“ sowie „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“.

Die Landwirtschaft hat in Koblenz – wie in den meisten kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz – nur einen sehr geringen Stellenwert. Lediglich 0,2 Prozent der gesamten Wertschöpfung entfallen auf diesen Bereich (Rheinland-Pfalz: 1,5 Prozent, kreisfreie Städte: 0,4 Prozent).

Pro-Kopf-Einkommen unter dem Landesdurchschnitt

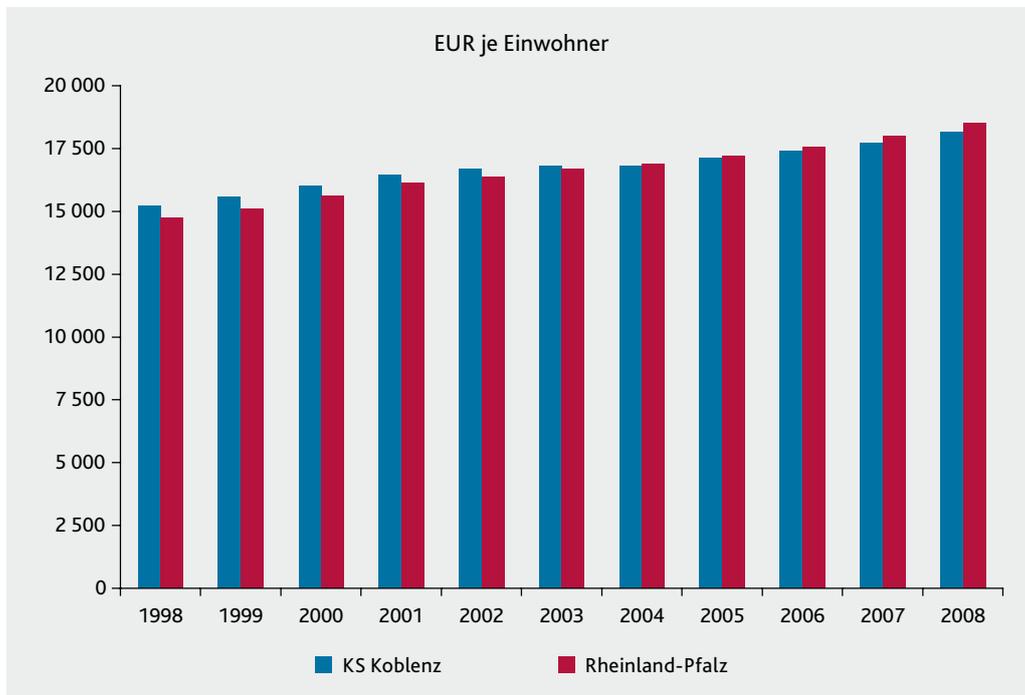
Die beschriebenen Kennzahlen zur Einkommensentstehung werden nach dem Inlands-konzept abgegrenzt, d. h. sie weisen nach, was in der Stadt erwirtschaftet worden ist. Die Wirtschaftsleistung, die von Berufsauspendlern in anderen Verwaltungsbezirken erbracht wurde, ist also nicht berücksichtigt. Die Leistung der Berufseinpender ist jedoch enthalten. Aufgrund der relativ hohen Pendlerzahl wird die Einkommenssituation der Einwohner von Koblenz durch diese Kennzahlen alleine nur unzureichend abgebildet. Als Maß für die Einkommenssituation der Bevölkerung wird daher das verfügbare Einkommen (Inländerkonzept) herangezogen. Diese Kennzahl umfasst sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in Koblenz lebenden Personen zuzüglich der empfangenen Übertragungen – wie Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld usw. – und abzüglich der geleisteten Übertragungen, wie insbesondere direkte Steuern und Sozialbeiträge. Das verfügbare Einkommen entspricht also dem Einkommen, das den privaten Haushalten in Koblenz letztlich zufließt und das sie für den Konsum oder die Vermögensbildung verwenden können. Damit spiegelt es auch die potenzielle Kaufkraft der Menschen wider, die in der Stadt leben.

Verfügbares
Einkommen als
Indikator für
Wohlstand und
Kaufkraft

Insgesamt standen den privaten Haushalten in Koblenz im Jahr 2008 rund 1,93 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit hatte die Stadt einen Anteil von 2,6 Prozent an dem gesamten verfügbaren Einkommen in Rheinland-Pfalz. Im Vergleich zum Vorjahr ist das verfügbare Einkommen in Koblenz mit +2,6 Prozent fast genauso stark gestiegen wie im Land insgesamt (Rheinland-Pfalz: +2,7 Prozent). Im Zeitraum von 1998 bis 2008 fiel

Koblenz:
18 160 Euro
je Einwohner

G 5 Verfügbares Einkommen 1998–2008



in Koblenz der Zuwachs mit +16,1 Prozent jedoch deutlich niedriger aus (Rheinland-Pfalz: +26 Prozent).

Auf die Zahl der Einwohner bezogen ergibt sich in Koblenz im Jahr 2008 ein verfügbares Einkommen in Höhe von 18 160 Euro pro Kopf. Damit lag das Einkommen je Einwohner etwas unter dem Landesdurchschnitt von 18 510 Euro, aber klar über dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte (17 630 Euro).

Deutsches Eck, Festung Ehrenbreitstein, und die historische Altstadt – ein vielfältiges Angebot für Touristen

Unter den Orten der Tourismusregion Rheintal zieht Koblenz mit Abstand die meisten Gäste an. Die Lage an Rhein und Mosel verleiht der Stadt ein besonderes Panorama. Die langen Uferpromenaden laden Gäste zum Bummeln und Verweilen

ein und sind zugleich Anlegeplatz für Ausflugsschiffe und Flusskreuzfahrer. Jährlich am zweiten Wochenende im August bietet die Großveranstaltung „Rhein in Flammen“ mit zahllosen beleuchteten Schiffen eine besondere Attraktion. Die zur Moselseite hin gelegene Altstadt mit ihren engen Gassen zeugt von der jahrhundertealten Stadtgeschichte und birgt viele gemütliche Gastronomiebetriebe.

Im Jahr 2011 wird das touristische Angebot um einen Höhepunkt erweitert. Unter dem Motto „Koblenz verwandelt“ findet erstmals in Rheinland-Pfalz eine Bundesgartenschau statt. Das Gelände der „BUGA Koblenz 2011“ erstreckt sich mit den zentralen Flächen für Ausstellungen und Leistungsschauen vom Kurfürstlichen Schloss über den aus drei Gärten bestehenden Blumenhof – eingrahmt von Ludwig Museum im Deutscherrenhaus, Deutschem Eck und Basilika

Bundesgartenschau 2011

St. Kastor – bis zur Festung Ehrenbreitstein auf der anderen Rheinseite. Alle drei Bereiche bleiben über das Jahr 2011 hinaus dauerhaft erhalten und bereichern die Stadt um weitere Erholungsflächen. Eine besondere Attraktion ist die Seilbahn zwischen Rheinpromenade und Festung quer über den Rhein. Mit ihren 18 Kabinen ist sie in der Lage pro Stunde in beide Richtungen bis zu 3 800 Menschen zu transportieren.

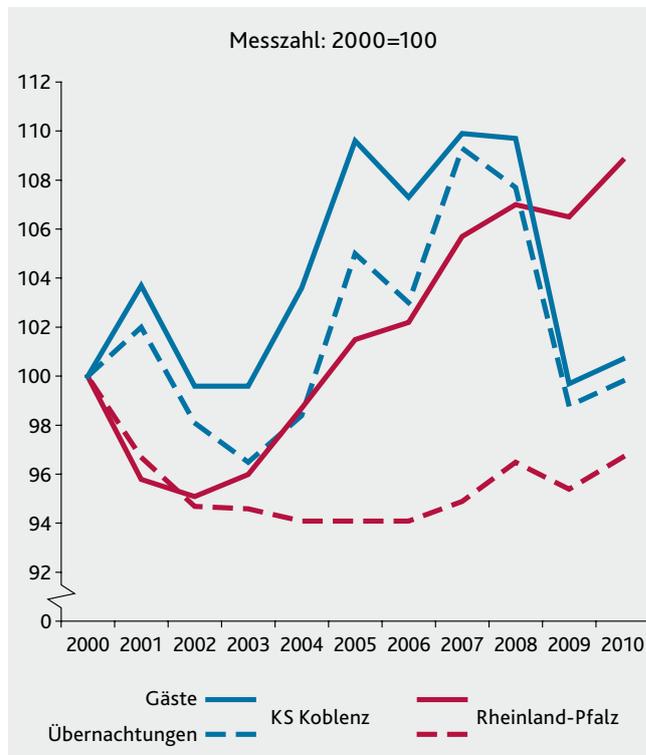
Kirchen, Schlösser, Plätze und vieles mehr

Natürlich werden auch die übrigen Sehenswürdigkeiten außerhalb der BUGA-Kernbereiche wieder eine Vielzahl von Gästen anziehen. An dieser Stelle ist nur eine kleine Auswahl möglich: Die Türme der Liebfrauen- und der Florinskirche prägen die Silhouette der Altstadt. Schloss Stolzenfels thront hoch über dem Rhein im südlichen Stadtgebiet gegenüber der Lahnmündung. Zurück in der Altstadt laden der Plan, aber auch Münz-, Jesuiten- und Görresplatz (hier steht die Historiensäule, die in zehn übereinander gereihten dreidimensional dargestellten Szenen die Stadtgeschichte erzählt) mit ihren gastronomischen und städtebaulichen Leckerbissen zum Verweilen ein. Den Einheimischen besonders ans Herz gewachsen ist der Brunnen im heutigen Rathaushof, mit dem 1941 dem Koblenzer „Schängel“ ein Denkmal gesetzt wurde.

Im Jahr 2010 kamen 257 600 Übernachtungsgäste nach Koblenz. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme um ein Prozent. Im Land insgesamt ist die Zahl der Gäste um 2,2 Prozent gestiegen. Im langfristigen Vergleich der Besuchszahlen gegenüber dem Jahr 2000 ist in Koblenz eine Sonderentwicklung zu beobachten. Während bis 2008 ein fast kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Gästeankünfte registriert wurde, kam es im Folgejahr zu einem starken Einbruch

G 6

Gäste und Übernachtungen 2000–2010



im Tourismus. Diese Entwicklung dürfte zum Teil auf eine vorübergehende Einschränkung des touristischen Angebots in einzelnen Segmenten der Beherbergungsbranche zurückzuführen sein. Darüber hinaus könnten sich bereits die umfangreichen Baumaßnahmen im Vorfeld der Bundesgartenschau auf die Tourismusbilanz ausgewirkt haben. Die Einschränkungen insbesondere in den drei Kernbereichen haben sicherlich vielfach dazu geführt, dass geplante Koblenz-Besuche in das BUGA-Jahr 2011 verschoben wurden. Somit zeigt die Entwicklung in der letzten Dekade nur ein leichtes Plus von 0,7 Prozent, während der Anstieg im Land insgesamt deutlich positiver ausfiel (Rheinland-Pfalz: +8,8 Prozent).

Starker Rückgang der Besucherzahlen rührt aus dem Jahr 2009

Mit etwa 76 Prozent stellen die Gäste aus dem Inland die größte Besuchergruppe. Die ausländischen Touristen kamen hauptsäch-

Drei Viertel der Gäste kommen aus dem Inland

lich aus Europa (18 Prozent), die meisten davon aus Großbritannien (3,5 Prozent), den Niederlanden (3,2 Prozent) und Belgien (1,8 Prozent). Im reinen Ländervergleich lagen allerdings die USA mit 2,5 Prozent der Gäste an dritter Stelle. Im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke betrug der Anteil ausländischer Touristen ebenfalls ein knappes Viertel.

Beliebtes Ziel für Kurzurlauber: Gäste bleiben durchschnittlich zwei Tage

Im Jahr 2010 wurden rund 504 600 Übernachtungen in Koblenz gezählt. Im Vergleich zu 2000 ist die Zahl der Übernachtungen – trotz der bei den Gästeankünften beschriebenen Entwicklung der Jahre 2009 und 2010 – mit einem Rückgang um 0,2 Prozent geringer ausgefallen als im Land insgesamt (Rheinland-Pfalz: –3,3 Prozent). Im Schnitt blieben die Gäste zwei Tage. Die Verweildauer ist üblicherweise in den kreisfreien Städten durch den hohen Anteil an Kurzurlaubern, Städtetouristen und Geschäftsreisenden kürzer als im Landesmittel (Rheinland-Pfalz: 2,8 Tage).

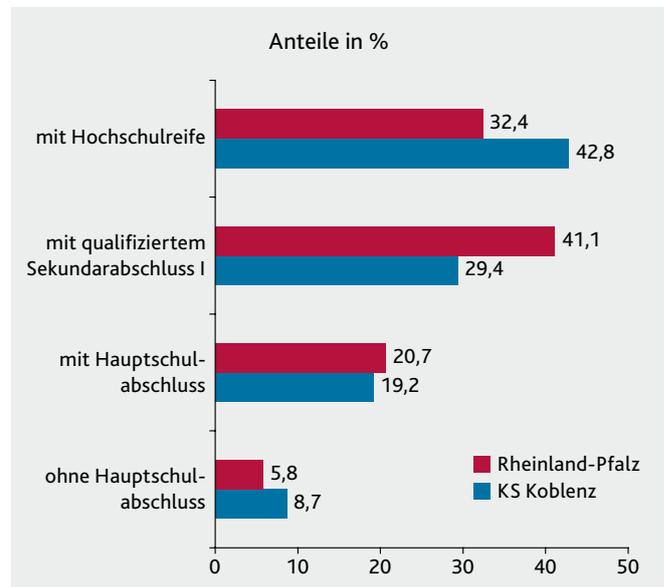
Schulstandort Koblenz: Breit gefächertes Bildungsangebot

Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen sowie Hochschulen

Koblenz bietet ein breit gefächertes Angebot an Bildungseinrichtungen. Den Schülerinnen und Schülern aus Koblenz und der Umgebung stehen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ab der Sekundarstufe sieben Gymnasien, drei Realschulen sowie eine Realschule plus und eine Integrierte Gesamtschule zur Auswahl. Zusätzlich bieten sechs Berufsbildende Schulen die verschiedenen Schulformen in diesem Bereich an. Daneben ist die Stadt an Rhein und Mosel Sitz der Universität Koblenz-Landau im Stadtteil Metternich und der Fachhochschule auf der Karthause.

G7

Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen 2010 nach Abschlussart



In Koblenz erlangten 43 Prozent der Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen 2010 die Fachhochschul- bzw. allgemeine Hochschulreife. Damit erreicht Koblenz den siebthöchsten Anteilswert aller rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke. In Neustadt an der Weinstraße, Speyer und Mainz liegen die Anteilswerte sogar über 50 Prozent. Landesweit war die Quote mit 32 Prozent erheblich niedriger.

Vier von zehn Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife

Weitere 29 Prozent der Absolventen erlangten in Koblenz den qualifizierten Sekundarabschluss I („mittlere Reife“) und 19 Prozent den Hauptschulabschluss. Allerdings verließen auch 8,7 Prozent der Jugendlichen das allgemeinbildende Schulsystem, ohne die Berufsreife erlangt zu haben. Einen solch hohen Wert wies sonst nur noch der Landkreis Cochem-Zell auf (Rheinland-Pfalz: 5,8 Prozent).

Der Vergleich mit dem Schuljahr 2000/2001 lässt landesweit eine positive Entwicklung bei den Abschlussqualifikationen an allgemeinbildenden Schulen erkennen. In Koblenz

Trend zu höheren Bildungsabschlüssen

erhöhte sich der Anteil der Absolventen mit Hochschulreife um 4,6 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: +9,6 Prozentpunkte), wohingegen der Anteil der Abgänger mit Hauptschulabschluss um 2,4 Prozentpunkte sank (Rheinland-Pfalz: -10,4 Prozentpunkte). Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss verringerte sich leicht um 0,9 Prozentpunkte (Rheinland-Pfalz: -3,9 Prozentpunkte).

Einwohner von Koblenz nutzen Weiterbildungsangebot

Im Jahr 2009 nahmen 39 von 100 Einwohnern in Koblenz an einer Weiterbildung teil. Das war mit Abstand der höchste Wert im Land (Rheinland-Pfalz: 19 von 100 Einwohnern). Mit 32 je 100 Einwohnern liegt auch die Zahl der Weiterbildungsstunden erheblich über dem Landesmittel von 19 Stunden je 100 Einwohner. Lediglich in Mainz, Speyer und Neustadt an der Weinstraße lagen die Werte noch etwas höher.

Positive Entwicklungen am Arbeitsmarkt

In zehn Jahren wurden etwa 7 000 Arbeitsplätze geschaffen

Im Jahr 2008 gab es in Koblenz Arbeitsplätze für gut 98 700 Menschen. Das waren etwa 600 bzw. 0,6 Prozent mehr als 2007 (Rheinland-Pfalz: +1,5 Prozent). Im langfristigen Vergleich gegenüber 1998 sind 7 000 neue Arbeitsplätze entstanden (+7,6 Prozent; Rheinland-Pfalz: +9,4 Prozent).

Höchste Arbeitsplatzdichte im Land

Die absolute Zahl der Erwerbstätigen ist als Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region wenig aussagekräftig. Deshalb wird häufig die sogenannte Arbeitsplatzdichte betrachtet. Sie bezieht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Einwohnerzahl. Im Jahr 2008 kamen in Koblenz auf 1 000 Einwohner 930 Erwerbstätige. Das war – vor Trier (735) und Mainz (729) – die mit Abstand höchste Arbeitsplatzdichte im Land (Rheinland-Pfalz: 460 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohner).

Der Großteil der Erwerbstätigen in Koblenz und im Land insgesamt sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt (jeweils 65 Prozent). Im Jahr 2010 waren in der Stadt 64 600 Menschen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis. Zwischen Mitte 2009 und Mitte 2010 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung infolge der Erholung nach der Wirtschaftskrise um 2,4 Prozent gestiegen und damit stärker als in Rheinland-Pfalz insgesamt (+1,4 Prozent). Im Zehnjahresvergleich hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Koblenz mit +4,1 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich zugelegt (Rheinland-Pfalz: +2,2 Prozent).

Mehr als 64 600 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Beschäftigungsumfang, Geschlecht und Nationalität differenziert, so zeigt sich im Jahr 2010 in Koblenz eine ähnliche Struktur der Arbeitnehmerschaft wie im Land insgesamt. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten beträgt in Koblenz wie auch in Rheinland-Pfalz 79 Prozent, die der Teilzeitbeschäftigten 21 Prozent. Dagegen weist Koblenz mit 48 Prozent einen leicht überdurchschnittlichen Anteil weiblicher Beschäftigter (Rheinland-Pfalz: 46 Prozent) sowie mit fünf Prozent einen geringfügig unterdurchschnittlichen Anteil ausländischer Beschäftigter auf (Rheinland-Pfalz: sechs Prozent).

Zwischen der Stadt Koblenz und den umliegenden Regionen vor allem in Rheinland-Pfalz, aber auch mit Nordrhein-Westfalen und Hessen gibt es enge Verflechtungen über sogenannte Berufspendler. Berufspendler sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die in Koblenz wohnen, aber außerhalb der Stadt arbeiten; Berufseinpender arbeiten dagegen in Koblenz, wohnen aber außerhalb des Stadtgebietes.

Starke Pendlerverflechtungen

T 2

Einpendler nach und Auspendler aus der kreisfreien Stadt Koblenz 2010

Herkunftsgebiet Zielgebiet	Einpendler ¹		Auspendler ²	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Insgesamt	43 511	100	12 306	100
darunter				
Rheinland-Pfalz	39 566	90,9	9 387	76,3
Ahrweiler	1 120	2,6	216	1,8
Cochem-Zell	1 567	3,6	217	1,8
Mayen-Koblenz	17 790	40,9	3 854	31,3
Neuwied	3 784	8,7	1 407	11,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 172	7,3	565	4,6
Rhein-Lahn-Kreis	5 306	12,2	1 222	9,9
Westerwaldkreis	4 590	10,5	1 035	8,4
Nordrhein-Westfalen	1 461	3,4	1 293	10,5
Hessen	937	2,2	841	6,8

1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2010, die in der Stadt arbeiten aber nicht wohnen. – 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2010, die in Koblenz wohnen aber zur Arbeit über die Stadtgrenze hinaus fahren.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Einpendler-
überschuss
von 31 200
Beschäftigten

Im Jahr 2010 pendelten rund 43 510 Beschäftigte nach Koblenz ein, etwa 12 310 pendelten aus der Stadt aus. Daraus ergibt sich für Koblenz ein Einpendlerüberschuss von rund 31 200 Beschäftigten. Bezogen auf 100 Beschäftigte mit Arbeitsort in Koblenz kommen 67 Berufseinpendler. Die hohe Einpendlerquote ist charakteristisch für die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz. Von 100 Beschäftigten mit Wohnort in Koblenz sind 37 Berufsauspendler, haben also ihren Arbeitsplatz außerhalb der Stadt. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte ist die Auspendlerquote deutlich niedriger.

Größte Pendler-
verflechtung mit
dem Landkreis
Mayen-Koblenz

Der Großteil der Einpendler (91 Prozent) kommt aus dem rheinland-pfälzischen Umland, 3,4 Prozent aus Nordrhein-Westfalen und 2,2 Prozent aus Hessen. Die mit Abstand meisten Beschäftigten (41 Prozent) pendeln aus dem angrenzenden Landkreis Mayen-Koblenz in die Stadt; weitere zwölf bzw. elf Prozent kommen aus dem Rhein-Lahn- bzw. Westerwaldkreis.

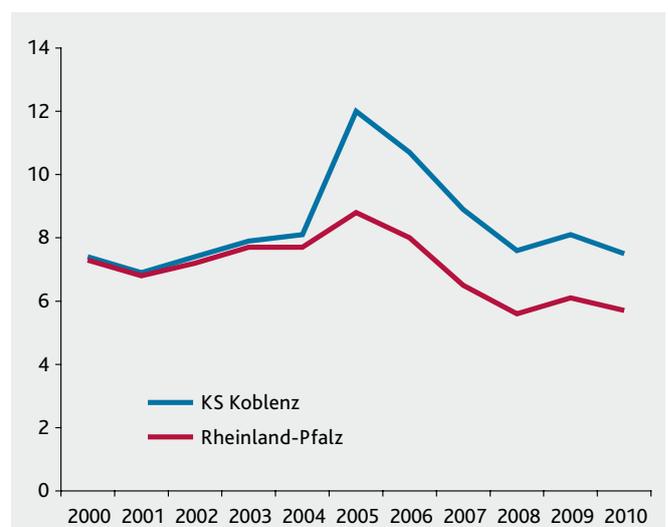
Von den Auspendlern arbeiten 76 Prozent in Rheinland-Pfalz, knapp elf Prozent in Nordrhein-Westfalen und etwa sieben Prozent in Hessen. Mehr als die Hälfte der Auspendler sind in den Landkreisen Mayen-Koblenz (31 Prozent) und Neuwied (elf Prozent) sowie im Rhein-Lahn-Kreis tätig (zehn Prozent).

Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen an. Sie lag im Jahr 2010 in Koblenz bei 7,5 Prozent und damit über dem Landesdurchschnitt (5,7 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr ist die Arbeitslosenquote in Koblenz mit –0,6 Prozentpunkten stärker gesunken als im Landesdurchschnitt (–0,4 Prozentpunkte). Die konjunkturelle Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt sich auch in den aktuellen Monatswerten: Im Februar 2011 waren in Koblenz 7,5 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Rheinland-Pfalz: sechs Prozent), das sind 0,8 Prozentpunkte weniger als im Februar 2010 (Rheinland-Pfalz: –0,4 Prozentpunkte).

Arbeitslosen-
quote höher
als im Landes-
durchschnitt

G 8

Arbeitslosenquote¹ 2000–2010



1 Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Arbeitslosen-
quoten jüngerer
und Älterer
ebenfalls über
dem Landes-
durchschnitt

Die strukturelle Analyse der Arbeitslosigkeit zeigt für Koblenz sowohl bei den jüngeren als auch bei den älteren Menschen eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote. Der Anteil der Arbeitslosen bei den 15- bis unter 25-Jährigen lag im Februar 2011 in Koblenz bei 6,1 Prozent (Rheinland-Pfalz: 5,4 Prozent). Die Arbeitslosenquote bei den 55- bis unter 65-Jährigen liegt mit 7,7 Prozent ebenfalls über dem Landesmittel (7,1 Prozent).

Die SGB-II-Quote bezieht die Zahl der Empfänger (erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige) von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) auf 100 Einwohner im Alter von unter 65 Jahren. Im November 2010 waren etwa zwölf Prozent der Einwohner von Koblenz unter 65 Jahren auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen; im Durchschnitt der kreisfreien Städte waren es elf Personen (Rheinland-Pfalz: 7,3 Personen).

Fazit

Koblenz ist eine der ältesten Städte Deutschlands. Zahlreiche historische Bauwerke prägen das Bild der Stadt am Deutschen Eck. Die Attraktivität der Stadt sowohl als Arbeits- als auch als Wohnort zeigt sich in den hohen Ein- und Auspendlerquoten. Die Schul- und Bildungseinrichtung der Stadt sind für Koblenz und auch die Umgebung von großer Bedeutung. Für Touristen ist die Stadt ein lohnendes Reiseziel, die Attraktivität wird durch die Bundesgartenschau 2011 sicherlich noch erheblich gesteigert. Ob sich die positiven Impulse als nachhaltig erweisen, wird nicht zuletzt die weitere Entwicklung der Besucherzahlen zeigen.

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Zu folgenden kreisfreien Städten und Landkreisen sind in der Reihe Rheinland-Pfalz regional bereits Beiträge in den Statistischen Monatsheften erschienen:

- 6/2007 Landkreis Birkenfeld
- 9/2007 Kreisfreie Stadt Trier
- 5/2008 Landkreis Ahrweiler
- 7/2008 Kreisfreie Stadt Mainz
- 6/2009 Landkreis Bad Kreuznach
- 9/2009 Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein
- 5/2010 Kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße
- 8/2010 Rhein-Hunsrück-Kreis
- 2/2011 Kreisfreie Stadt Speyer

Diese Beiträge und unser umfangreiches Datenangebot auf regionaler Ebene finden Sie bei uns im Internet unter <http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten>.

Arbeitskosten 2008

Arbeitskosten je geleistete Stunde bei 27,79 Euro



Von Christine Schomaker

In Rheinland-Pfalz kostete im Jahr 2008 die von den Arbeitnehmern geleistete Arbeitsstunde im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche 27,79 Euro. Die Nettoarbeitskosten (Bruttoarbeitskosten abzüglich Lohnsubventionen) je Vollzeiteinheit lagen bei durchschnittlich 48 518 Euro pro Jahr.

Die Arbeitskostenerhebung findet in vierjährlichem Turnus europaweit als Befragung von Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitnehmern statt und stellt detaillierte Daten über Niveau und Struktur der Arbeitskosten nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen bereit.

Arbeitskosten sind wichtiger Standortfaktor

Im System der Statistiken zu Verdiensten und Arbeitskosten ergänzt die alle vier Jahre durchgeführte Arbeitskostenerhebung die unterjährige vierteljährliche Verdiensterhebung sowie die ebenfalls alle vier Jahre stattfindende Verdienststrukturerhebung. Bei den verschiedenen Erhebungen werden unterschiedliche Tatbestände erfasst, um einerseits bestehende Strukturen und andererseits kurzfristige Entwicklungen in regelmäßigen Zeitabständen darstellen zu können.

Die Arbeitskostenerhebung ist die Strukturstatistik über die Höhe und die Zusammensetzung der gesamten Kosten des

Produktionsfaktors Arbeit. Die Erhebung bildet die Arbeitskosten und Arbeitszeiten in den Betrieben und Unternehmen ab, insbesondere die über die Bruttoverdienste hinausgehenden Kostenbestandteile wie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Arbeitskostenerhebung ermittelt präzise Größen über den Arbeitsinput, auf den sich die Kosten beziehen. Das geschieht in Form der Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden und der Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze. Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte werden dabei über die betriebsübliche Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechnet.

Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung geben – nach Branchen differenziert – Auskunft über die Wettbewerbsfähigkeit der

Umfangreiches Datenangebot im Bereich der Verdienste und Arbeitskosten

deutschen Wirtschaft. Sie sind Grundlage für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundes- und der Landesregierungen. Für die Tarifparteien ist die Erhebung eine wichtige Informationsquelle für ihre Verhandlungen über Löhne und Gehälter sowie über die sonstigen Arbeitsbedingungen. Dem einzelnen Unternehmen geben die Daten die Möglichkeit für betriebswirtschaftliche Entscheidungen, die Arbeitskosten des eigenen Unternehmens mit dem Durchschnittswert der Branche oder anderer Wirtschaftszweige im In- und Ausland zu vergleichen.

Die Arbeitskostenerhebung ist eine EU-weite Erhebung. Die Daten werden an das Statistische Amt der Europäischen Union geliefert und dort ausgewertet. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission erhalten so vergleichbare Angaben für wirtschafts-, sozial- und regionalpolitische Aufgaben.

Arbeitskostenerhebung als Stichprobenerhebung bei 1900 Unternehmen in Rheinland-Pfalz

In Deutschland wird die Arbeitskostenerhebung als Stichprobenerhebung durchgeführt. Einbezogen werden in Rheinland-Pfalz etwa 1900 und bundesweit rund 30 000 repräsentativ ausgewählte Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten.

Stichprobe umfasst etwa 1900 Unternehmen

Die Unternehmen werden mittels eines mathematisch-statistischen Verfahrens auf Ebene der Bundesländer ausgewählt. Der Auswahlatz beträgt im Durchschnitt zehn Prozent; es wird also etwa jedes zehnte Unternehmen befragt. Mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Unternehmen in die Stichprobe gelangt, hängt von der Größe des Unternehmens und der wirtschaftlichen Tätigkeit ab. Unternehmen, die in der

vorangegangenen Erhebung im Jahr 2004 berichtspflichtig waren, wurden – soweit dies aus stichprobentheoretischen Gründen möglich war – nicht erneut befragt. Nur etwa 15 Prozent der Unternehmen der Stichprobe 2008 waren bereits vier Jahre zuvor Melder.

Die Darstellung der Ergebnisse für Rheinland-Pfalz erfolgt nach dem Betriebskonzept. Die Ergebnisse beziehen sich auf die rheinland-pfälzischen Betriebe (Standorte, Filialen usw.) der bundesweit befragten Unternehmen. Die Darstellung der Ergebnisse zu den Kosten je geleistete Arbeitsstunde folgt den Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2008 können nur bedingt mit denen früherer Jahre verglichen werden, weil nun erstmals den internationalen Standards entsprechend auch Auszubildende und Lohnsubventionen einbezogen werden.

Rechtsgrundlagen der Arbeitskostenerhebung 2008

Die Arbeitskostenerhebung 2008 wurde nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 9. März 1999 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum Berichtsjahr 2008 durchgeführt.

Rechtsgrundlagen der für das Jahr 2008 durchgeführten Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich waren zudem das

Verdienststatistikgesetz (VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3291), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. März 2008 (BGBl. I S. 399)

und das

Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246)

Erhoben werden die Angaben gemäß § 5 Abs. 1 VerdStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 8 VerdStatG in Verbindung mit § 15 BStatG. Nach § 8 Abs. 1 VerdStatG sind die Inhaber der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten sowie die mit deren Leitung Beauftragten im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse auskunftspflichtig.

Erhebung
basiert auf
WZ 2008

Die Arbeitskostenerhebung erfasst nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Arbeitskosten für alle Branchen der Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Fischzucht. Für einzelne Wirtschaftsbereiche wurden Ergebnisse durch Schätzungen auf Grundlage der auf Personendaten basierenden Personalstandstatistik ermittelt.

Da die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise erst im vierten Quartal 2008 Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt zeigte, sind die hier dargestellten Ergebnisse nach bisherigen Erkenntnissen von dieser Entwicklung noch nicht merklich beeinflusst.

Entlastung der meldenden Unternehmen durch elektronische Meldewege

Die Arbeitskostenerhebung zählt für die Befragten zu den aufwendigsten Erhebungen der amtlichen Statistik. Einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zufolge, benötigte ein Unternehmen bei der Arbeitskostenerhebung des Jahres 2004 durchschnittlich knapp neun Stunden, um die Erhebungsunterlagen auszufüllen.¹ Deshalb bemüht sich die amtliche Statistik um die Entwicklung von Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung von Befragten durch statistische Meldepflichten.

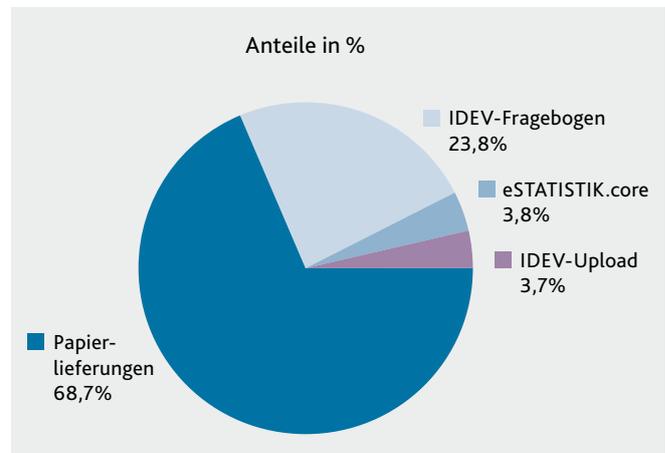
Die Möglichkeiten der elektronischen Datenübermittlung wurden in Rheinland-Pfalz von knapp einem Drittel der Unternehmen

¹ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken. Berlin 2006.

² Vollzeiteinheiten sind alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten.

G1

Meldewege der rheinland-pfälzischen Unternehmen bei der Arbeitskostenerhebung 2008



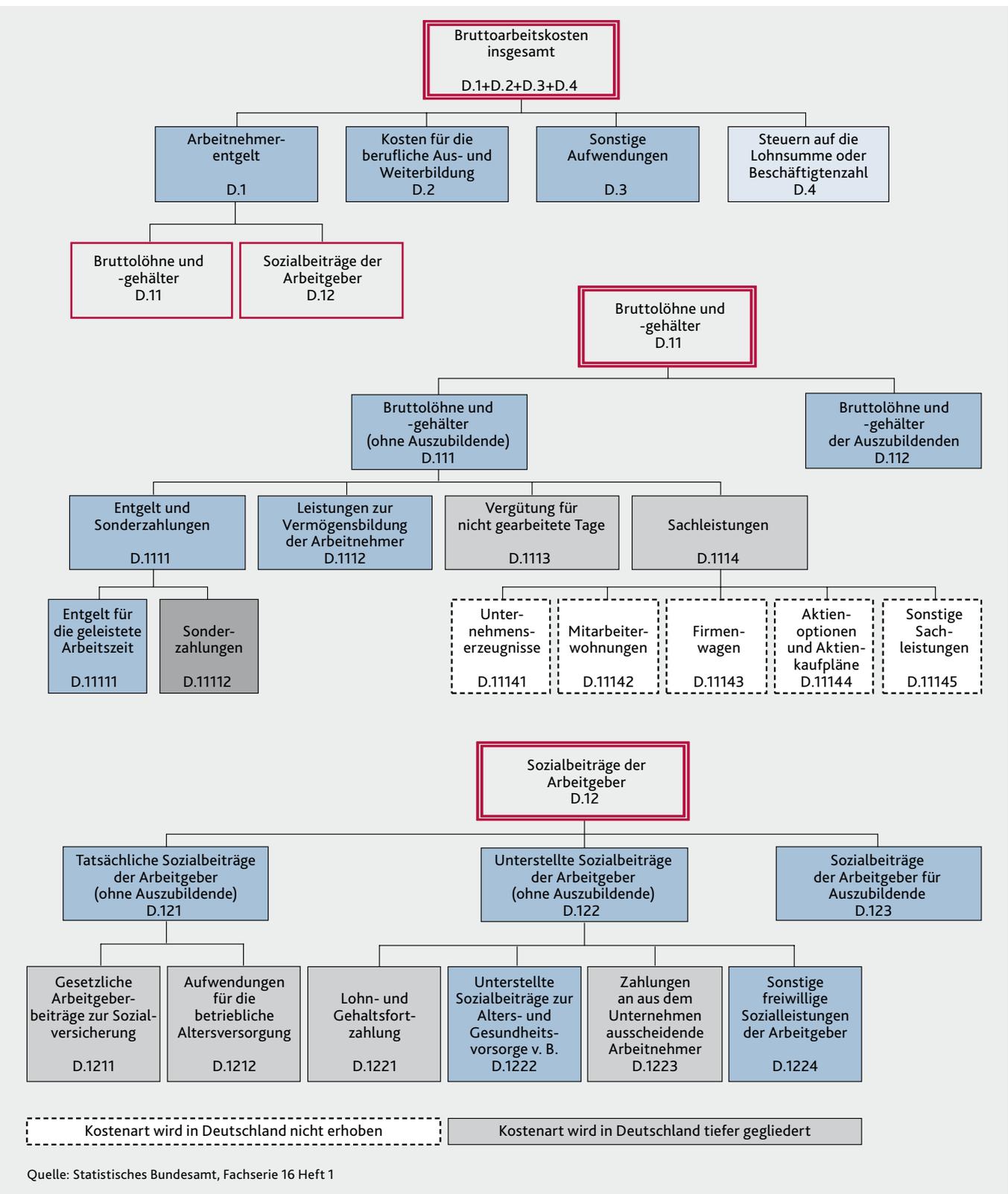
genutzt. Mit dem Verfahren IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund) erhalten die Unternehmen die Gelegenheit, die Meldung auf gesichertem Weg über das Internet an die statistischen Ämter zu übermitteln. Dies erfolgt entweder über ein spezielles Online-Formular oder alternativ über das Hochladen einer eigens vorbereiteten Datei (IDEV-Upload). Das Online-Formular wurde von etwa 24 Prozent und der IDEV-Upload von 3,7 Prozent der Unternehmen genutzt. Das Verfahren eSTATISTIK.core, welches von 3,8 Prozent der Unternehmen verwendet wurde, ermöglicht eine automatisierte Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen. Knapp 69 Prozent aller auskunftspflichtigen Unternehmen zogen die Lieferung in Papierform vor.

Datenübermittlung auf elektronischem Wege möglich

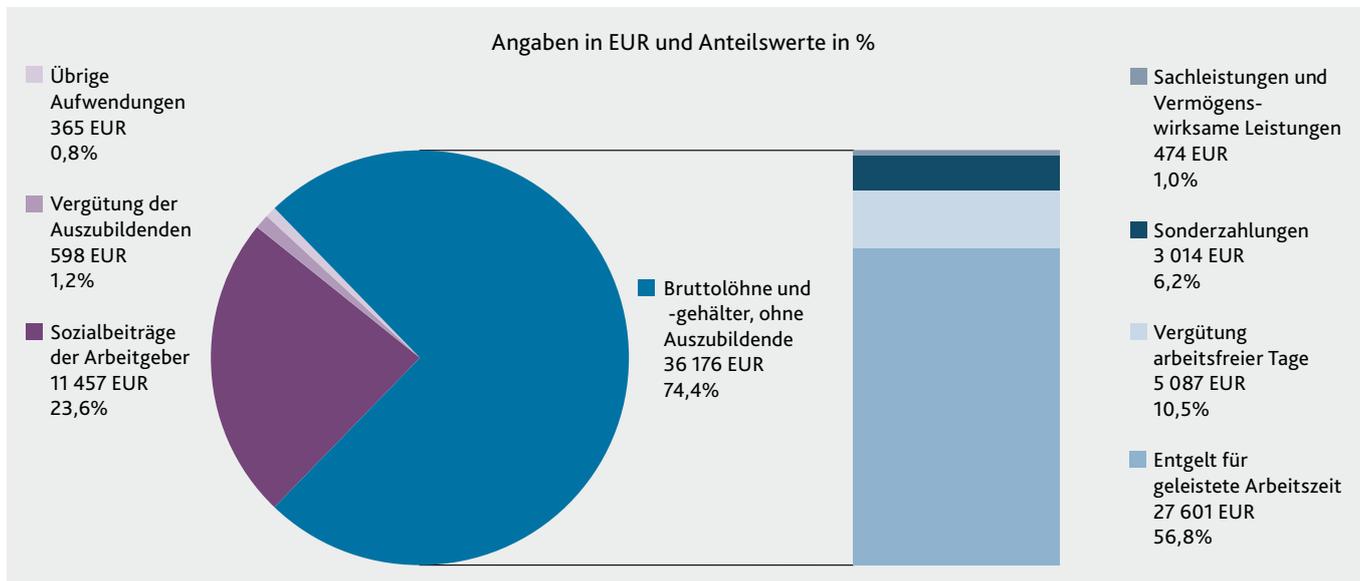
Nettoarbeitskosten je Vollzeiteinheit im Jahr 2008 bei 48 518 Euro

Die Bruttoarbeitskosten je Vollzeiteinheit² lagen im Jahr 2008 bei durchschnittlich 48 594 Euro. Abzüglich der Lohnsubventionen (dem Arbeitgeber erstattete Lohn- und Gehaltszahlungen) ergeben sich Nettoarbeitskosten in Höhe von 48 518 Euro.

Ausweis der detaillierten Kostenarten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 Heft 1



Neben dem Arbeitnehmerentgelt (48 230 Euro) zählen die Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung (240 Euro), sonstige Aufwendungen (100 Euro) sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenanzahl (25 Euro) zu den Bruttoarbeitskosten.

Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) schlugen im Durchschnitt mit 36 176 Euro zu Buche. Sie umfassen nicht nur das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit (27 601 Euro bzw. 56,8 Prozent der Bruttoarbeitskosten), sondern auch die Vergütung für arbeitsfreie Tage wie Urlaubs- und Feiertage sowie Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Gewinnbeteiligungen), Leistungen für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer und Sachleistungen wie die Überlassung von Firmenwagen. Diese zusätzlich zum Entgelt für die geleistete Arbeitszeit gezahlten Verdienstbestandteile erreichten

im Durchschnitt 8 575 Euro bzw. 17,6 Prozent der Bruttoarbeitskosten.

Zusätzlich entstanden den Arbeitgebern je Vollzeiteinheit noch Lohnnebenkosten von durchschnittlich 11 821 Euro. Die Lohnnebenkosten werden insbesondere durch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber bestimmt, die sich auf 11 457 Euro beliefen.

Arbeitskosten je geleistete Stunde in Rheinland-Pfalz knapp unter Bundesdurchschnitt

Die Arbeitskosten erreichten 2008 im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche in Rheinland-Pfalz mit 27,79 Euro je geleistete Arbeitsstunde fast den Wert für Deutschland insgesamt (28,09 Euro), lagen jedoch deutlich unter dem Ergebnis für das frühere Bundesgebiet (29,25 Euro). Im Vergleich zur vorherigen Erhebung im Jahr 2004 stiegen die Arbeitskosten je geleistete Stunde in Rheinland-Pfalz um 3,7 Prozent.³

³ Aufgrund vielfacher Änderungen (z. B. hinsichtlich der Klassifikation der Wirtschaftszweige) wurden die Nettoarbeitskosten der Arbeitskostenerhebung 2004 – um Zeitvergleiche zu ermöglichen – neu berechnet.

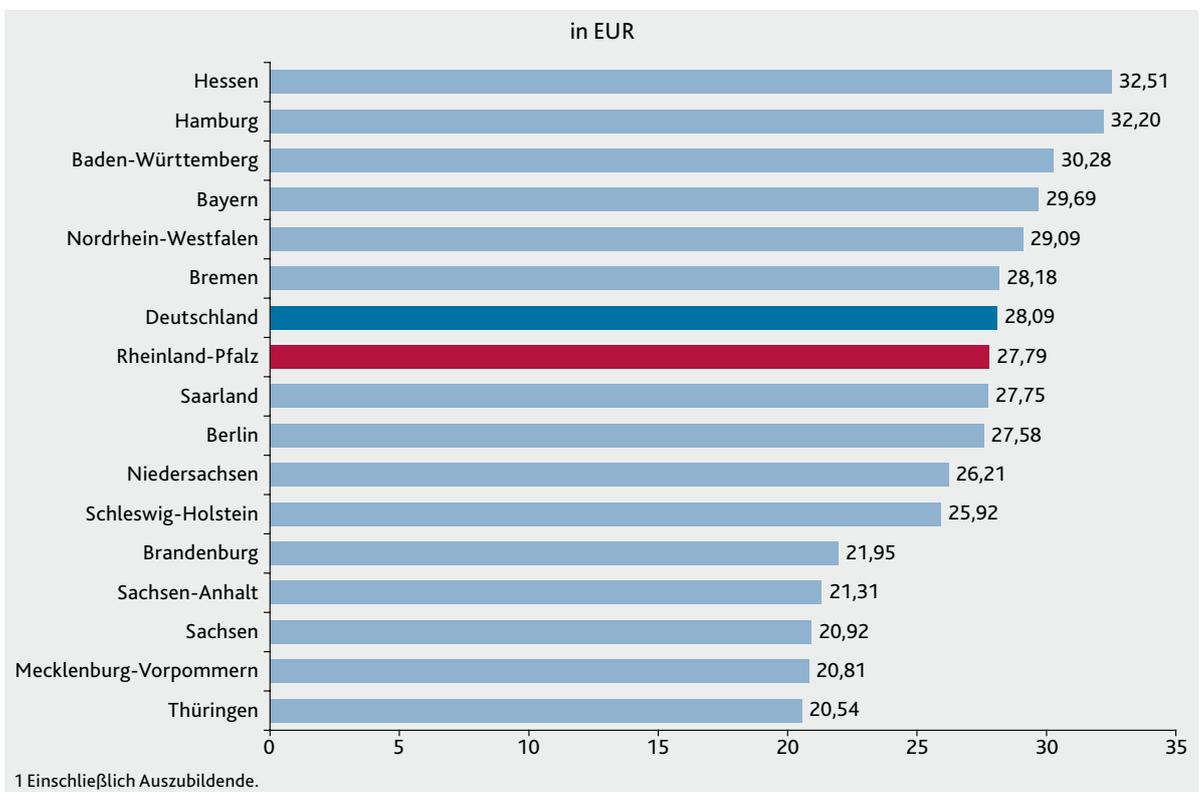
T 1

Arbeitskosten je Vollzeiteinheit¹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2008

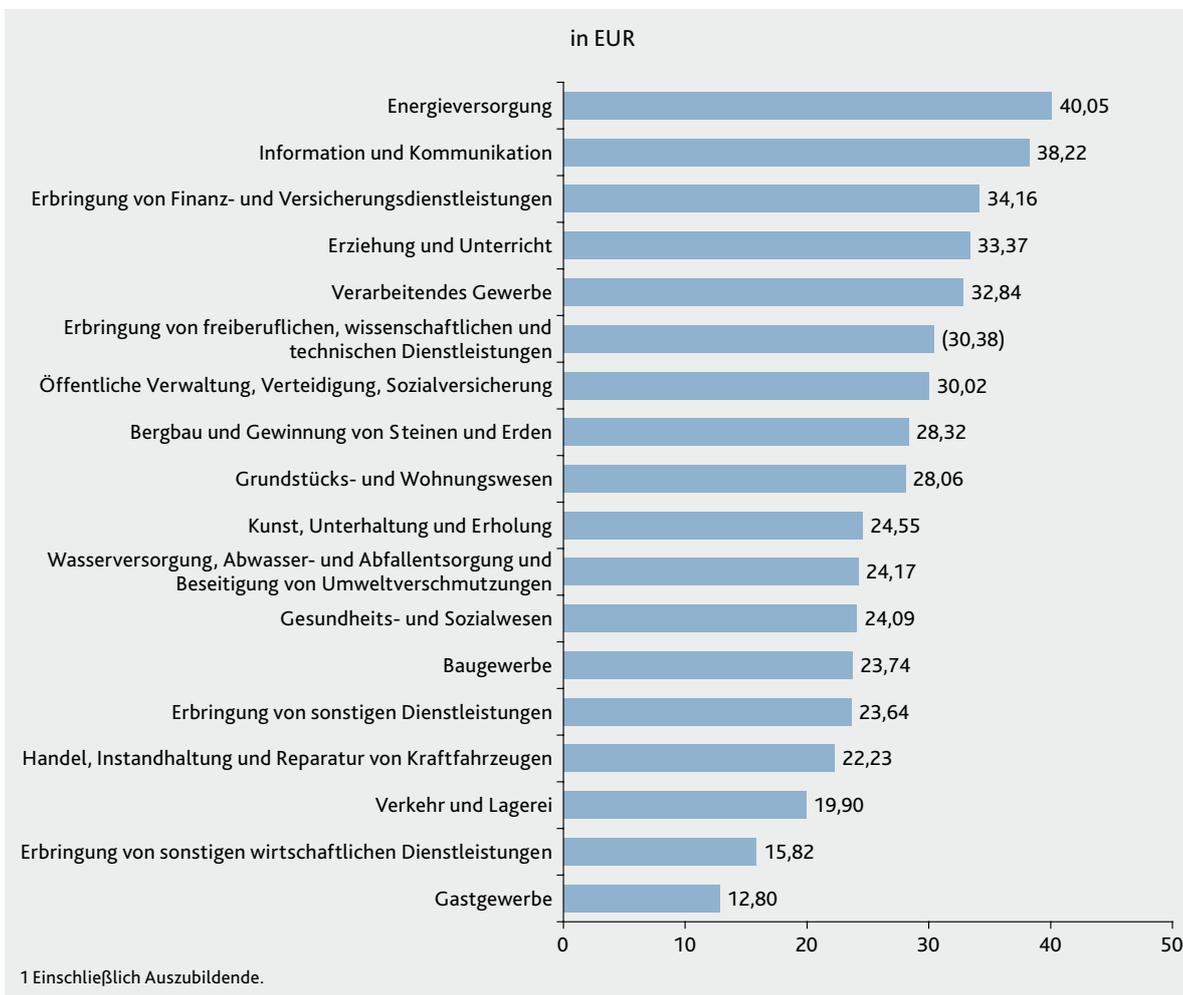
Kostenart	Insgesamt		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungsbereich	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Bruttoarbeitskosten insgesamt	48 594	100	54 252	100	45 583	100
Bruttolöhne und -gehälter	36 773	75,7	41 478	76,5	34 269	75,2
Bruttolöhne und -gehälter (ohne Auszubildende)	36 176	74,4	40 951	75,5	33 633	73,8
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	27 601	56,8	30 102	55,5	26 270	57,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	5 087	10,5	5 742	10,6	4 737	10,4
Sonderzahlungen	3 014	6,2	4 449	8,2	2 249	4,9
Sachleistungen	338	0,7	457	0,8	(275)	(0,6)
vermögenswirksame Leistungen	136	0,3	200	0,4	101	0,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	11 457	23,6	12 255	22,6	11 031	24,2
Übrige Aufwendungen	365	0,8	518	0,9	283	0,7
Nettoarbeitskosten (Bruttoarbeitskosten abzüglich Lohnsubventionen)	48 518	99,8	54 201	99,9	45 492	99,8
Personalnebenkosten ²	20 993	43,2	24 150	44,5	19 313	42,4
Lohnnebenkosten ³	11 821	24,3	12 774	23,5	11 314	24,8
Nachrichtlich:						
Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde (einschließlich Auszubildende)	27,79	x	31,60	x	25,82	x

1 Vollzeiteinheiten sind alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten. – 2 Die Personalnebenkosten entsprechen den Arbeitskosten abzüglich des Entgelts für die geleistete Arbeitszeit. – 3 Die Lohnnebenkosten entsprechen den Arbeitskosten abzüglich der Bruttolöhne und -gehälter.

G 3

Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde¹ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich 2008 nach Bundesländern

G 4

Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde¹ 2008 nach Wirtschaftsbereichen

Die höchsten Arbeitskosten in Deutschland wurden 2008 für Betriebe in Hessen festgestellt (32,51 Euro). Die niedrigsten Arbeitskosten je geleistete Stunde fielen in Thüringen an (20,54 Euro).

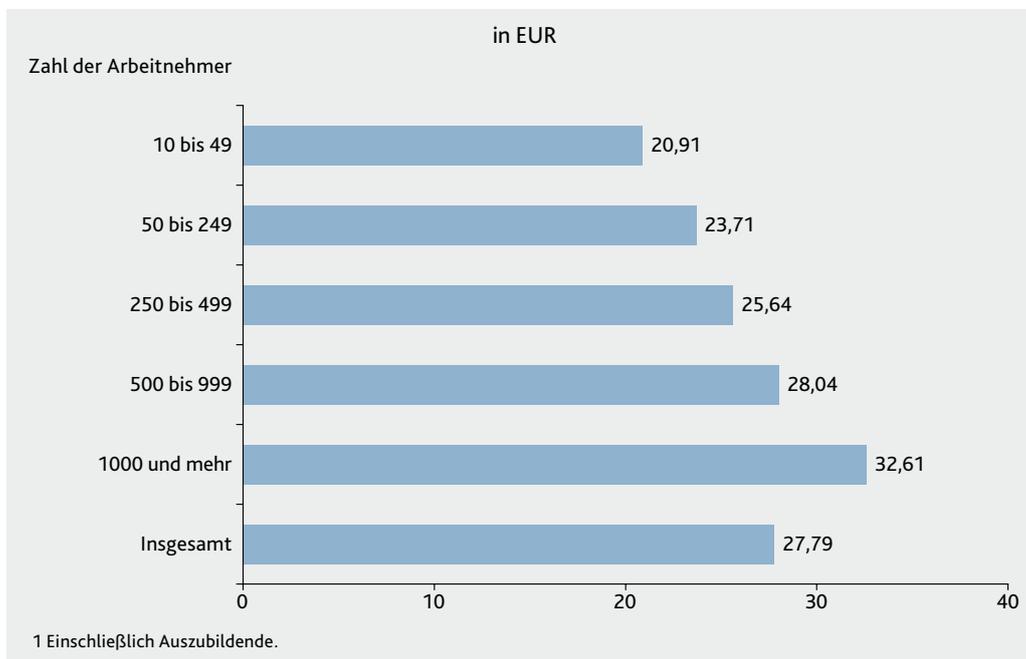
Arbeitskosten im Wirtschaftsbereich „Energieversorgung“ besonders hoch

Zwischen den verschiedenen Branchen waren beträchtliche Unterschiede bei den Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde zu verzeichnen. Mit 40,05 Euro waren sie in der Energieversorgung durchschnittlich mehr als dreimal so hoch wie im Gastge-

werbe mit 12,80 Euro. Das zweithöchste Arbeitskostenniveau wurde mit 38,22 Euro im Wirtschaftsbereich „Information und Kommunikation“ (z. B. Verlagswesen, Erbringung von Informationsdienstleistungen) festgestellt.

Die Arbeitskosten beeinflussen die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft und damit auch der in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen und Betriebe. Sie stehen in enger Beziehung zur Arbeitsproduktivität. So darf eine Stunde Arbeit auf Dauer höchstens so viel kosten, wie sie an Wertschöpfung erzeugt,

G 5

Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde¹ 2008 nach Unternehmensgrößenklassen

sonst entstehen bei den Unternehmen Verluste. Die Arbeitsproduktivität wird von der Kapitalintensität der Produktion und der Qualifikation der Arbeitnehmer beeinflusst. Wirtschaftszweige mit niedriger Kapitalintensität sowie einem hohen Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte können den Produktionsfaktor Arbeit nur unterdurchschnittlich entlohnen.

Höhere Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe

Insgesamt sind die Arbeitskosten je geleistete Stunde im produzierenden Gewerbe mit 31,60 Euro deutlich höher als im Dienstleistungsbereich (25,82 Euro).

Arbeitskosten in großen Unternehmen höher

Die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit steigen mit der Unternehmensgröße. In kleinen Unternehmen (10 bis 49 Arbeitnehmer) kostete die Arbeitsstunde durchschnittlich 20,91 Euro. Während in Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten 23,71 Euro

anfielen, betragen die Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde in Unternehmen mit 250 bis 499 Arbeitnehmern 25,64 Euro. In größeren Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten bzw. Unternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern fielen mit 28,04 Euro bzw. 32,61 Euro je geleistete Stunde die höchsten Arbeitskosten an.

Eine Erklärung für diesen Tatbestand ist, dass größere Unternehmen tendenziell eine höhere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze sowie einen höheren Anteil an qualifizierten Arbeitskräften aufweisen.

Betriebliche Altersversorgung gewinnt an Bedeutung

Beschäftigte in Rheinland-Pfalz investierten im Jahr 2008 durchschnittlich 257 Euro ihres Bruttojahresverdienstes über eine Entgeltumwandlung in ihre betriebliche Altersvorsorge. Das waren 0,7 Prozent der Bruttoverdienste.

0,7 Prozent der Bruttoverdienste wurden in Entgeltumwandlung investiert

Bei einer Entgeltumwandlung verzichten Arbeitnehmer freiwillig auf einen Teil ihres Verdienstes. Im Gegenzug erhalten sie vom Arbeitgeber die Zusage auf eine im Rentenalter auszuzahlende wertgleiche Betriebsrente.

Die betriebliche Altersversorgung hat in den vergangenen Jahren – im Zuge der Diskussionen über den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung – an Bedeutung gewonnen. Neben der Verbesserung der staatlichen Förderung durch das Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz wurde die Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung dauerhaft etabliert. Um den Erfolg dieser Maßnahmen kontrollieren zu können, wurde in der Arbeitskostenerhebung des Jahres 2008 auf Bestreben des Gesetzgebers die Erhebung von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung probeweise erfasst. Als Ausgleich der Belastung für die Unternehmen durch dieses neue Erhebungs-

merkmal wurde die Erhebung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ausgesetzt und diese stattdessen anhand anderer Merkmale berechnet.

Zusätzlich wurden die Merkmale zu den Kosten der betrieblichen Altersversorgung in ihren Ausprägungen feiner aufgegliedert. Als neue Dimensionen traten die Art der Versteuerung nach dem Einkommensteuergesetz (steuerfrei, Pauschalbesteuerung, individuell besteuert) und die Art der Finanzierung (arbeitgeberfinanziert oder Entgeltumwandlung) hinzu. Auch hier wurden zur Entlastung der Berichtspflichtigen Kostenarten nicht mehr erhoben, sondern durch Berechnungen ersetzt.

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, leitet das Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushalts-erhebungen.

Weitere Informationen

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2008“. Dieser steht im Internet zum kostenfreien Download bereit unter www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten/statistische-berichte

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2010/11

Sinkende Schülerzahlen im Primarbereich und im Sekundarbereich I



Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landesspezifischen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit sieben Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt um zwei Prozent

Im aktuellen Schuljahr 2010/11 besuchen 451 008 Schülerinnen und Schüler die 1557 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind 9 006 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (-2 Prozent).

Das Schuljahr 2010/11 ist damit bereits das siebte in Folge, in dem sinkende Gesamtschülerzahlen zu verzeichnen sind. Die Ursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den seit Jahren konstant niedrigen Geburtenzahlen, die nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer

besetzten Elternjahrgänge zurückgeführt werden können.

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Schülerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) ein Rückgang bereits seit Ende der 90er-Jahre festzustellen ist, sinken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. Die Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13) weist demgegenüber zurzeit noch steigende Schülerzahlen auf. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung. Zum anderen werden die Schülerzahlen in dieser Schulstufe auch

Steigende Schülerzahlen in der Sekundarstufe II

T 1

Schüler an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2010/11 nach Schultart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schultart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schul- und Förderschulkindergärten ¹	544	-168	-23,6	178	32,7	366	67,3	.	.
Grundschulen	145 693	-5 276	-3,5	70 296	48,2	75 397	51,8	25 497	17,5
Hauptschulen	9 403	-13 869	-59,6	4 150	44,1	5 253	55,9	2 288	24,3
Realschulen	15 679	-30 464	-66,0	8 829	56,3	6 850	43,7	1 404	9,0
Realschulen plus	88 181	31 071	54,4	40 251	45,6	47 930	54,4	13 223	15,0
Gymnasien	138 882	230	0,2	74 217	53,4	64 665	46,6	8 076	5,8
Integrierte Gesamtschulen	34 336	9 810	40,0	16 488	48,0	17 848	52,0	4 210	12,3
Freie Waldorfschulen	2 434	18	0,7	1 242	51,0	1 192	49,0	42	1,7
Kollegs und Abendgymnasien	757	88	13,2	333	44,0	424	56,0	60	7,9
Förderschulen	15 099	-446	-2,9	5 627	37,3	9 472	62,7	1 955	12,9
Insgesamt	451 008	-9 006	-2,0	221 611	49,1	229 397	50,9	56 755	12,6

¹ Daten zum Migrationshintergrund werden an Schul- und Förderschulkindergärten nicht erhoben.

durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie durch individuelle Bildungsentscheidungen bestimmt. Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen bewirkt weiterhin steigende Schülerzahlen in der Oberstufe.

Deutlich weniger Einschulungen

Im August 2010 wurden 34 541 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.¹ Die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger lag um 4,2 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Damit setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende demografisch bedingte Rückgang der Einschulungszahlen fort.

Gut fünf Prozent aller Einschulungen vorzeitig

Der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen sank zum Schuljahr 2010/11 auf 4,9 Prozent (-1,6 Prozentpunkte). Demgegenüber wurden 89,8 Prozent der Kinder

regulär eingeschult (+1,5 Prozentpunkte). Insgesamt 5,3 Prozent der Einschulungen an Grundschulen erfolgten vorzeitig (+0,1 Prozentpunkte).

Bei Kindern mit Migrationshintergrund lag der Anteil der verspäteten Einschulungen auch zum Schuljahr 2010/11 leicht über dem Durchschnitt (6,8 Prozent) und der der vorzeitigen Einschulungen leicht darunter (drei Prozent). Darüber hinaus wurden, wie auch in der Vergangenheit, Jungen häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult als Mädchen.

Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult

Migrationshintergrund

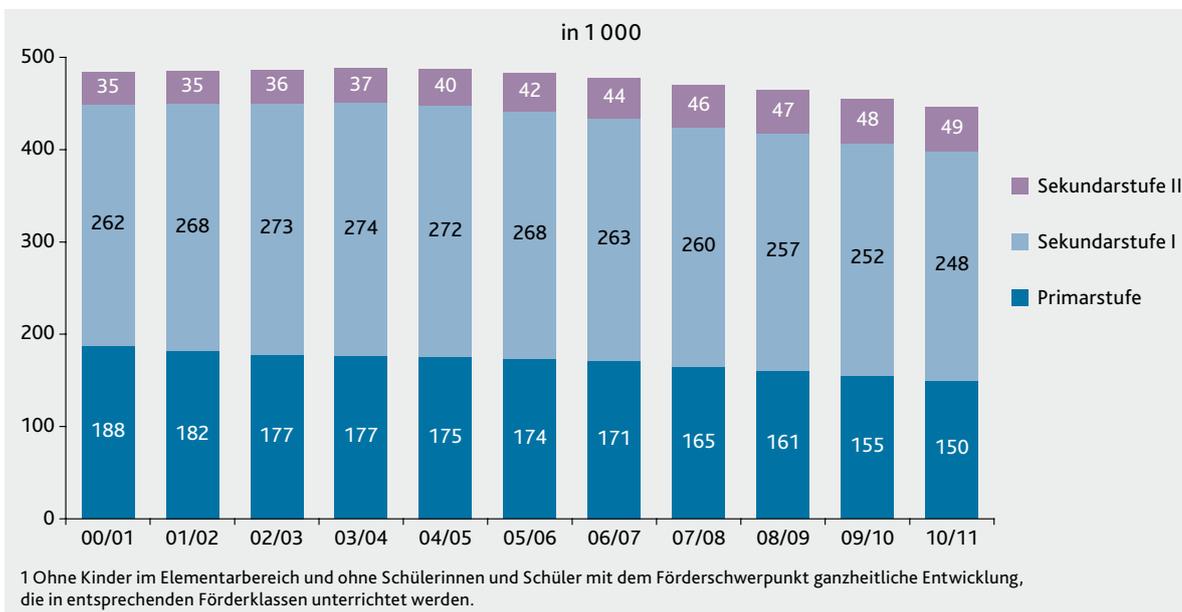
Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland,
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

¹ Darunter 121 wiederholte Einschulungen.

G 1

Schülerinnen und Schüler¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2000/01–2010/11 nach Schulstufen



Weniger Kinder besuchen einen Schul- oder Förderschulkindergarten

Ein deutlicher Rückgang ist im Schuljahr 2010/11 bei den Schul- und Förderschulkindergärten zu verzeichnen (-23,6 Prozent). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schul-

besuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schul- und Förderschulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

T 2

Schulanfängerinnen und Schulanfänger 2000–2010 nach Einschulungsart und Schultart

Einschulungs- jahr	Insgesamt	Grundschulen							Freie Waldorf- schulen	Förder- schulen
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹			
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
2000	44 498	43 449	1 650	3,8	38 854	89,4	2 945	6,8	149	900
2001	42 273	41 241	1 822	4,4	36 822	89,3	2 597	6,3	160	872
2002	42 537	41 520	2 160	5,2	36 819	88,7	2 541	6,1	164	853
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094
2010	34 541	33 391	1 758	5,3	30 001	89,8	1 632	4,9	166	984

¹ Einschließlich wiederholt Einschulte.

T 3

Schulanfänger an Grundschulen 2010 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	30 001	89,8	14 397	90,1	15 604	89,6	5 216	90,2
Verspätet ¹	1 632	4,9	587	3,7	1 045	6,0	392	6,8
Vorzeitig	1 758	5,3	999	6,3	759	4,4	173	3,0
Insgesamt	33 391	100	15 983	100	17 408	100	5 781	100

1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Weniger Grundschülerinnen und -schüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Derzeit besuchen 150 004 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das sind 3,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Daten der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes lassen auch zukünftig auf einen Rückgang schließen. Danach dürfte die Zahl der Kinder im Grundschulalter, im Vergleich zu 2009, bis zum Jahr 2020 voraussichtlich weiter um etwa acht Prozent sinken.

Mehr als 97 Prozent der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernen an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen bzw. mit Realschulen plus geführt. Zum Schuljahr 2010/11 sank die Zahl der Grundschülerinnen und -schüler auf 145 693 (-3,5 Prozent). Ebenfalls leicht abgenommen hat die Schülerzahl in der Primarstufe an Förderschulen. Nahezu unverändert blieb sie an Freien Waldorfschulen.

Neue Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und umfasst die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse der Hauptschulabschluss (Berufsreife) und nach dem erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Seit dem Jahr 2009 kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. Mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ wurde zum Schuljahr 2009/10 die neue Schulart der Realschule plus eingeführt, die bereits im Einführungsjahr an die Stelle der bisherigen Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen trat und bis zum Schuljahr 2013/14 schrittweise auch die noch existierenden Haupt- und Realschulen ablösen soll.

Seit 2009
Realschule plus

Fachoberschulen an Realschulen plus führen nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife

Die Neuordnung der Schullandschaft war zum einen eine Reaktion auf den Akzeptanzverlust der Hauptschulen. Sie soll zum anderem dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde auch die Möglichkeit geschaffen, der Realschule plus – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – eine Fachoberschule anzugliedern. Die Fachoberschule führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife.

Gymnasien weiterhin beliebteste Schulart

38,6 Prozent der Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium

Zum Schuljahr 2010/11 wechselten 38 124 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Knapp vier von zehn setzten ihre Schullaufbahn an einem Gymnasium fort (38,6 Prozent). Damit ist das Gymnasium auch im Schuljahr 2010/11 die beliebteste Schulart. Fast jedes dritte Kind wechselte in die fünfte Klassenstufe einer Realschule plus (29,7 Prozent). Der Anteil der Realschulen

plus wuchs damit im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Prozentpunkte. Ebenfalls deutliche Zuwächse verzeichneten die Integrierten Gesamtschulen, die von 35 Einrichtungen im Schuljahr 2009/10 auf mittlerweile 52 angewachsen sind. Sie nahmen 15,7 Prozent der Grundschulabsolventinnen und -absolventen auf (plus 5,1 Prozentpunkte). Nahezu unverändert blieben die Anteile der Grundschülerinnen und -schüler, die in die schulartübergreifende Orientierungsstufe (8,9 Prozent) oder auf Freie Waldorfschulen und Förderschulen (zusammen rund 0,6 Prozent) wechselten. Lediglich noch 6,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler begannen den neuen Bildungsabschnitt an den bis zum Jahr 2013 auslaufenden Haupt- und Realschulen (-14,6 Prozentpunkte).

Kinder mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrem Übergangverhalten auch im Jahr 2010 merklich von dem der Gesamtschülerschaft. So wechselten sie deutlich häufiger auf eine Realschule plus (45,9 Prozent) und sehr viel seltener auf ein Gymnasium (23,4 Prozent).

Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf Gymnasien

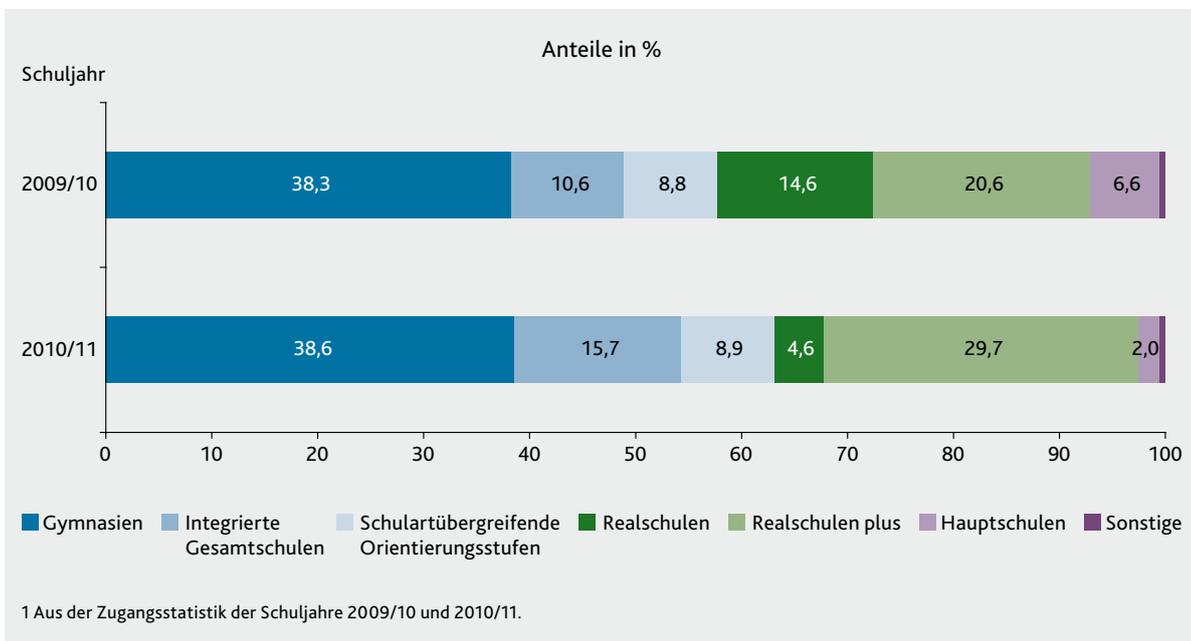
T 4

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2010/11 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	14 727	38,6	7 529	40,3	7 198	37,0	889	23,4
Integrierte Gesamtschulen	5 967	15,7	2 786	14,9	3 181	16,4	646	17,0
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	3 383	8,9	1 689	9,0	1 694	8,7	182	4,8
Realschulen plus	11 325	29,7	5 245	28,1	6 080	31,3	1 745	45,9
Realschulen	1 749	4,6	977	5,2	772	4,0	174	4,6
Hauptschulen	763	2,0	351	1,9	412	2,1	146	3,8
Freie Waldorfschulen	26	0,1	13	0,1	13	0,1	0	0,0
Förderschulen	184	0,5	79	0,4	105	0,5	22	0,6
Insgesamt	38 124	100	18 669	100	19 455	100	3 804	100

1 Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2010/11.

G 2

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen der Schuljahre 2009/10 und 2010/11

Weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I

Derzeit besuchen 247 814 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Innerhalb der letzten zehn Jahre gab es deutliche Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerschaft auf die einzelnen Schularten. Diese sind zum einen durch die Schulstrukturreform des Jahres 2009 bedingt. Sie sind zudem das Ergebnis einer steigenden Präferenz für jene Schulen, die zum Abitur führen. Von dieser Entwicklung profitierten insbesondere Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.

Schullaufbahempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Kinder zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Ihnen werden, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Diese Empfehlung ist nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

Die strukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I werden deutlich anhand der Verteilung der Schülerschaft in der achten Klassenstufe. So besuchen im laufenden Schuljahr 2010/11 bereits 37,1 Prozent aller Achtklässler eine Realschule plus. Vor einem Jahr lag dieser Anteil noch bei 23,9 Prozent. Lediglich noch 10,9 Prozent der Schülerinnen und Schüler werden an einer Haupt- oder Realschule unterrichtet (-17,5 Prozentpunkte). Gut 48 Prozent und damit fast die Hälfte der Achtklässler besucht ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule (+4,5 Prozentpunkte).

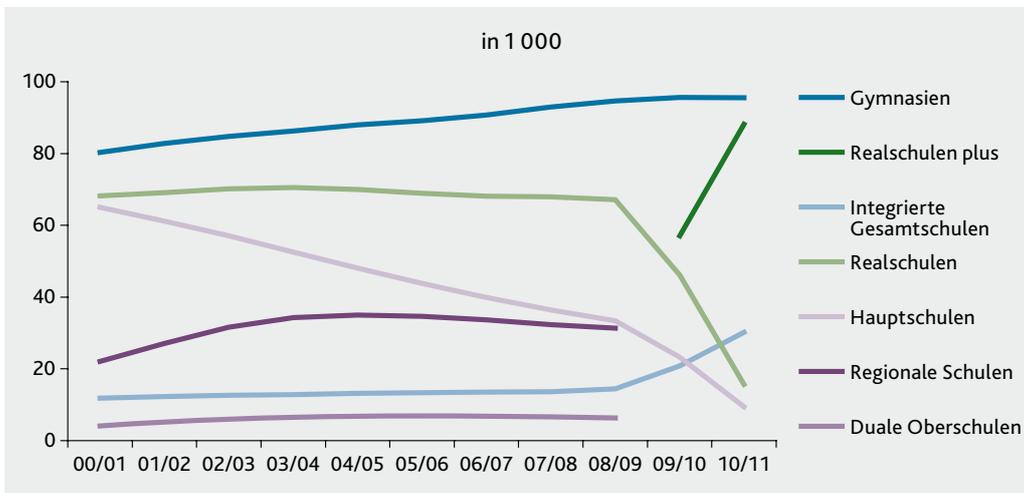
Bei Kindern mit Migrationshintergrund lassen sich die bereits beim Übergangverhalten zu beobachtenden Unterschiede bezüglich der Schulwahl auch in der achten Klassenstufe feststellen. Sie besuchen im Vergleich zur Gesamtschülerschaft überdurchschnittlich häufig eine Realschule plus (49,4 Prozent) und relativ selten ein Gymnasium (17,4 Prozent).

Gut 37 Prozent aller Achtklässler besuchen eine Realschule plus

Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

G 3

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in den Schuljahren 2000/01–2010/11 nach ausgewählten Schularten



Integrierte Gesamtschulen gewinnen auch im Sekundarbereich II an Bedeutung

Integrierten Gesamtschule. Das sind 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

1,6 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe

Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 2010/11 besuchen insgesamt 47 426 Schülerinnen und Schüler die gymnasiale Oberstufe (Mainzer Studienstufe) eines Gymnasiums oder einer

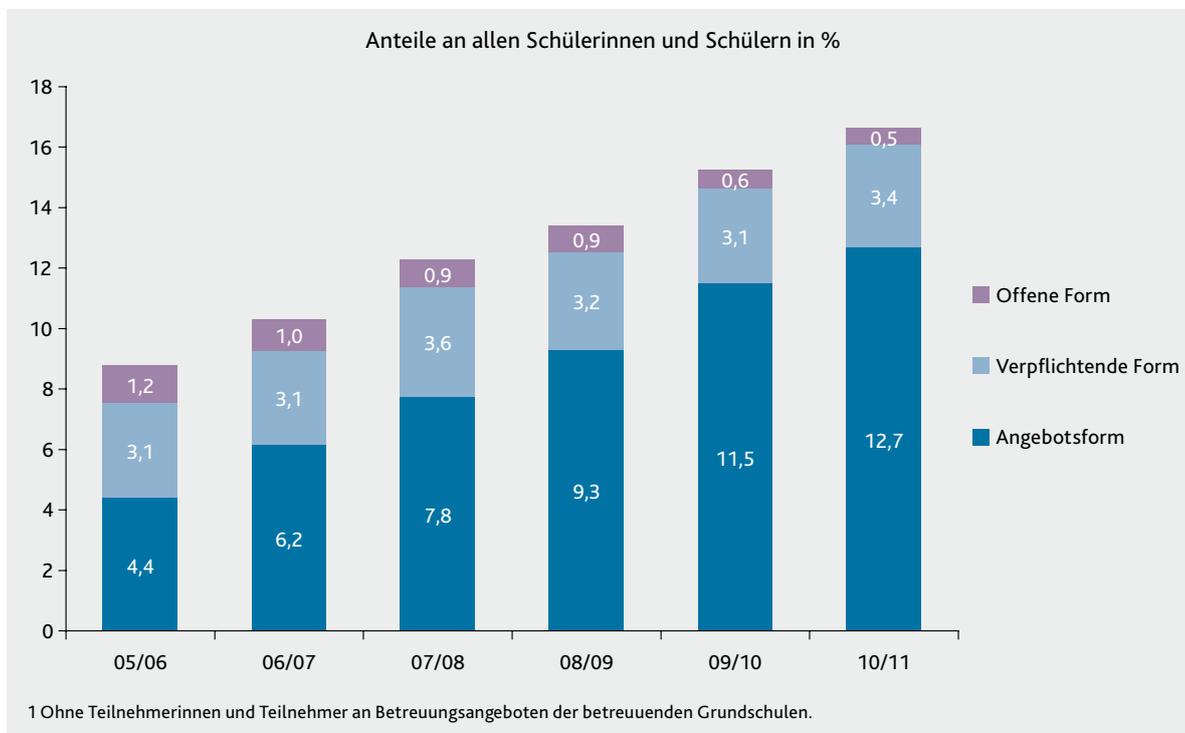
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei 8,4 Prozent. Wie auch in den Vorjahren ist die Mehrheit der Jugendlichen in der gymnasialen Oberstufe weiblich (55,6 Prozent). Deutlich unterrepräsentiert sind noch immer Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil beträgt derzeit 6,6 Prozent.

T 5

Schüler der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2010/11 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	17 036	37,5	9 056	41,3	7 980	34,0	886	17,4
Integrierte Gesamtschulen	4 850	10,7	2 227	10,2	2 623	11,2	689	13,6
Realschulen plus	16 839	37,1	7 517	34,3	9 322	39,7	2 507	49,4
Realschulen	2 817	6,2	1 553	7,1	1 264	5,4	200	3,9
Hauptschulen	2 123	4,7	912	4,2	1 211	5,2	553	10,9
Förderschulen	1 510	3,3	531	2,4	979	4,2	241	4,7
Freie Waldorfschulen	210	0,5	119	0,5	91	0,4	4	0,1
Insgesamt	45 385	100	21 915	100	23 470	100	5 080	100

G 4

Ganztagsschülerinnen und -schüler¹ in den Schuljahren 2005/06–2010/11 nach Angebotsart

Fast 75 000 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

Ganztagsangebote sollen auch Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Im Jahr 2001 startete die rheinland-pfälzische Landesregierung ein Ganztagsschulprogramm mit dem Ziel, die Ganztagsbetreuung auszubauen. Hintergrund hierfür war das Bestreben, die Bildung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft besser fördern zu können. Zudem sollte durch die Erweiterung der Ganztagsangebote auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Der Ausbau der Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz wurde finanziell durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt.

Die Teilnahme an den schulischen Ganztagsangeboten wuchs in den letzten vier Jahren deutlich. Im laufenden Schuljahr 2010/11 nutzen 74 874 Schülerinnen und Schüler

ein solches Angebot. Das sind drei Viertel mehr als noch im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung des Merkmals. Insgesamt beträgt der Ganztagschüleranteil im laufenden Schuljahr 16,6 Prozent (2005: 8,8 Prozent).

Die zahlenmäßig größte Bedeutung hat die Ganztagsbetreuung in Angebotsform. Insgesamt 12,7 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nehmen derzeit daran teil. Das Ganztagsangebot in verpflichtender Form wird von 3,4 Prozent und das Ganztagsangebot in offener Form von 0,5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler genutzt.

Die Inanspruchnahme ist in den einzelnen Schulstufen teilweise unterschiedlich. Zwischen dem Primarbereich (17,7 Prozent) und dem Sekundarbereich I (17,4 Prozent) gibt es kaum Differenzen. Dabei kommt den im Sekundarbereich I seit dem Schul-

Fast 17 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nutzen schulische Ganztagsangebote

Rund 18 Prozent der Kinder im Grundschulbereich nehmen Ganztagsangebote wahr

T 6

Schülerinnen und Schüler 2010/11 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter mit Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon					
				verpflichtende Form		offene Form		Angebotsform	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe	150 004	26 479	17,7	2 354	1,6	914	0,6	23 211	15,5
Sekundarstufe I	247 814	43 011	17,4	7 921	3,2	1 310	0,5	33 780	13,6
Sekundarstufe II	48 636	1 384	2,8	929	1,9	203	0,4	252	0,5
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 010	4 000	99,8	3 999	99,7	-	-	1	0,0
Insgesamt	450 464	74 874	16,6	15 203	3,4	2 427	0,5	57 244	12,7

Ganztagschule in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule.

Die **Ganztagschule in Angebotsform** bietet ein Ganztagsangebot von 8.00 bis 16.00 Uhr an mindestens vier Tagen pro Woche. Die Teilnahme ist frei wählbar, aber nach erfolgter Anmeldung bindend.

Bei **Ganztagschulen in verpflichtender Form** erstreckt sich der Unterricht auf die Vormittage und in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Die Teilnahme am Ganztagschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

Die **Ganztagschule in offener Form** legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an, die vom Schulträger bereitgestellt wird.

Betreuende Grundschulen

Darüber hinaus existieren an vielen Grundschulen vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst. Auf eine Darstellung wurde verzichtet, da zu diesem Aspekt in der amtlichen Schulstatistik keine vollständigen Informationen vorliegen.

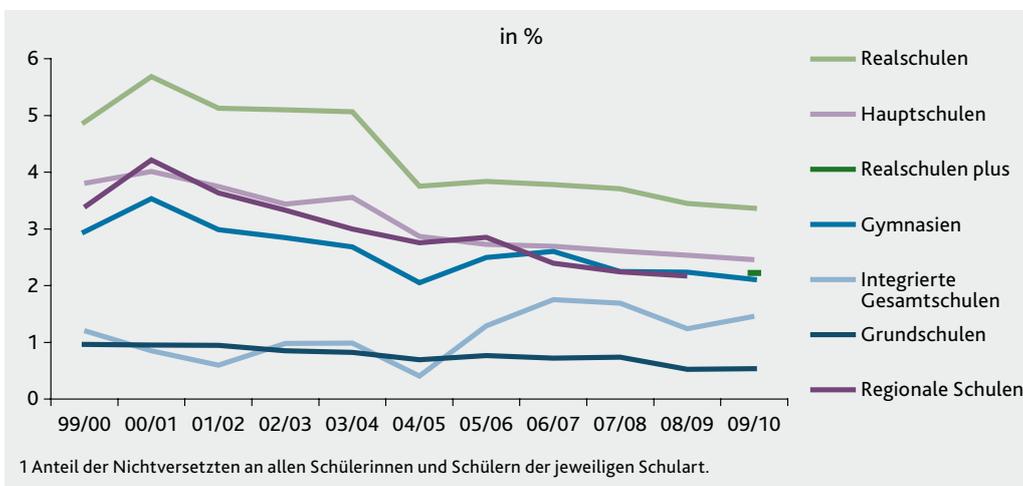
jahr 2008/09 bestehenden G8-Gymnasien (G8GTS) eine besondere Bedeutung zu, da die in dieser Schulart angebotene Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre ausschließlich in Form einer verpflichtenden Ganztagschule erfolgt. Im Sekundarbereich II, in dem Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren unterrichtet werden, hat das Ganztagsangebot mit einer Teilnahmequote von 2,8 Prozent eine geringere Bedeutung.

Anteil der Nichtversetzten in allen Schularten rückläufig

Schon seit Längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens“ in der Wissenschaft und der Bildungspolitik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt als auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren in allen Schularten zu einem deutlichen Rückgang der Nichtversetztenquoten.

G 5

Nichtversetztenquote¹ an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 1999/2000–2009/10



Nichtversetzungen an Realschulen am häufigsten

Ungeachtet des insgesamt rückläufigen Trends blieben auch zum Ende des Schuljahres 2009/10 die Unterschiede zwischen den Schularten erhalten. Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und Grundschüler in derselben Klassenstufe.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

Vergleichsweise häufig waren es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt wurden. Die Nichtversetztenquoten lagen hier insbesondere in der Sekundarstufe II deutlich über dem Durchschnitt.

Sonderpädagogische Förderung auch an Regelschulen

Bei vier Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2010/11 liegt ein durch die Schulbehörde festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf vor. Dieser wird diagnostiziert, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so weit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen, um in der Schule erfolgreich lernen und einen Schulabschluss erreichen zu können. Schülerinnen und Schüler mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen, die bezogen auf das schulische

T 7

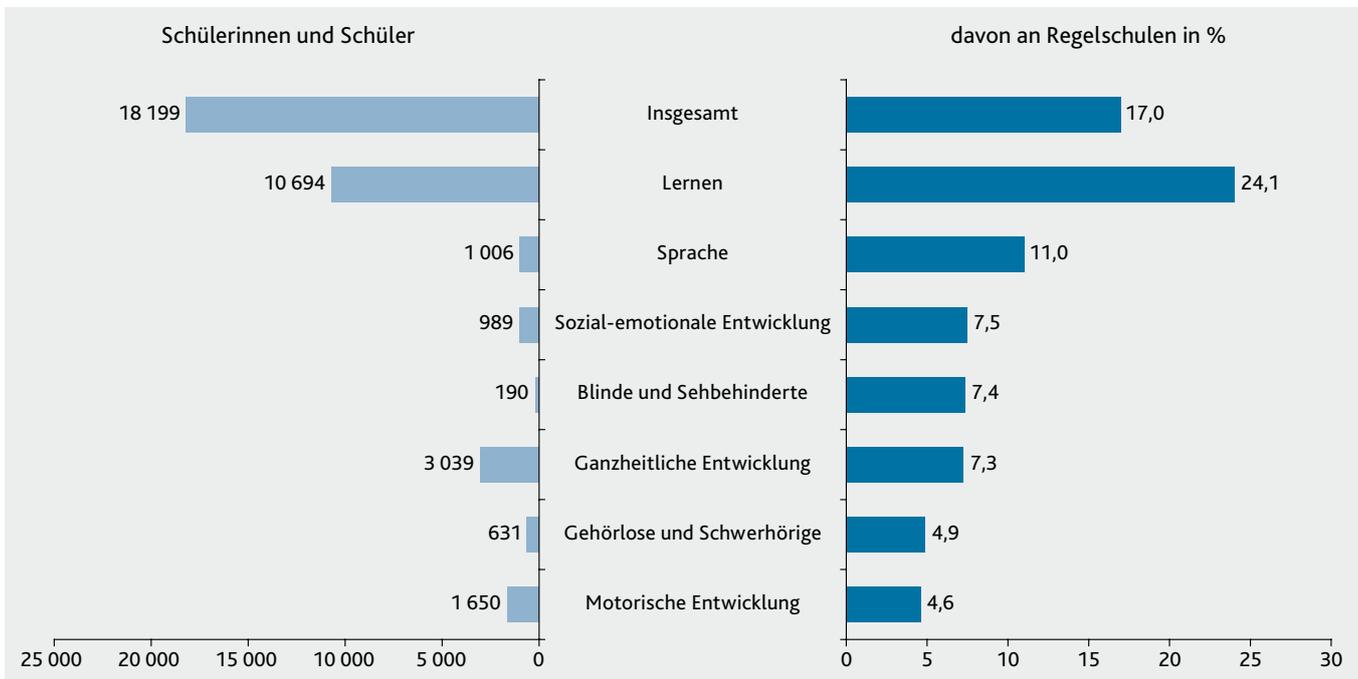
Nichtversetzte im Schuljahr 2009/10 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %
Primarstufe	813	0,5	357	0,5	456	0,6	333	1,3
Sekundarstufe I	5 376	2,1	2 048	1,7	3 328	2,6	983	3,5
Sekundarstufe II ²	1 349	2,8	618	2,3	731	3,5	175	5,6
Insgesamt	7 538	1,7	3 023	1,3	4 515	2,0	1 491	2,6

1 Anteil der Nichtversetzten in der betrachteten Schülergruppe an allen Schülerinnen und Schülern dieser Gruppe. – 2 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

G 6

Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2010/11 nach Förderschwerpunkten und Schultyp



Lernen nicht in einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung münden, werden nicht erfasst.

Die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es im Bereich Lernen (58,8 Prozent). Weitere 16,7 Prozent haben einen Förderbedarf im Bereich ganzheitliche Entwicklung und 9,1 Prozent im Bereich motorische Entwicklung.

Gut acht von zehn Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem Förderbedarf werden derzeit an einer Förderschule unterrichtet, 17 Prozent besuchen andere allgemeinbildende Schulen. Am häufigsten werden Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache an Regelschulen integriert, den geringsten Regelschulanteil haben Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt motorische Entwicklung.

Fast 13 Prozent haben Migrationshintergrund

Im aktuellen Schuljahr 2010/11 haben 12,6 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund in der Abgrenzung der Kultusministerkonferenz (56 755). Fast die Hälfte von ihnen sind keine deutschen Staatsbürger (26 495). Unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern dominieren jene mit türkischem Pass (35,4 Prozent). Ebenfalls viele dieser Kinder und Jugendlichen haben eine italienische (7,6 Prozent), eine polnische (4,4 Prozent) oder eine albanische (4,3 Prozent) Staatsangehörigkeit. Fast 43 800 Schülerinnen und Schüler sprechen in der Familie vorwiegend nicht deutsch. Das sind rund zehn Prozent der gesamten Schülerschaft. Die häufigste nichtdeutsche Familiensprache ist mit einem Anteil von 31,4 Prozent Türkisch, gefolgt von Russisch (23,5 Prozent).

Türkisch und Russisch sind häufigste nichtdeutsche Familiensprachen

T 8

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2010 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss ¹	2 565	5,8	936	4,2	1 629	7,3	522	9,6
Hauptschulabschluss	9 163	20,7	3 796	17,1	5 367	24,1	1 903	35,0
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 246	41,1	9 189	41,5	9 057	40,7	2 186	40,3
Fachhochschulreife	713	1,6	410	1,9	303	1,4	70	1,3
Allgemeine Hochschulreife	13 682	30,8	7 808	35,3	5 874	26,4	750	13,8
Insgesamt	44 369	100	22 139	100	22 230	100	5 431	100

1 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

Weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss

Fast 31 Prozent verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit Abitur

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit der Hochschulreife oder mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2000 lediglich 23 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2010 schon 30,8 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 4,8 Prozentpunkte auf nun 41,1 Prozent. Auch hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

5,8 Prozent erreichen keinen Hauptschulabschluss

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Er lag im Jahr 2010 bei 5,8 Prozent und damit 3,9 Prozentpunkte unter dem Wert von 2000.

Mit 57,7 Prozent stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen beziehungsweise entsprechenden Bildungsgängen. Von den

insgesamt 2 565 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 36,8 Prozent einen Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen² und 13,5 Prozent einen im Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt.

Die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss kommt aus Förderschulen

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verließen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Hauptschulabschluss. Mit 9,6 Prozent ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei allen Schülerinnen und Schülern.

Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gesunken

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 129 098 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule (-2,5 Prozent).

Der Rückgang der Schülerzahlen ist teilweise demografisch bedingt. Zur allgemein sinkenden Zahl der Jugendlichen kommt aber auch ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen wählen Schularten,

² Besondere Form der Berufsreife.

T 9

Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2010/11 nach Schulformen, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulformen	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr ¹	78 811	-3,4	30 032	38,1	48 779	61,9	9 863	12,5
Berufsvorbereitungsjahr	2 334	-14,3	874	37,4	1 460	62,6	531	22,8
Berufsfachschulen	22 928	-5,7	11 788	51,4	11 140	48,6	4 143	18,1
Fachschulen	11 520	4,7	6 685	58,0	4 835	42,0	1 297	11,3
Berufsoberschulen	2 655	-4,9	1 086	40,9	1 569	59,1	329	12,4
Duale Berufsoberschulen	2 403	-0,9	975	40,6	1 428	59,4	346	14,4
Berufliche Gymnasien	8 447	11,6	3 936	46,6	4 511	53,4	1 236	14,6
Insgesamt	129 098	-2,5	55 376	42,9	73 722	57,1	17 745	13,7

¹ Duales Ausbildungssystem einschließlich Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag (587 im laufenden Schuljahr).

die zum Abitur führen und entscheiden sich dann für ein Studium und nicht für die Ausbildung an einer berufsbildenden Schule. In den einzelnen Schulformen entwickelten sich die Schülerzahlen im Vergleich zum Schuljahr 2009/10 sehr unterschiedlich. Im größten Bereich, der dualen Ausbildung, sank die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 3,5 Prozent auf 78 224. Noch deutlichere Rückgänge verzeichnen das Berufsvorbereitungsjahr (-14,3 Prozent) und die Berufsfachschule I (-14,1 Prozent) – jene Bildungsgänge, die vorrangig der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit geringer schulischer Vorbildung dienen. Merkllich rückläufig waren die Zahlen auch an den Berufsoberschulen I (-7,1 Prozent). An diesen Einrichtungen kann die Fachhochschulreife erlangt werden. Deutliche Zuwächse sind hingegen bei beruflichen Gymnasien (+11,6 Prozent) und bei Fachschulen (+4,7 Prozent) zu beobachten. Letztere bieten in erster Linie Bildungsgänge der beruflichen Fort- und Weiterbildung an, die auf einer beruflichen Erstqualifikation aufbauen.

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stellen an den berufsbildenden Schulen im laufenden Schuljahr einen Anteil von 13,7 Prozent. Überdurchschnittlich stark vertreten sind sie im Berufsvorbereitungsjahr (22,8 Prozent) und in der Berufsfachschule I (20,5 Prozent).

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 42,9 Prozent. Auch im Schuljahr 2010/11 unterscheiden sich junge Frauen und Männer deutlich in der Wahl der Ausbildungsberufe. Während Berufsschülerinnen im dualen System eher Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen Umfeld wählten, bevorzugten Berufsschüler vor allem Berufe aus dem technischen und handwerklichen Bereich.

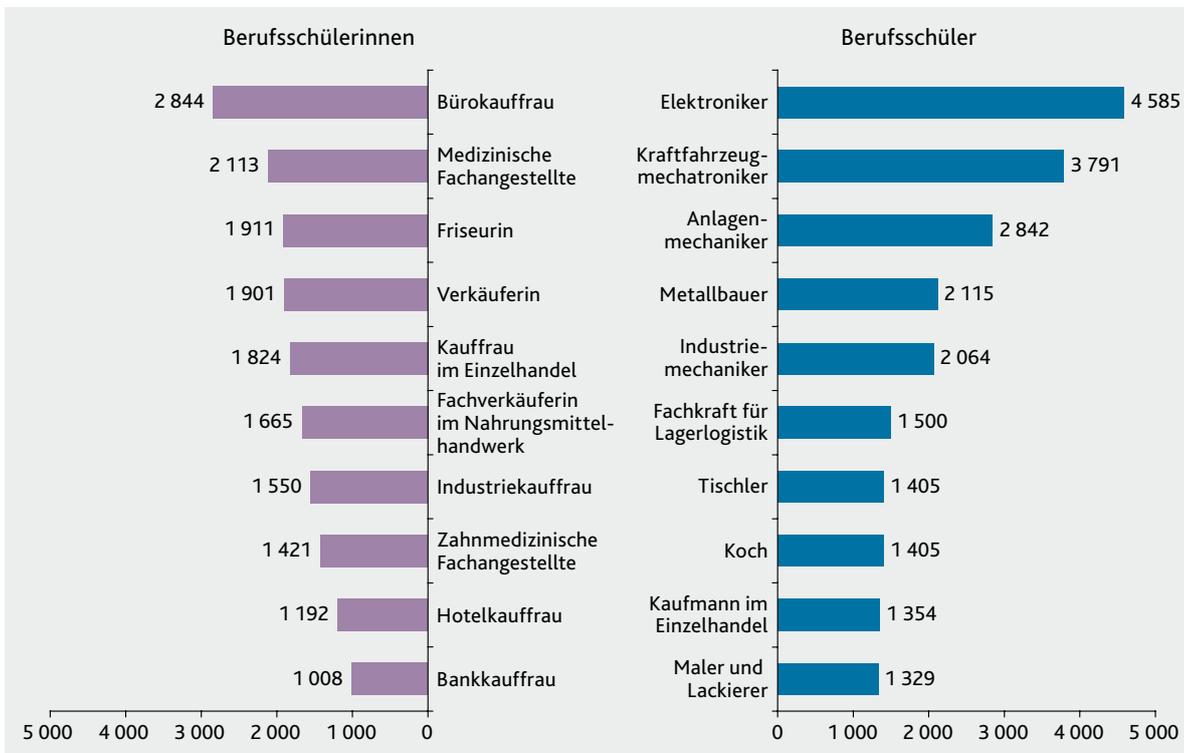
Berufsbildende Schulen auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung wichtig

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse.

42,9 Prozent Frauenanteil an berufsbildenden Schulen

G7

Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschülern im Schuljahr 2010/11 nach Geschlecht



Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt werden. Im Jahr 2010 verließen 52 130 Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der beruflichen Bildung, darunter 13 916 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem berufsbildenden Abschluss.

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines durchschnittlichen Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, auf einen Durchschnittsjahrgang der 18- bis unter 21-Jährigen bezogen.

Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen (einschließlich Fachhochschulreife) wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt (37,3 Prozent). Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für das Jahr 2010 eine Studienberechtigtenquote von 47,7 Prozent (2000: 33,8 Prozent).

Studienberechtigtenquote steigt auf 47,7 Prozent

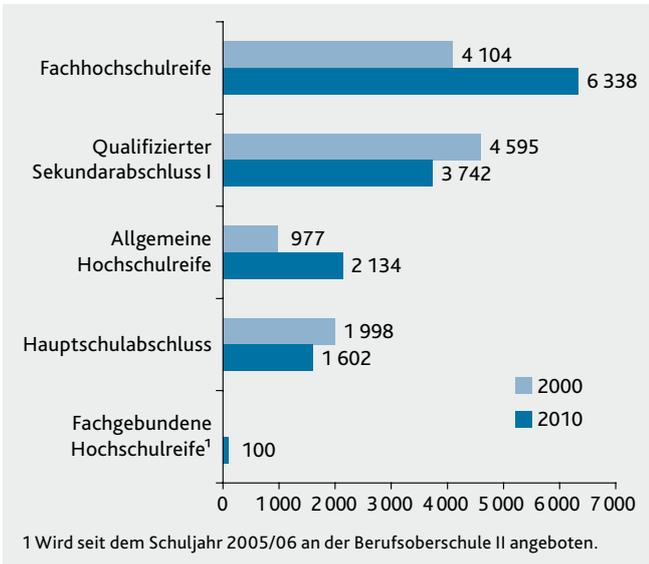
Jede zweite Lehrkraft an berufsbildenden Schulen 50 Jahre und älter

An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 36 271 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in „Vollzeit“ (57,6 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (68,9 Prozent). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (87,9 Prozent). Merklich ausge-

An Grundschulen lehren überwiegend Frauen

G 8

An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 2000 und 2010



glichener ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 54 Prozent). Derzeit sind 42,4 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre oder älter. Im Vorjahr waren es noch 43,4 Prozent.

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 879 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (56,7 Prozent). Auch Vollzeitbeschäftigte sind an den berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von 65,6 Prozent deutlich häufiger vertreten. Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt dabei etwas ungünstiger aus als an den allgemeinbildenden Schulen. So liegt der Anteil der 50 Jahre oder älteren hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer bei 50,1 Prozent. Das heißt, in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird voraussichtlich die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an fast allen Schularten günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülern zu Lehrern an fast allen Schularten verbessert. So kommen an den berufsbildenden Schulen derzeit 24 Schülerinnen und Schüler auf eine sogenannte „Vollzeitlehrereinheit“ (-0,8). Im allgemeinbildenden Bereich weisen die zurzeit auslaufenden Hauptschulen mit 10,8 Schülern je Lehrkraft eine deutlich günstigere Betreuungsrelation als im Vorjahr auf (-1). Ebenfalls merklich verbessert hat sich die Betreuungsrelation an Grundschulen (-0,9). Lediglich bei den Kollegs und Abendgymnasien ist ein geringer Anstieg der Schülerzahl pro Lehrkraft zu verzeichnen (+0,5).

Vollzeitlehrereinheit

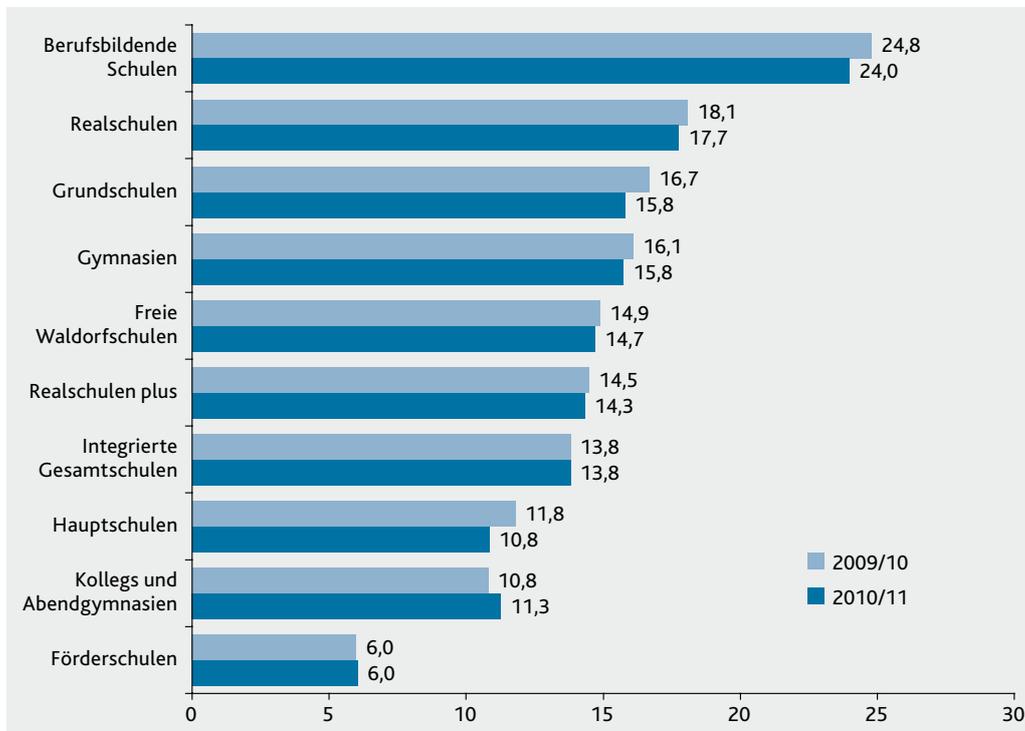
Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

Die Schüler-Lehrer-Relation wird wesentlich durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehrkraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen, insbesondere aufgrund des hohen Anteils von Teilzeitbildungsgängen, traditionell sehr hoch liegt.

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

G 9

Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 nach ausgewählten Schularten

**Fazit**

Auch im aktuellen Schuljahr setzt sich der demografisch bedingte Schülerrückgang an allgemeinbildenden Schulen fort. Betroffen sind vor allem die Primarstufe und die Sekundarstufe I. Gegenläufig ist die Entwicklung in der Sekundarstufe II. Hier profitieren insbesondere Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen von dem fortwährenden Trend zu höheren Schulabschlüssen und verzeichnen steigende Schülerzahlen. Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den berufsbildenden Schulen zeigt sich ein anhaltender Bedarf zur besseren Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Diese durchlaufen

das Schulsystem noch immer mit deutlich geringerem Erfolg als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Umfassende Änderungen ergaben sich in Folge der Schulstrukturereform im Bereich der weiterführenden Schulen. Mit der Einführung der Realschule plus und der schrittweisen Ablösung der bisherigen Hauptschulen sollen mehr Schülerinnen und Schüler zu (höheren) Schulabschlüssen geführt werden.

Bettina Link, Diplom-Soziologin, Mag. rer. publ., leitet das Referat Bildung.

Weiterführende Informationen

Statistische Analyse**Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2009**

Weitergehende Informationen rund um das Thema Bildung finden Sie in der Statistischen Analyse N° 19 „Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2009“.

Darin finden Sie für das Jahr 2009 sowie im Vergleich der letzten zehn Jahre die wichtigsten Daten zu den folgenden Bereichen:

- Vorschulische Bildung und Betreuung,
- Allgemeinbildende Schulen,
- Berufsbildung,
- Hochschulen,
- Ausbildungsförderung und
- Weiterbildung.

Anhand übersichtlicher Grafiken werden die Ergebnisse dargestellt und kurz kommentiert. Die Veröffentlichung wird mit einem ausführlichen Tabellenanhang abgerundet.

Der Kennzahlenband basiert hauptsächlich auf Daten der amtlichen Statistik, wie dem Mikrozensus, der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schul-, Berufsschul- und Hochschulstatistik sowie auf Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Die Veröffentlichung „Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2009“ (Bestellnummer Z2158) kann zum Preis von 15,00 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Die PDF-Datei steht im Internet unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/bildung/KennzahlenBildung.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Stimmung in der deutschen Wirtschaft wird immer besser

ifo Geschäfts-
klimaindex auf
Rekordhoch

Auch im Februar 2011 befindet sich die deutsche Wirtschaft in hervorragender Stimmung. Der ifo Geschäftsklimaindex ist weiter gestiegen, und zwar von 110,3 auf 111,2 Punkte. Der neunte Anstieg in Folge signalisiert eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs. Für das erste Quartal 2011 wird nun mit einem deutlich höheren Wachstum gerechnet als im vierten Quartal des Vorjahres.

Kräftige
Verbesserung
der Lage-
beurteilung

Die befragten Unternehmen beurteilten vor allem ihre Geschäftslage wesentlich günstiger als im Vormonat. Der Lageindex nahm von 112,8 auf 114,7 Punkte zu. Die Einschätzung der Aussichten für die kommenden sechs Monate blieb dagegen nahezu unverändert. Der Erwartungsindex stieg nur leicht von 107,8 auf 107,9 Punkte.

Nur im
Einzelhandel
ungünstigeres
Geschäfts-
klima

In der Industrie, im Bauhauptgewerbe und im Großhandel hat sich das Geschäftsklima verbessert. Dies war vor allem Folge deutlich besserer Lagebeurteilungen. Im Einzelhandel hat sich die Stimmung dagegen weiter verschlechtert; schon im Vormonat hatte sich das Klima in diesem Wirtschaftsbereich eingetrübt.

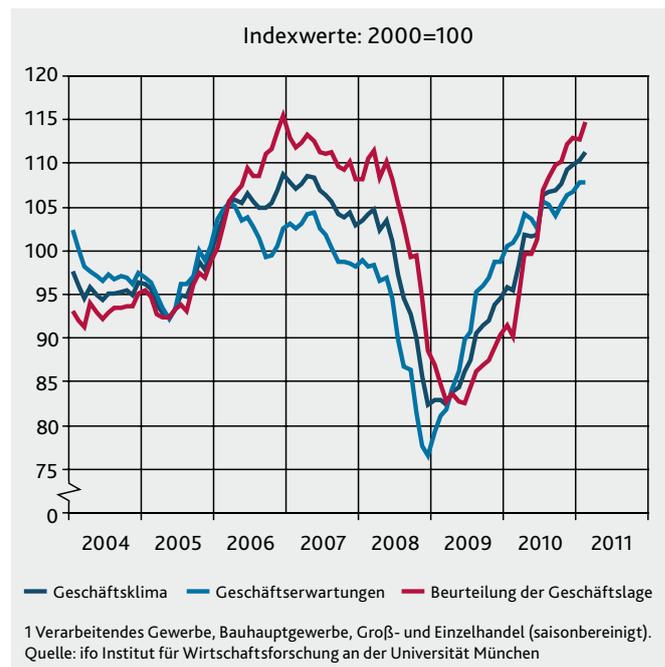
Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Auftrags-
eingänge des
verarbeitenden
Gewerbes:
+21 Prozent

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich die weitere Erholung der konjunkturellen Lage auch anhand harter Indikatoren. Im Berichtsmontat Dezember 2010 lagen die Auftragsein-

Stand:
Februar
2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



gänge um 31 Prozent über dem Vorjahresniveau, das infolge der Wirtschaftskrise allerdings sehr schwach war. Gegenüber dem Vormonat gab es ein leichtes Plus von 0,3 Prozent. Der Wert des gleitenden Dreimonats-Durchschnitts für November 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmontate Oktober bis Dezember 2010 einfließen) übertraf den Vorjahreswert um 21 Prozent und lag auf dem Niveau vom September 2008. Zuletzt hatte der Auftragszuwachs von Juni bis Oktober in einem engen Korridor von 19 bis 24 Prozent gelegen.

Im Berichtsmontat Dezember 2010 verschlechterten sich im Vormonatsvergleich die Auftragseingänge aus dem Inland um

Auslands-
nachfrage zieht
stärker an

zehn Prozent. Aus dem Ausland wurde dagegen ein Auftragsplus von 8,6 Prozent registriert. Gegenüber Dezember 2009 wiesen die Inlandsaufträge eine Verbesserung um 15 Prozent auf, die Auslandsaufträge zogen in diesem Zeitraum sogar um 44 Prozent an. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im November wie schon im Oktober 2010 um 12 Prozent, das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 28 Prozent (Oktober: +25 Prozent).

Auftrags-
eingänge in der
chemischen
Industrie:
+7,4 Prozent

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29 Prozent) hat sich im Berichtsmonat Dezember 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich um sieben Prozent verschlechtert. Gegenüber Dezember 2009 wurde dagegen ein Zuwachs von zwölf Prozent registriert. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gab es im November ein Auftragsplus von 7,4 Prozent, nach einer Verbesserung um 13 Prozent im Oktober. Die Bestellungen aus dem Inland gingen um ein Prozent zurück, nachdem sie zuvor elf Mal in Folge gestiegen waren. Die ausländische Nachfrage kam mit einem Plus von 13 Prozent nicht an die hohen Zuwachsraten der Vormonate heran.

Fahrzeugbau:
Kräftig
steigende Auf-
tragseingänge

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 11 Prozent) stiegen die Auftragseingänge im November 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +55 Prozent wieder stärker als in den beiden Vormonaten. Trotzdem fiel dieser Zuwachs geringer aus als von Februar bis August. In diesen Monaten hatten sich die Auftragseingänge – im Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage des Jahres 2009 – in einem Bereich von 61 bis 75 Prozent erhöht. Im Berichtsmonat Dezem-

ber 2010 lag das Auftragsvolumen um 3,3 Prozent über dem Vormonatswert und übertraf den Vorjahreswert sogar um 64 Prozent. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 32 Prozent. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen im Vorjahr zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 78 Prozent weiterhin sehr deutlich an.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: neun Prozent) kam es im Berichtsmonat Dezember 2010 zu einer Verbesserung um 30 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Dezember 2009 stieg die Nachfrage sogar um 76 Prozent. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen die Bestellungen im November 2010 den Vorjahreswert um 39 Prozent, nach einem Plus von 24 Prozent im Oktober. Nachdem im Februar die heimische Nachfrage erstmals nach 16 Monaten wieder gestiegen war, fiel die Verbesserung auch im November (+23 Prozent) deutlich aus. Bei der Auslandsnachfrage gab es mit +48 Prozent wieder einen kräftigeren Anstieg.

Deutliches Plus
bei Auftrags-
eingängen im
Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gesunken

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im November 2010 gegenüber November 2009 „geglättet“ um 2,1 Prozent gesunken, nachdem von Juni bis Oktober Verbesserungen zwischen 1,7 und 6,5 Prozent registriert wurden. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt zu einem Rückgang um zehn Prozent, nach einem Minus von 3,2 Prozent im Oktober. Dagegen war im Hochbau im November mit +9,3 Prozent ein geringfügig höheres Plus als im Oktober festzustellen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe:
-2,1 Prozent

selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Monatsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52 Prozent, der des Hochbaus bei 48 Prozent.

Zahl der Baugenehmigungen steigt kräftig

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im November 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 17 Prozent gestiegen, nachdem es im September und im Oktober noch Rückgänge von 2,4 bzw. 4,1 Prozent gegeben hatte.

Umsatzsteigerungen im Kfz-Handel – leichte Umsatzeinbußen im Einzel- und im Großhandel

Rotation der Berichtsbetriebe und Anpassung an neue Wirtschaftszweigklassifikation

Die Ergebnisse der Statistiken im Handel und Gastgewerbe basieren seit dem Berichtsmonat Juni 2010 auf einem neuen Berichtskreis, da ein Teil der Unternehmen in der Erhebung ausgetauscht wurde. Der Berichtskreis ist damit repräsentativer geworden und verbessert die Konjunkturbeobachtung am aktuellen Rand. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des Berichtskreises auf die Strukturen der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 umgestellt.

Umsatz im Einzelhandel leicht rückläufig

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im November 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Davor waren von Februar bis Oktober Umsatzsteigerungen bis zu 2,5 Prozent festgestellt worden.

Umsatzplus von 4,9 Prozent im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel sind die Umsätze im Drei-Monats-Durchschnitt im November 2010 preisbereinigt um 4,9 Prozent gestiegen. Davor war bereits im Oktober nach elf Rückgängen in Folge ein Anstieg um 1,7 Prozent zu verzeichnen.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Leichter Umsatzrückgang im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel gingen im November 2010 gegenüber November 2009 real um 0,8 Prozent zurück. Zuvor waren auch im Oktober sinkende Umsätze festgestellt worden, nachdem es von Februar bis September zu Verbesserungen des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts gekommen war.

Umsätze im Gastgewerbe unverändert

Im Gastgewerbe blieben die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im November 2010 gegenüber dem Vorjahreswert unverändert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im September und im Oktober waren noch leichte Umsatzzuwächse um 0,5 bzw. 1,1 Prozent zu verzeichnen.

Jahresteuerungsrate im Februar bei 2,1 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im Februar 2011 im Vergleich zum Vormonat um 0,5 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Februar des Vorjahres hat sich der Index um 2,1 Prozent erhöht. Damit kletterte die Jahresteuerungsrate auf den höchsten Wert seit Oktober 2008 und übertraf die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im Januar 2011 war eine Preissteigerung von zwei Prozent registriert worden. Für das Jahr 2010 wurde eine Inflationsrate von 1,1 Prozent ermittelt. Zu dem Anstieg im Februar 2011 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+34 bzw. +11 Prozent) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es im Februar 2011 in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+3,9 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Nahrungs-

mittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,1 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+2,9 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-2,5 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im Februar gesunken

Nachdem es im Januar noch einen kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit gegeben hatte, meldeten sich im Februar wieder deutlich weniger Frauen und Männer in Rheinland-Pfalz arbeitslos. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Februar 125 800 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 2 500 bzw. zwei Prozent weniger als im Vormonat. Gegenüber Februar 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 8 900 bzw. 6,6 Prozent ab. So wenige Arbeitslose hat es in einem Februar in Rheinland-Pfalz zuletzt 1993 gegeben.

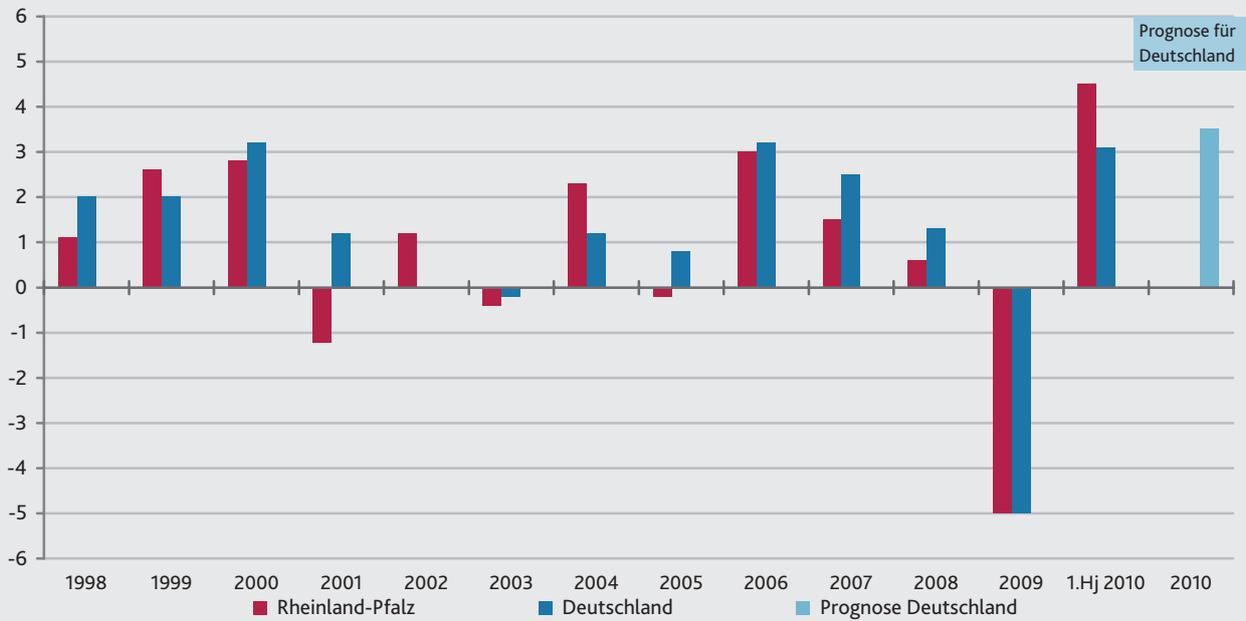
Arbeitslosigkeit sinkt um zwei Prozent

Damit verringerte sich die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, im Berichtsmonat auf sechs Prozent. Die Quote ist im Vergleich zum Januar um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Gegenüber Februar 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Arbeitslosenquote liegt bei sechs Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

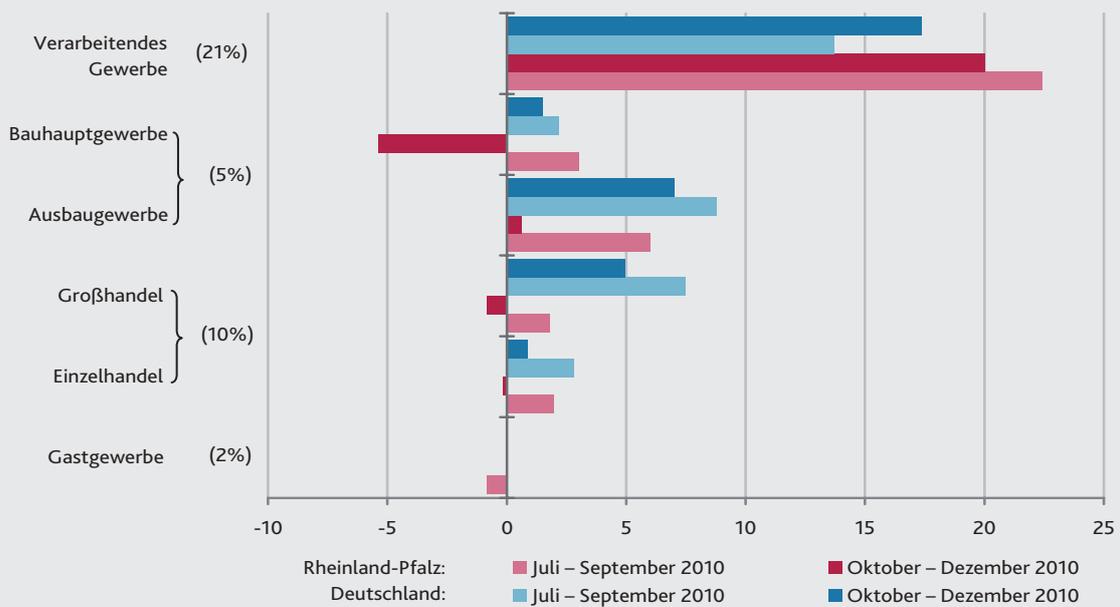


1) Nächster Fortschreibungstermin im März 2011.

Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2010

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

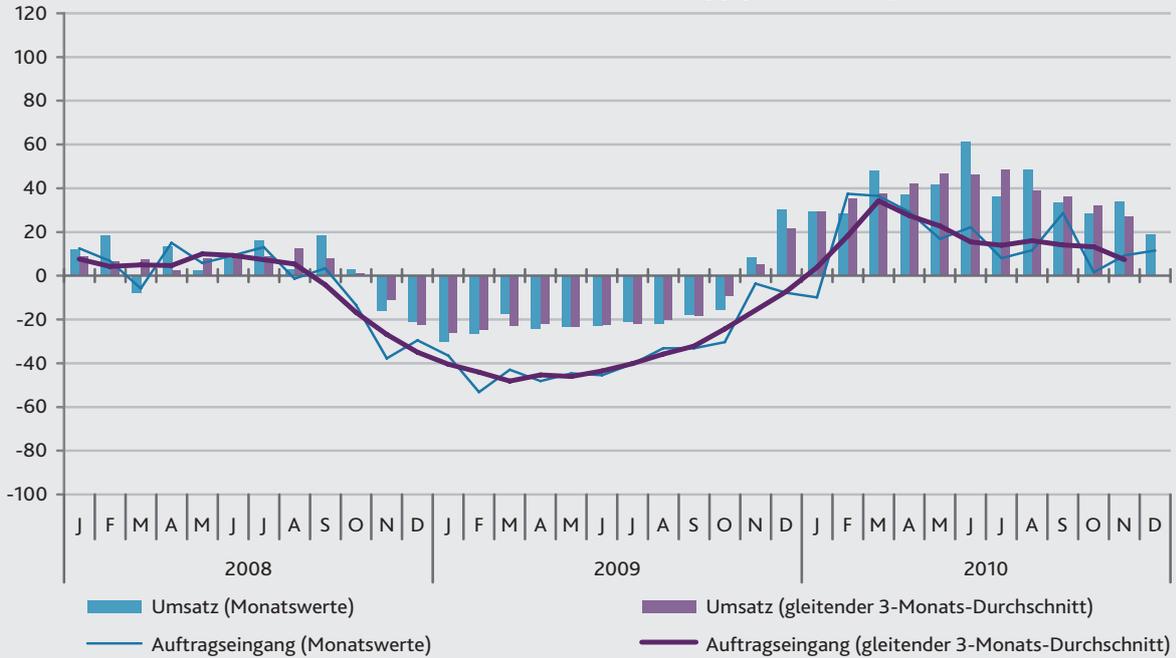


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

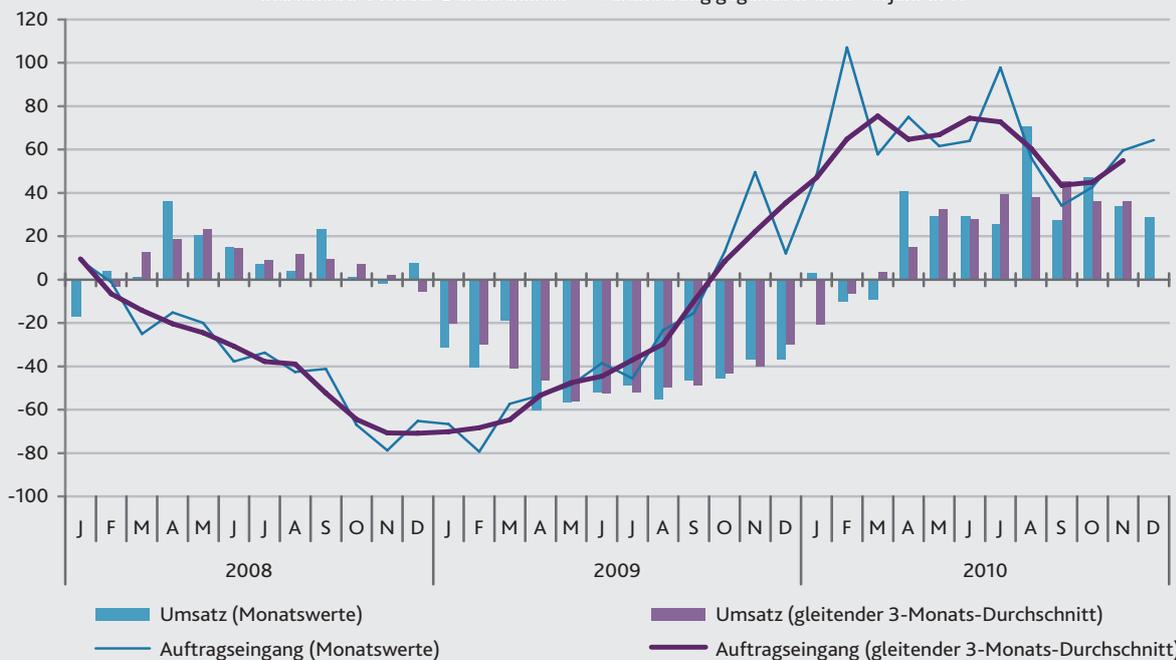


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%

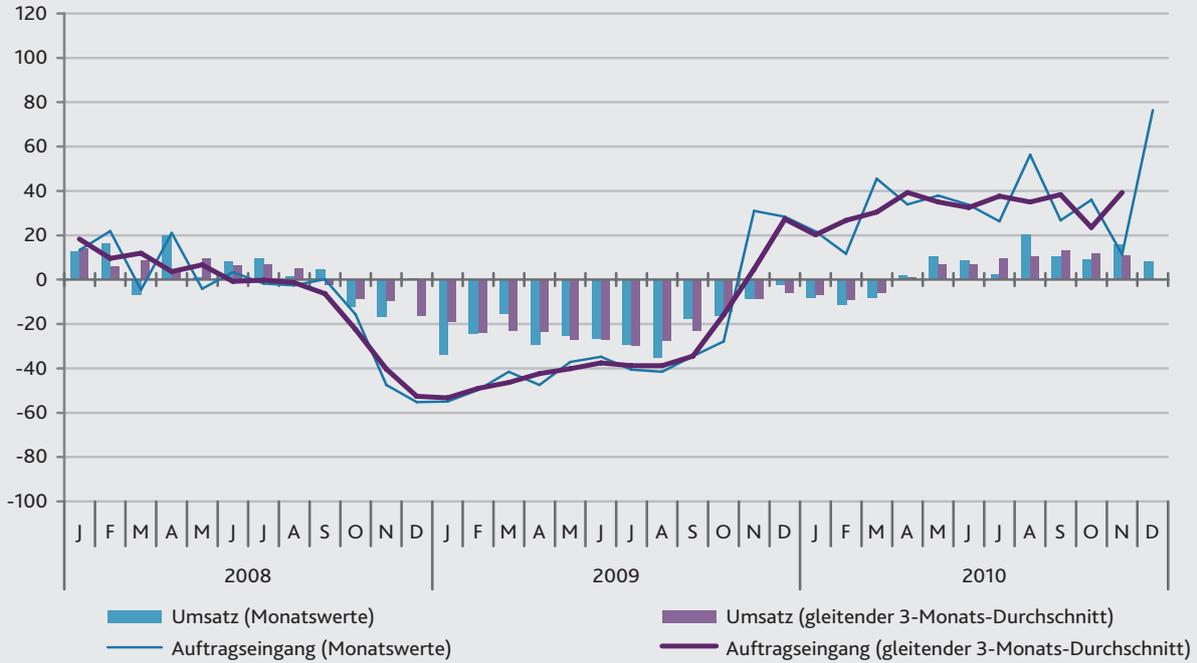
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

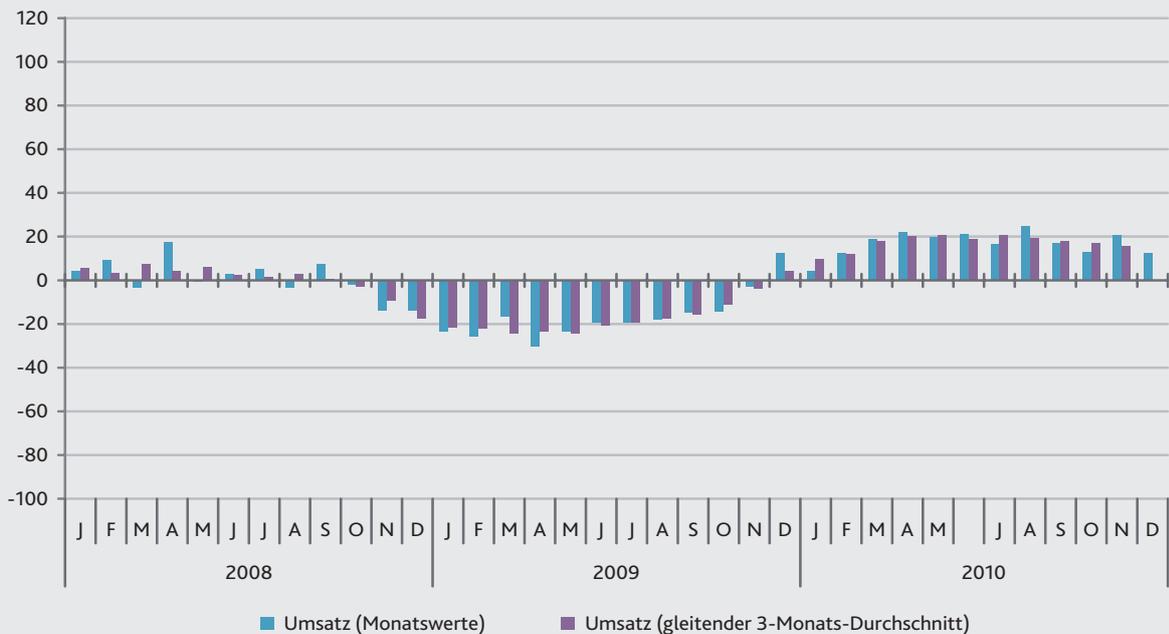


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

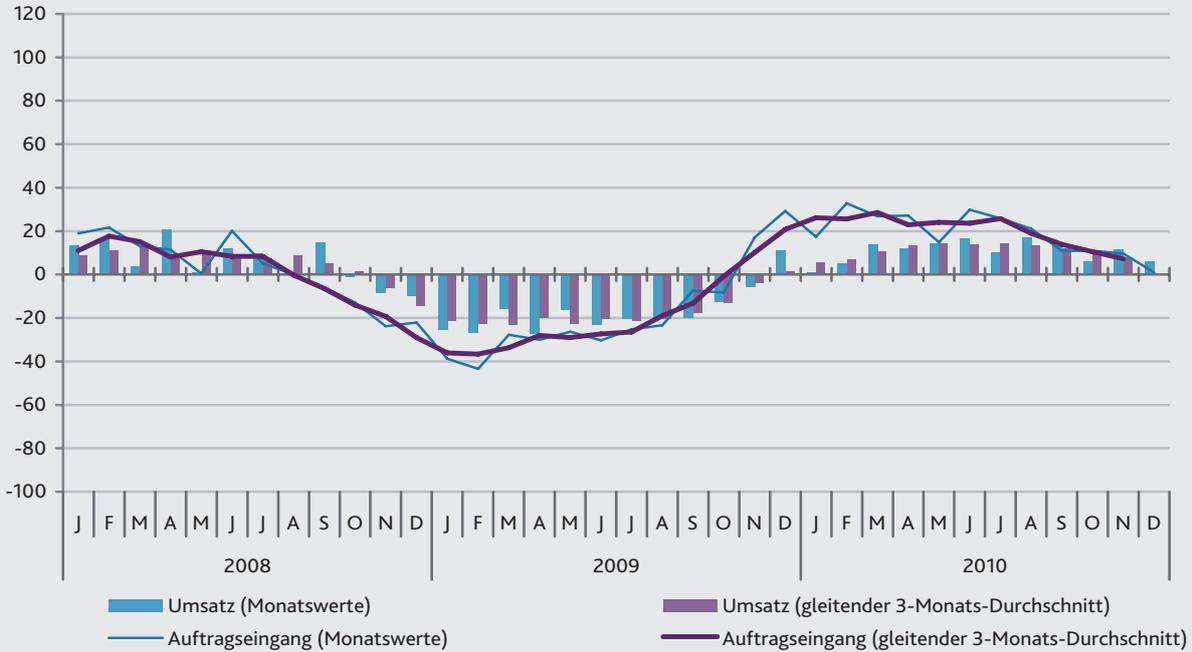


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



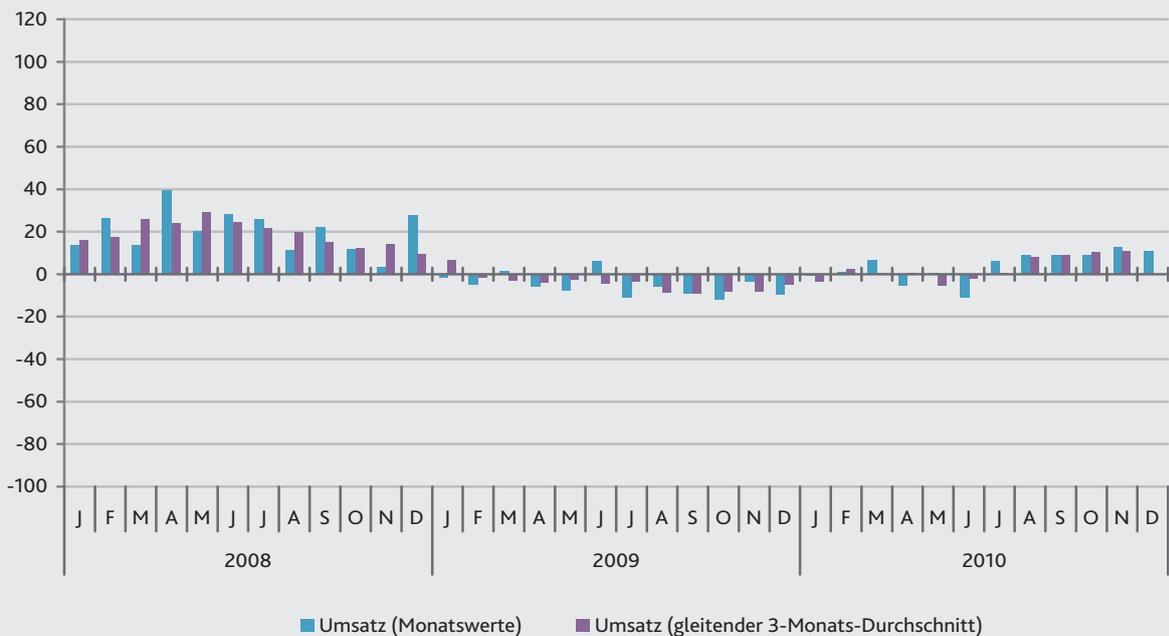
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

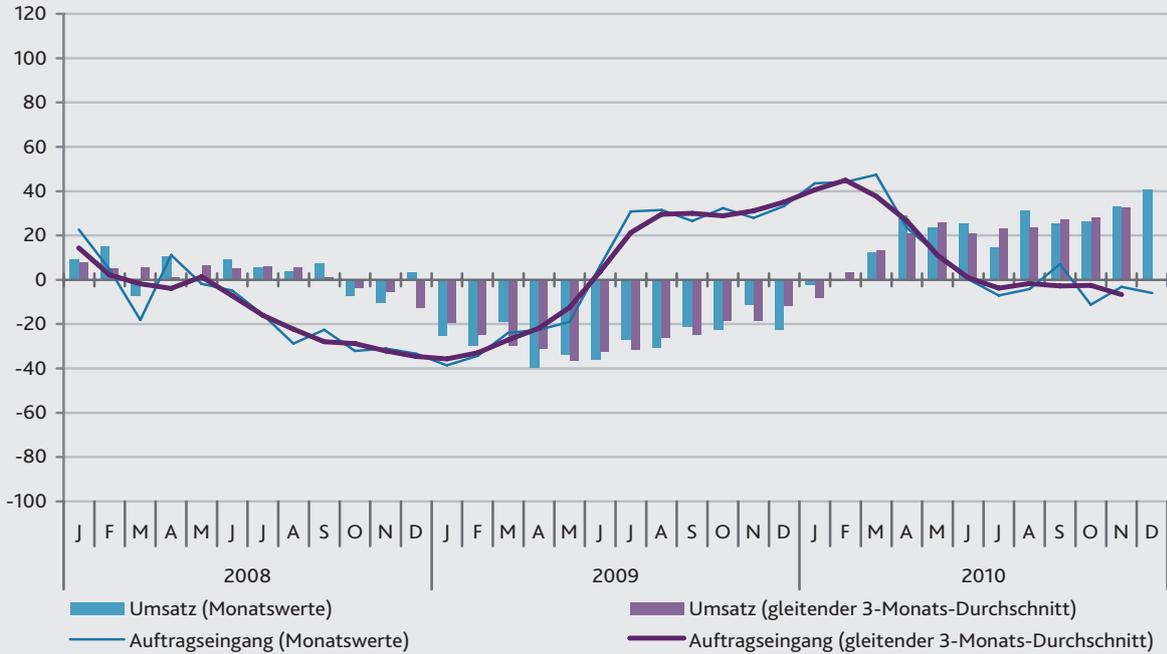


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

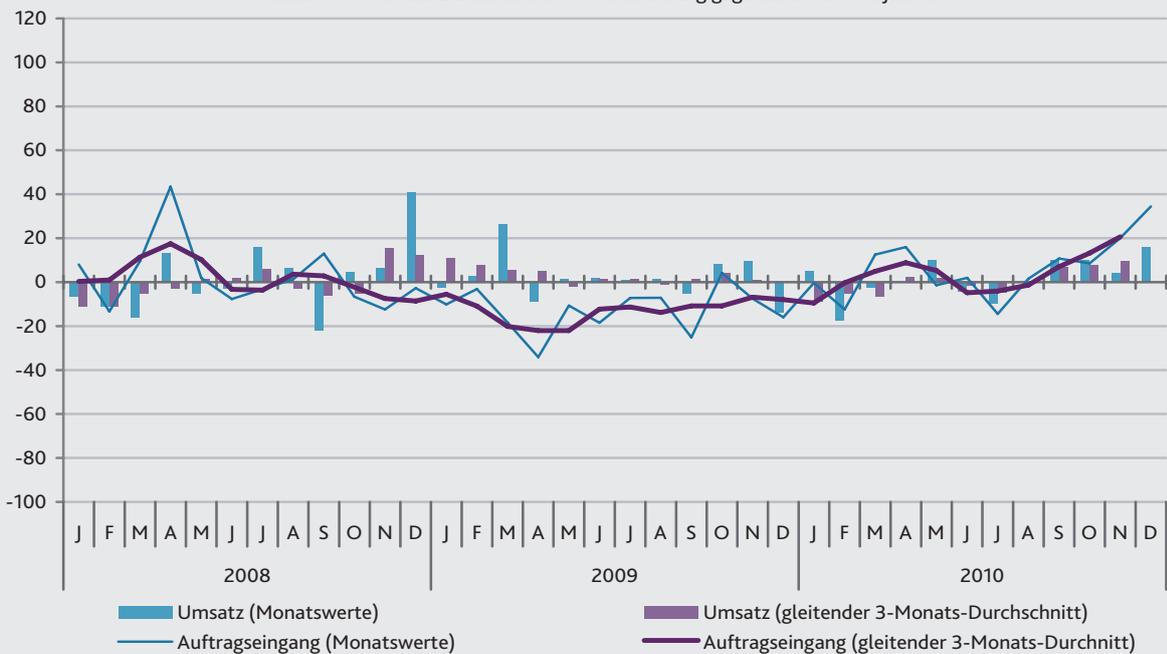


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%

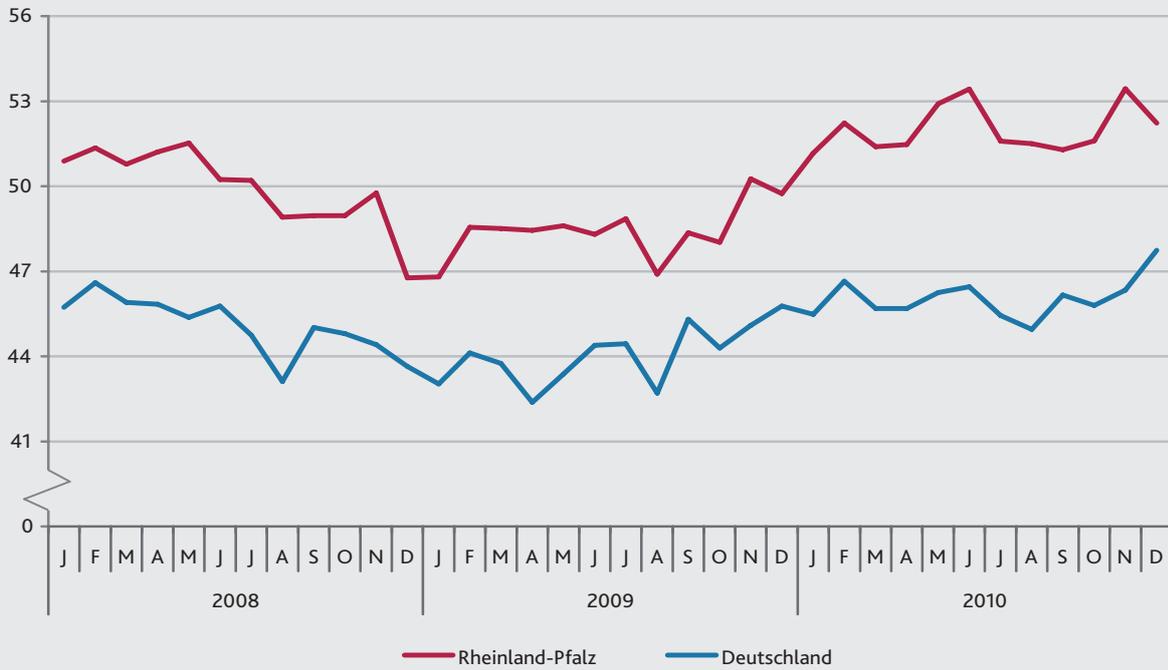
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

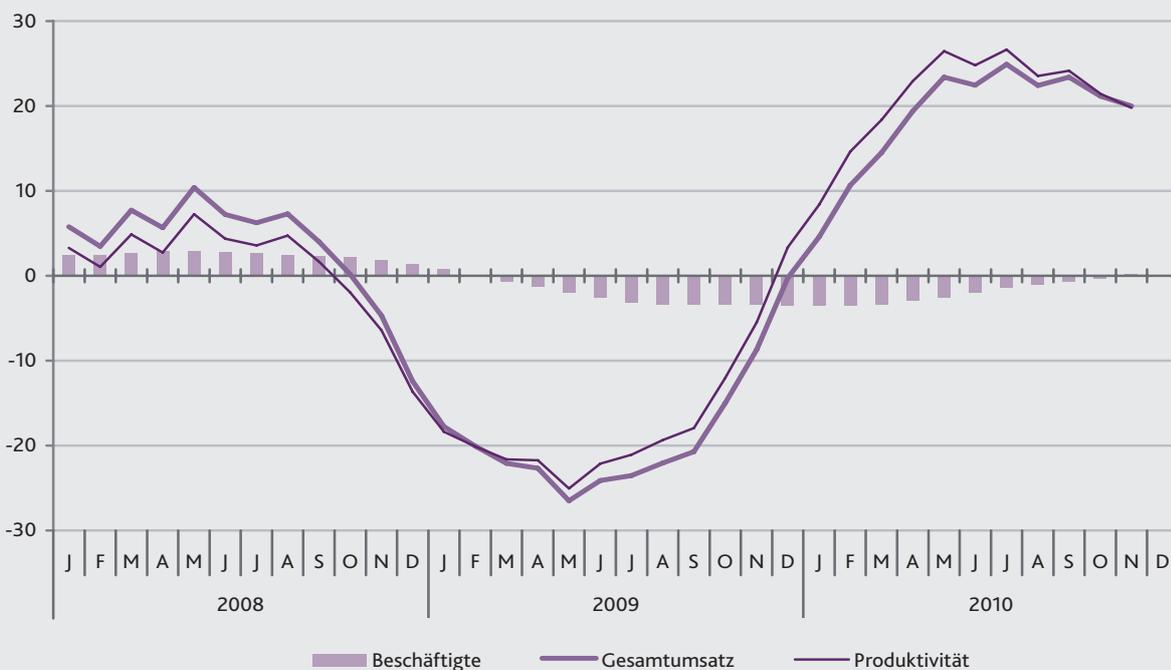
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe

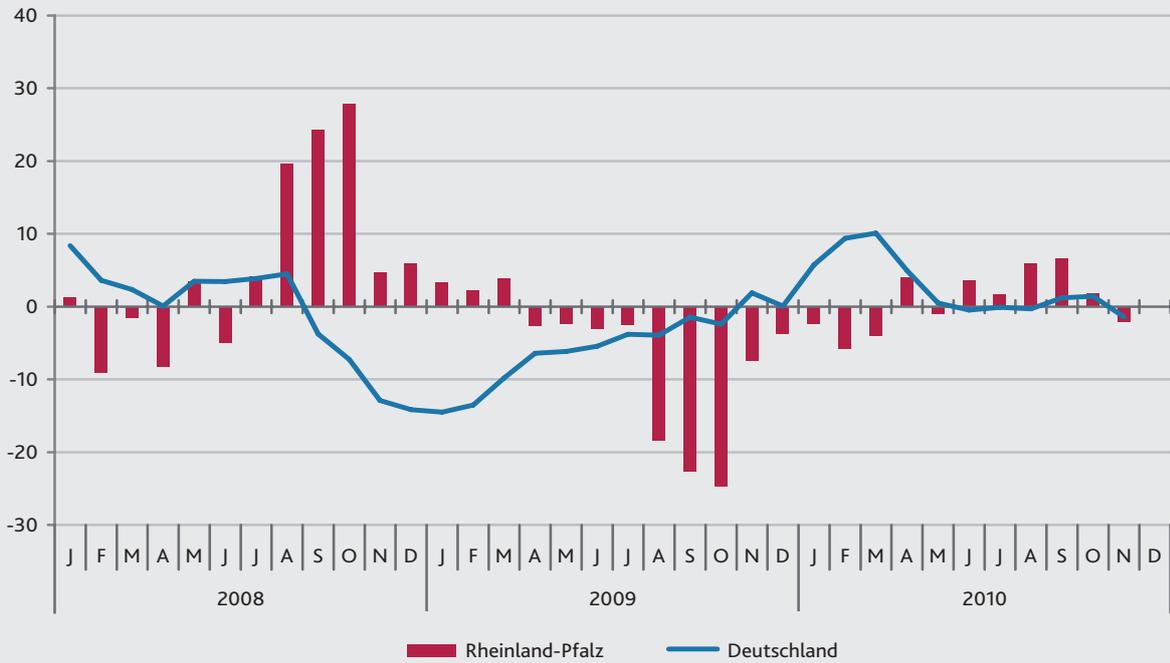
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

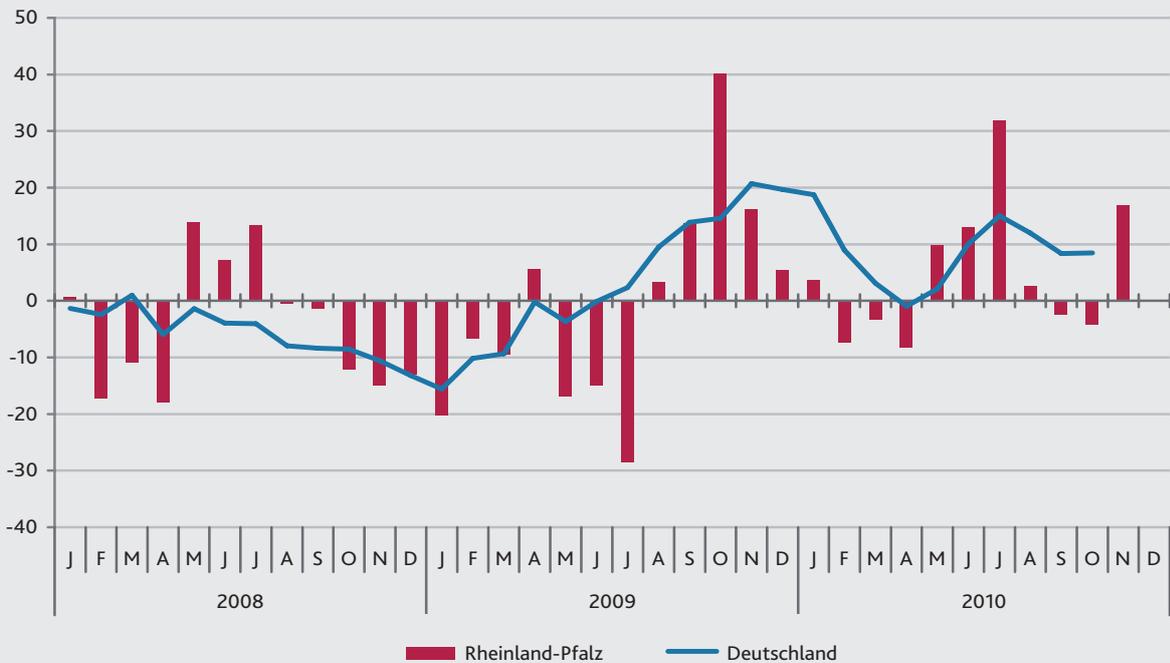
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

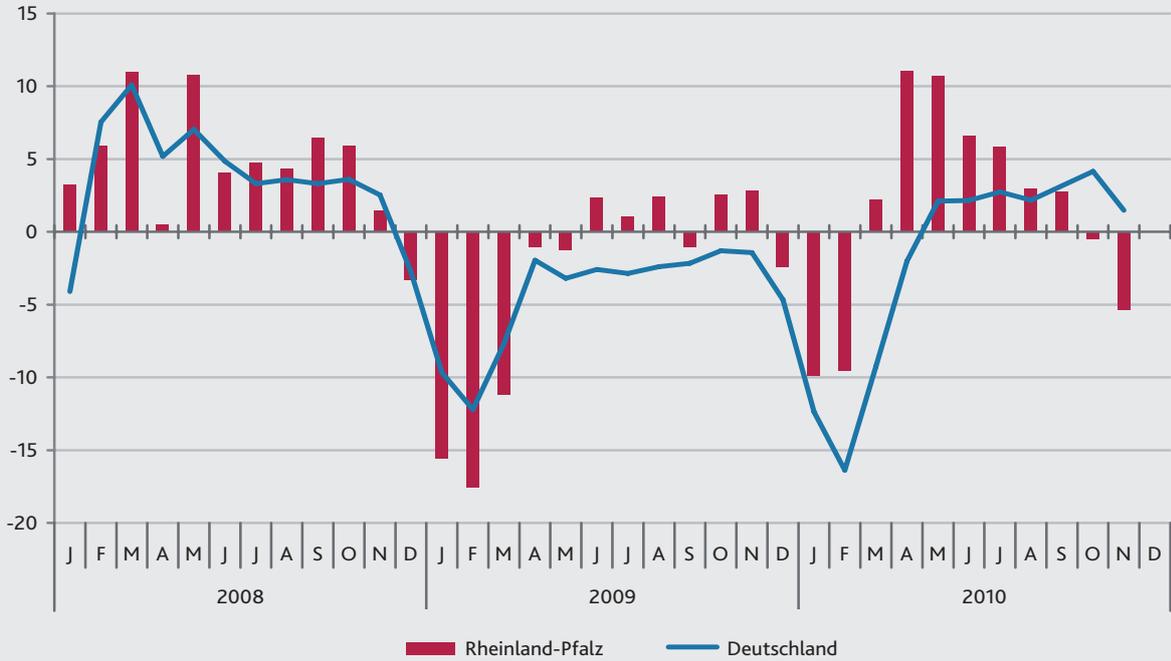
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

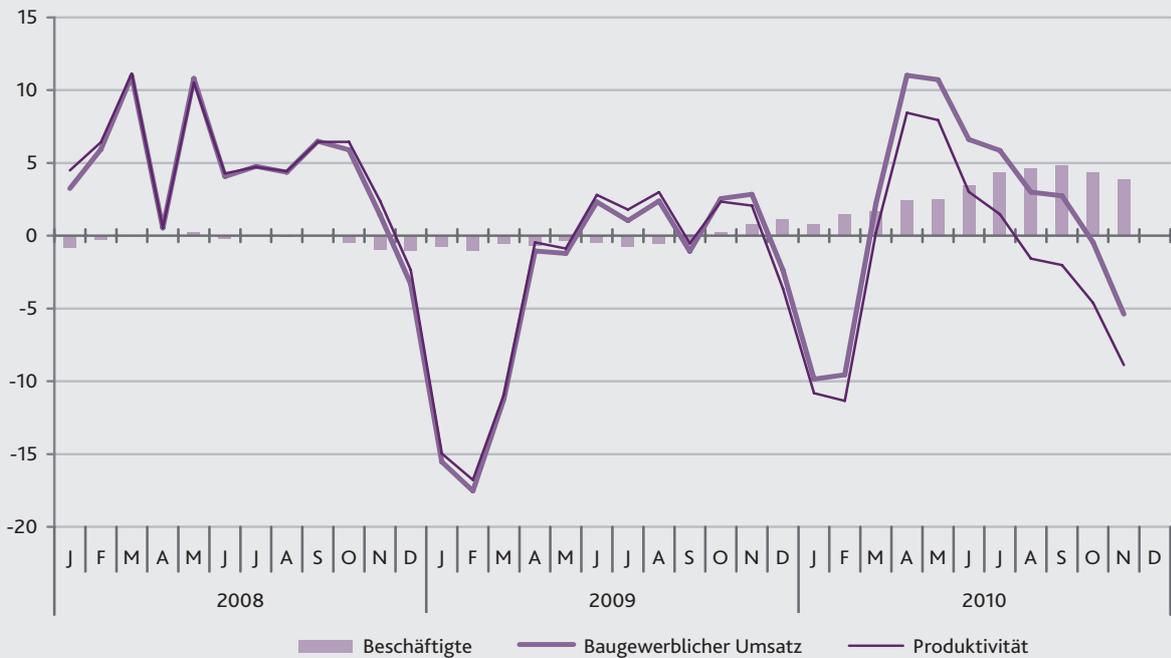
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

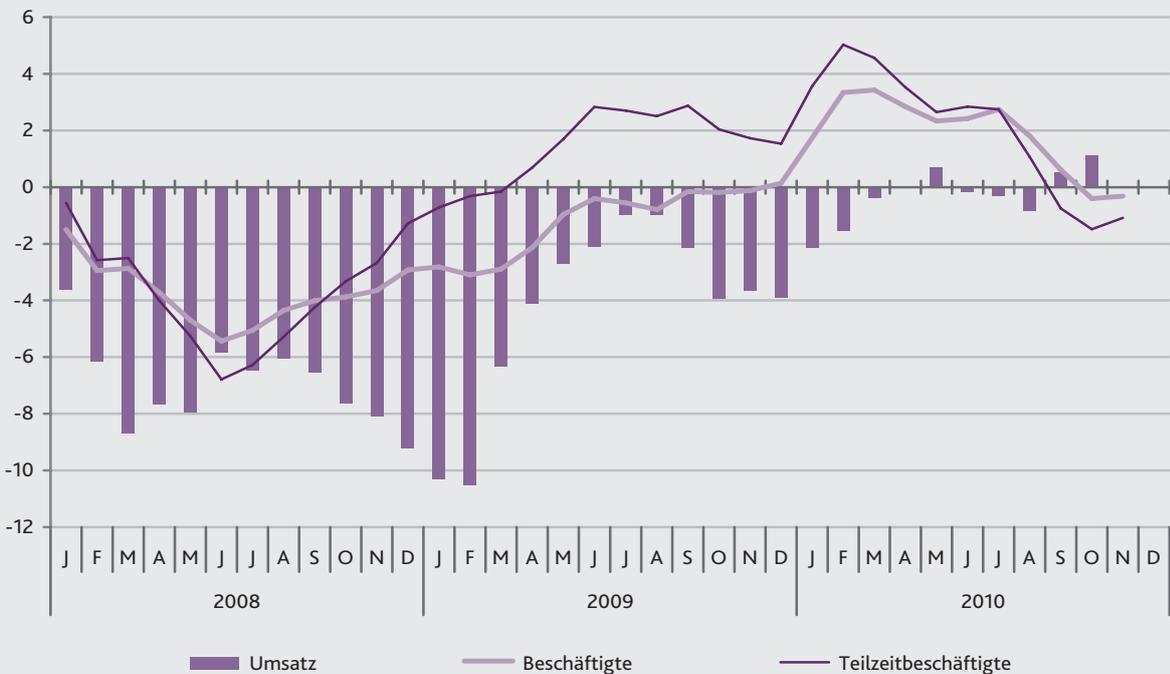
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



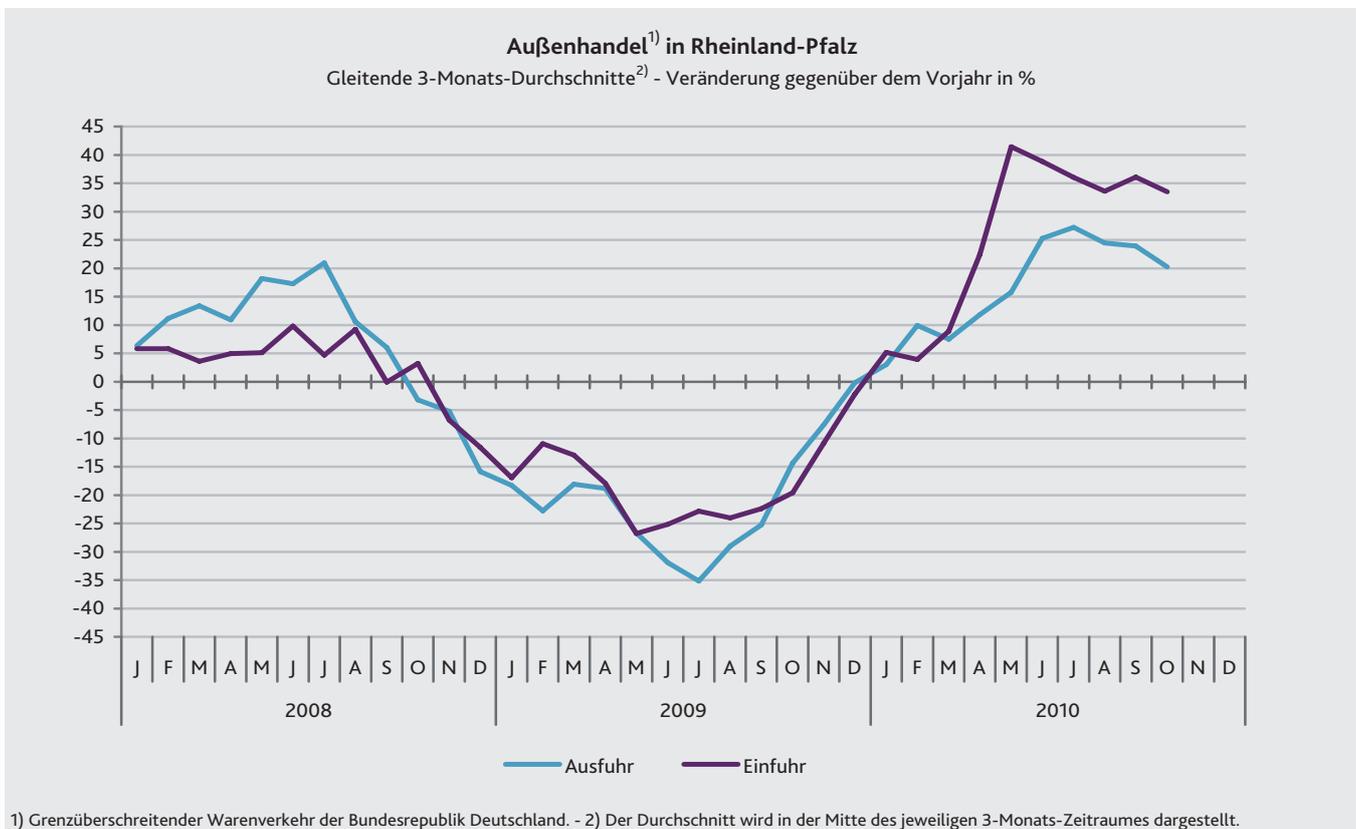
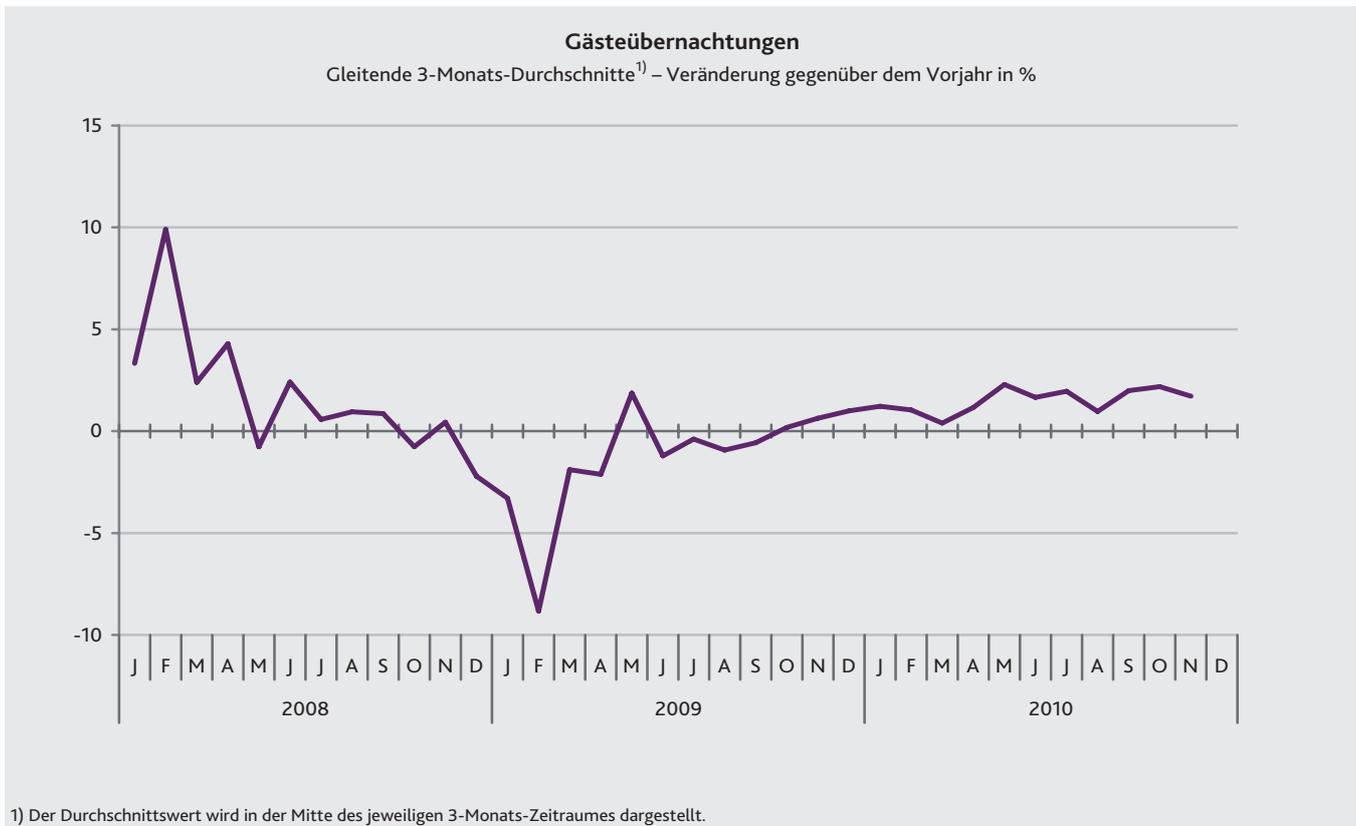
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

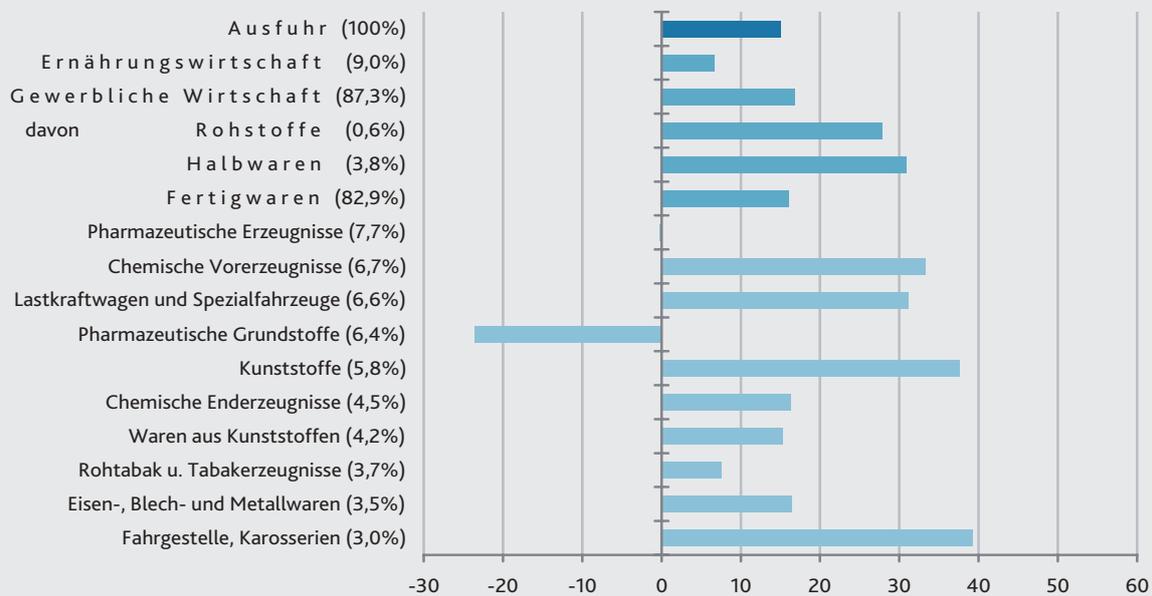


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.



Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2009 bis November 2010 nach Warengruppen¹⁾

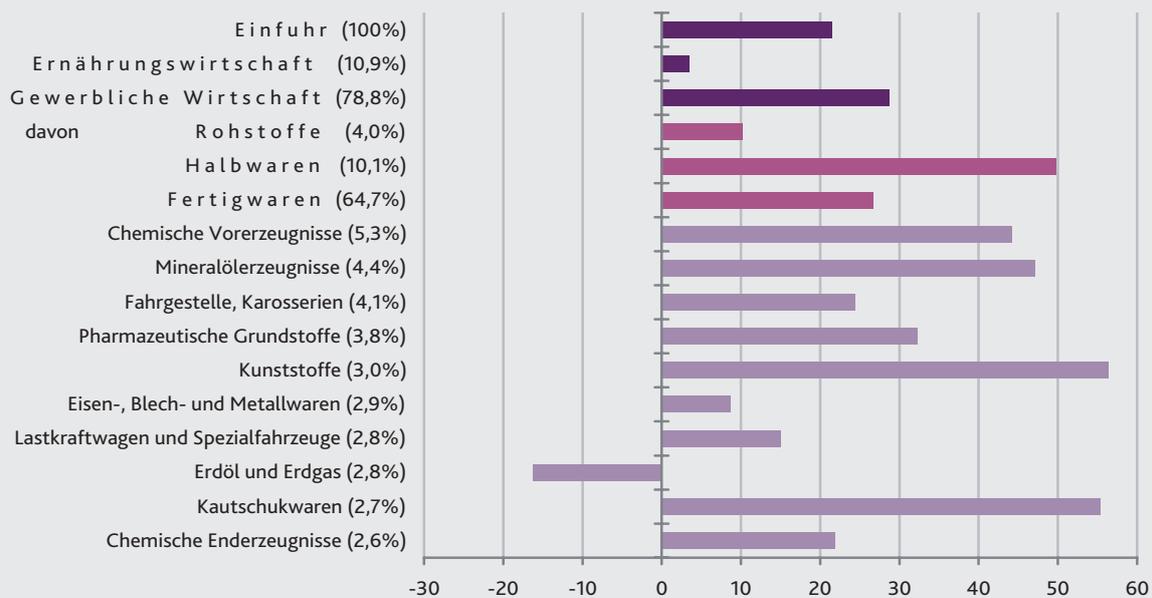
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

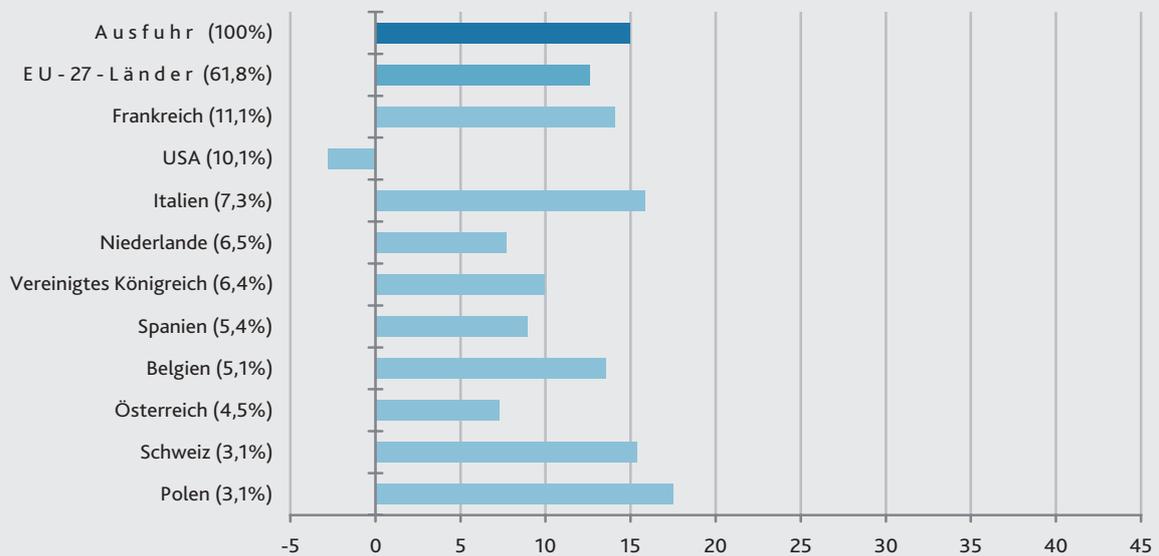
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2009 bis November 2010 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



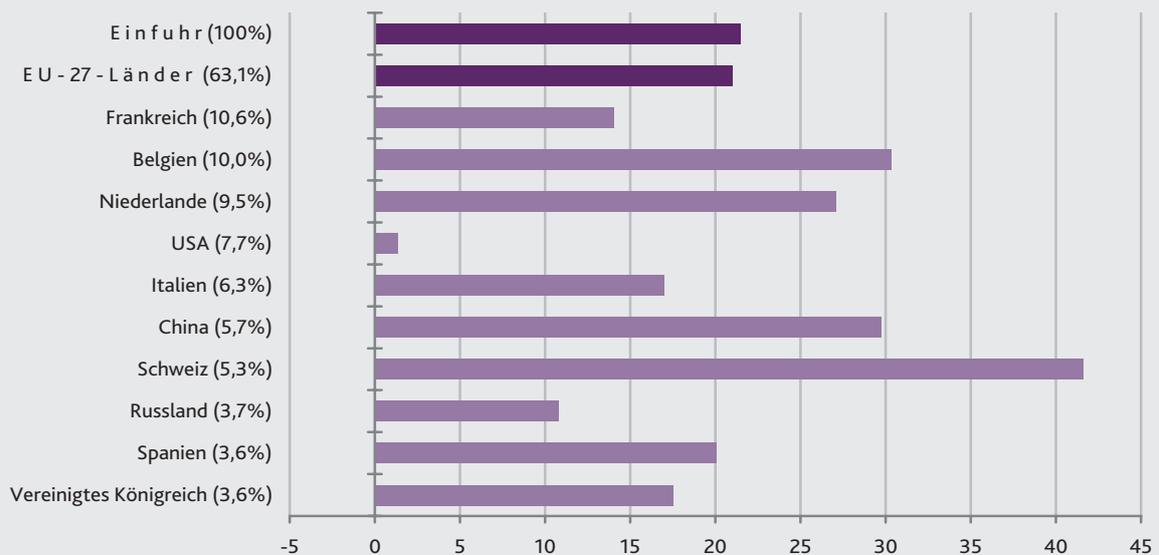
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2009 bis November 2010 nach Bestimmungsländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

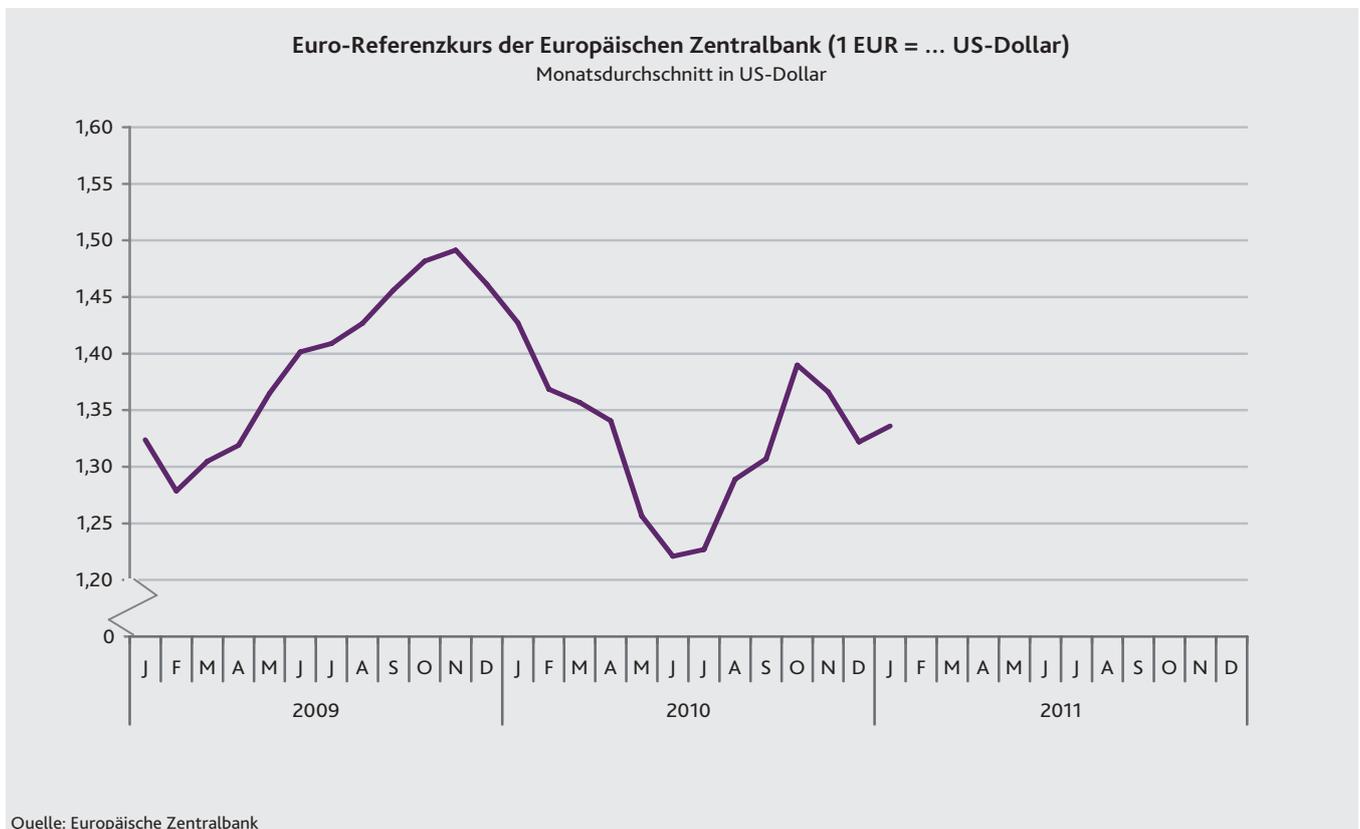
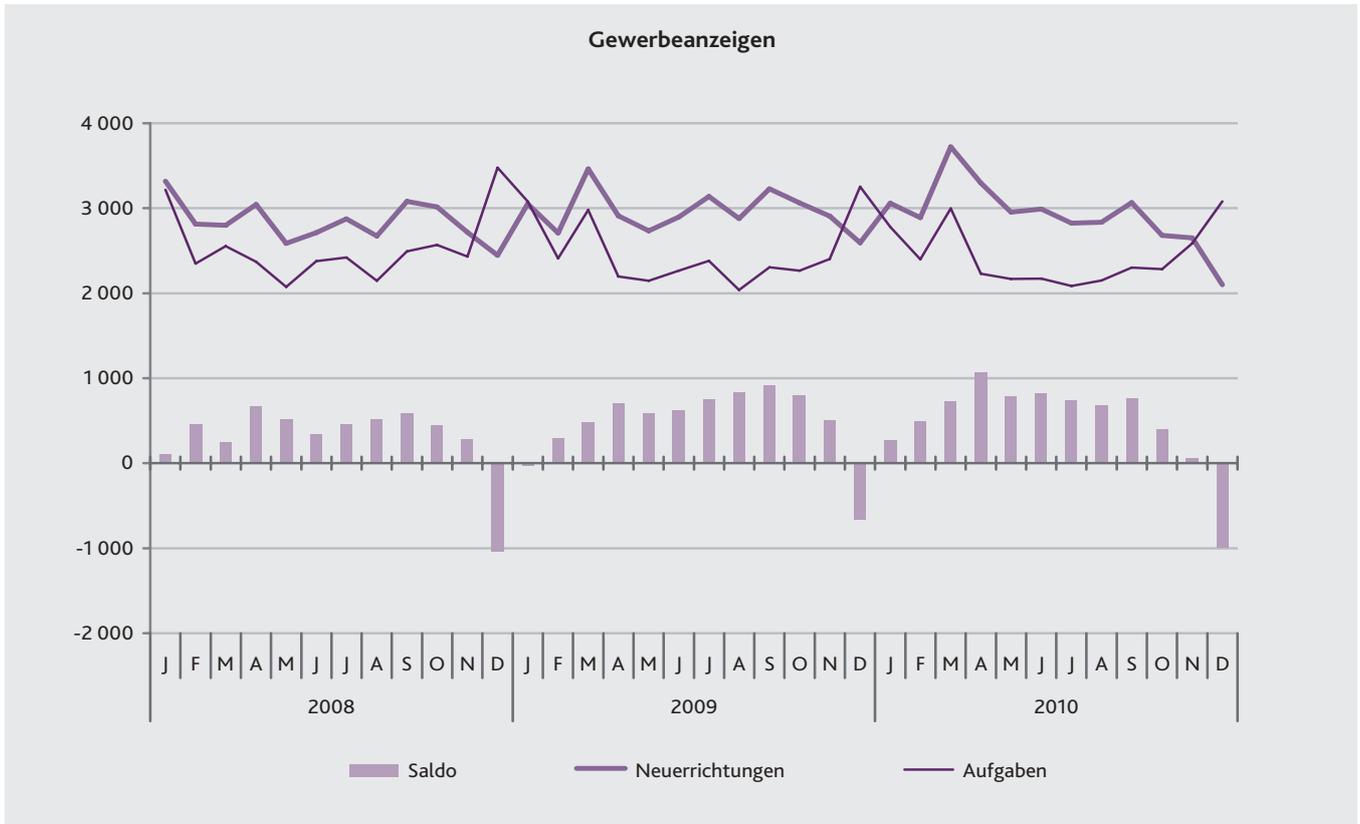


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2009 bis November 2010 nach Herkunftsländern¹⁾
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.



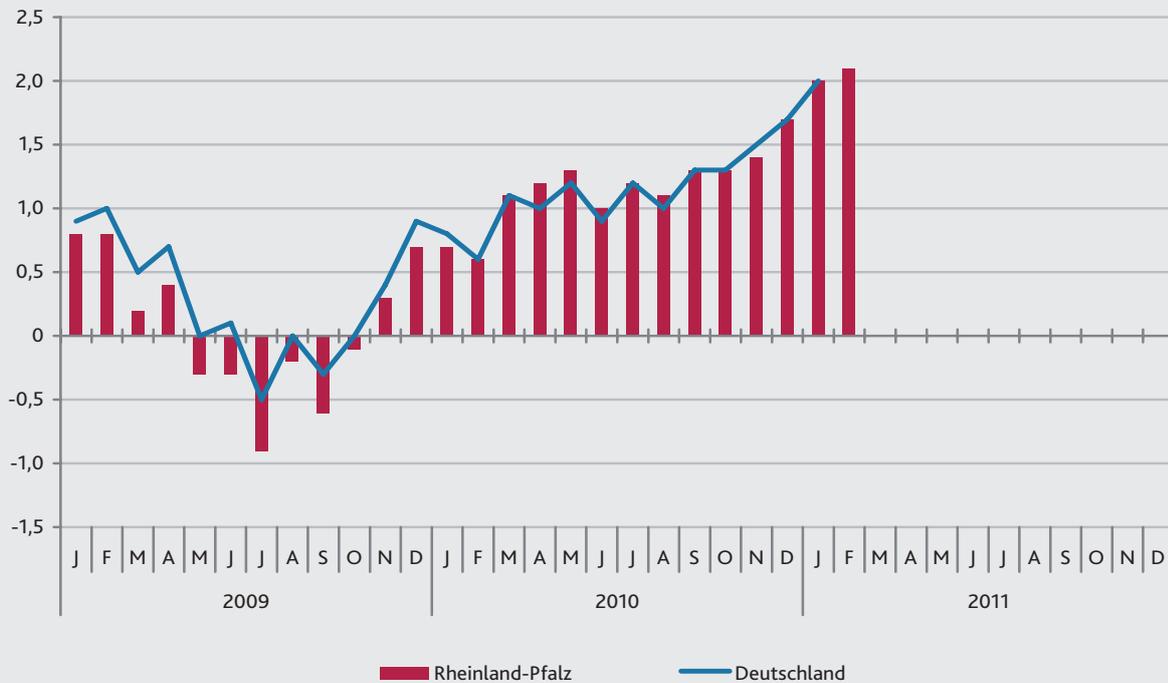
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

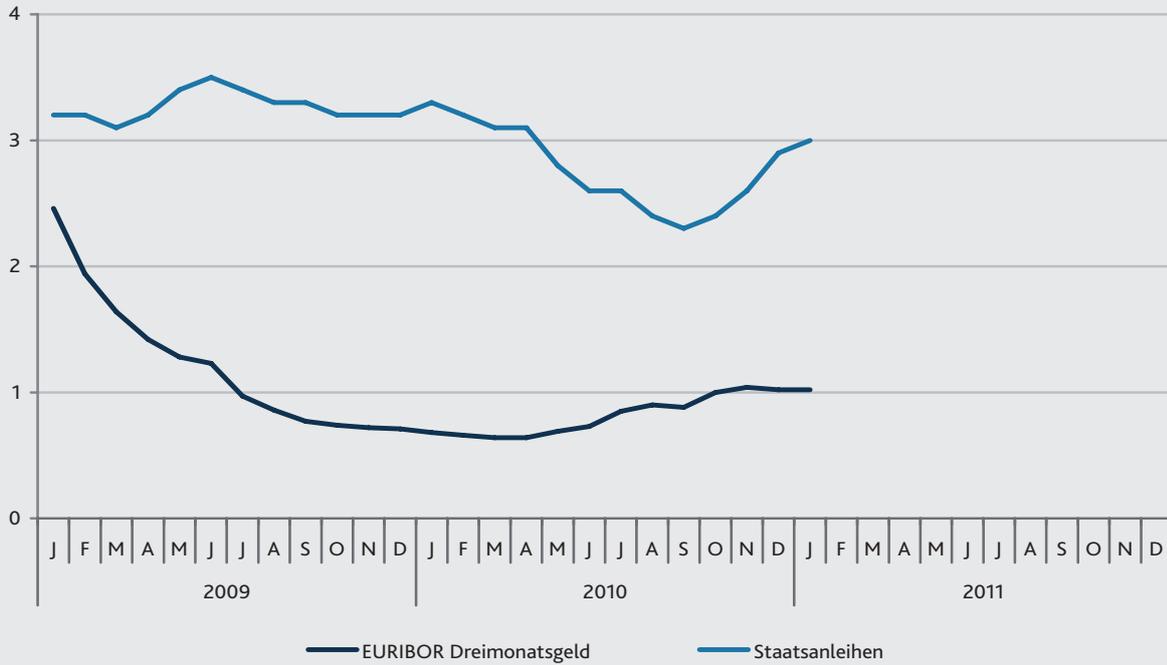


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

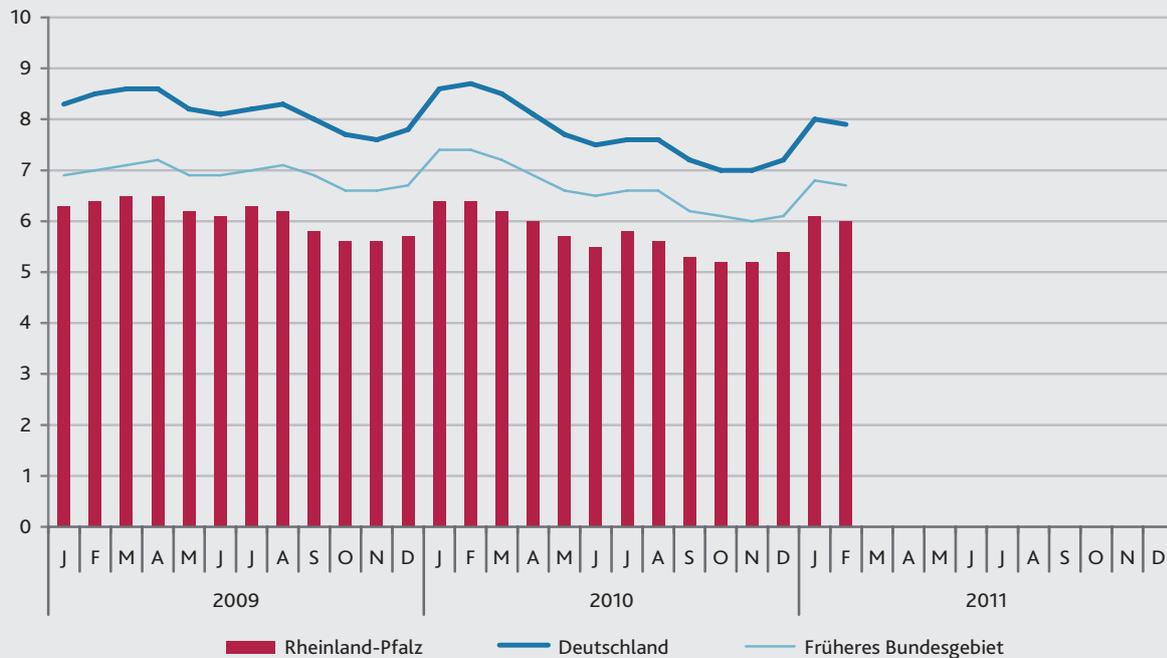


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



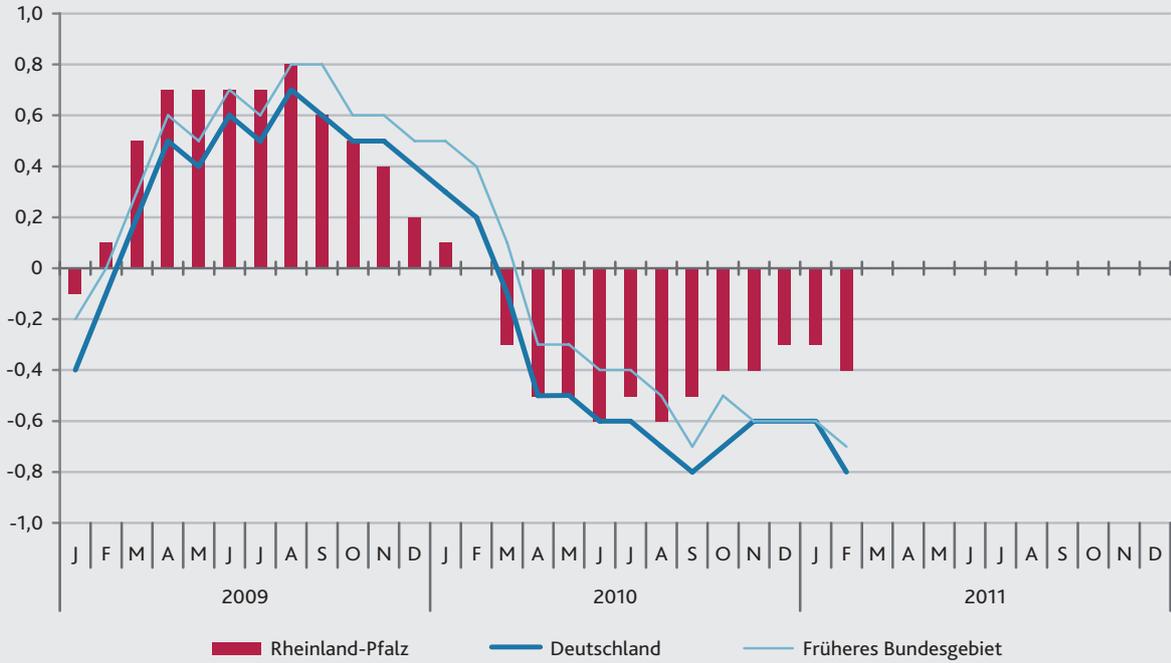
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



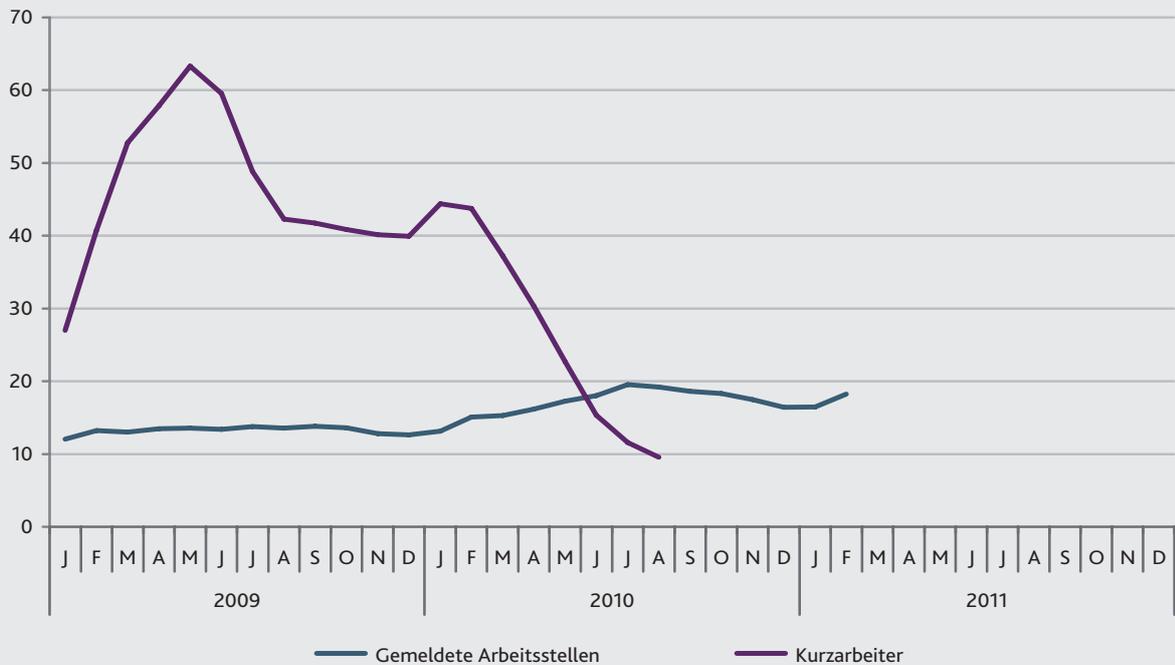
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



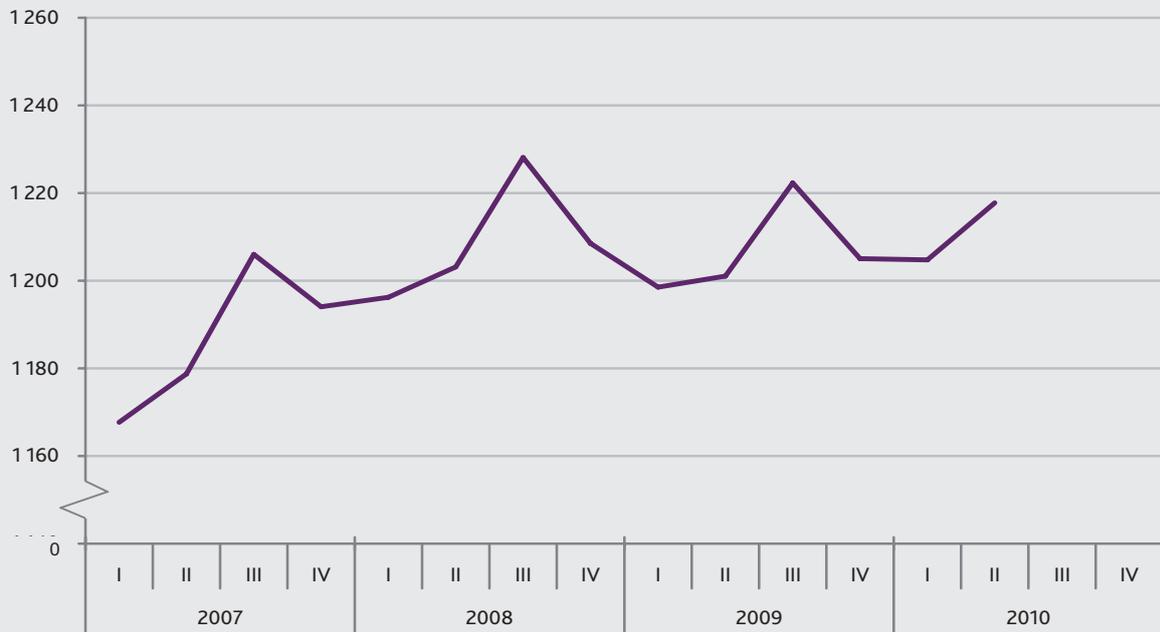
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



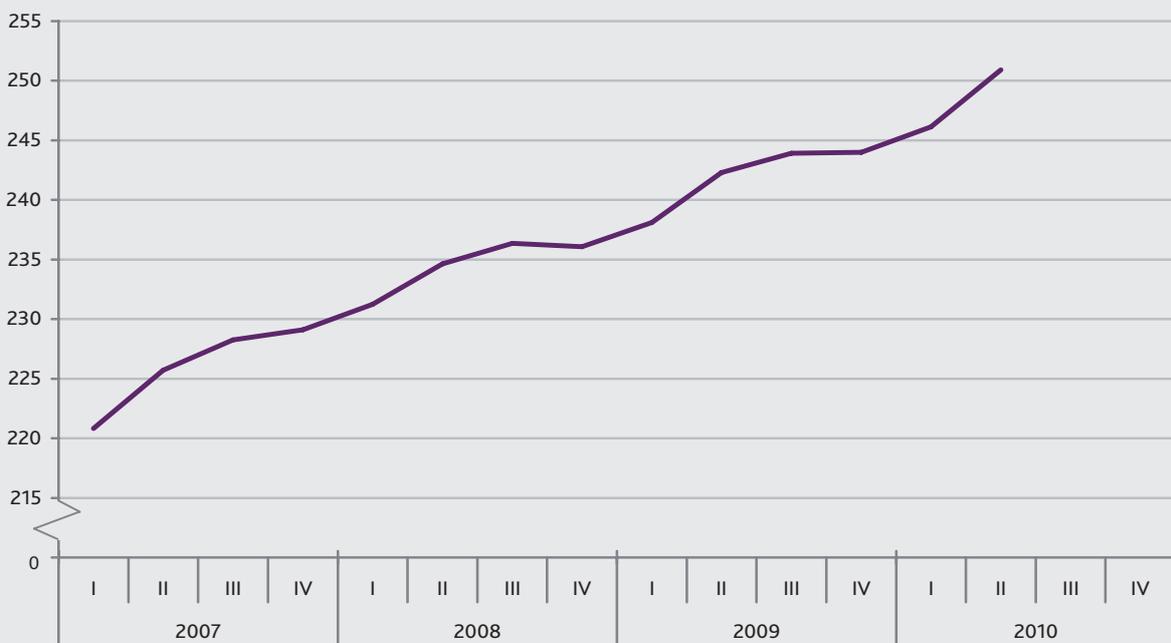
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



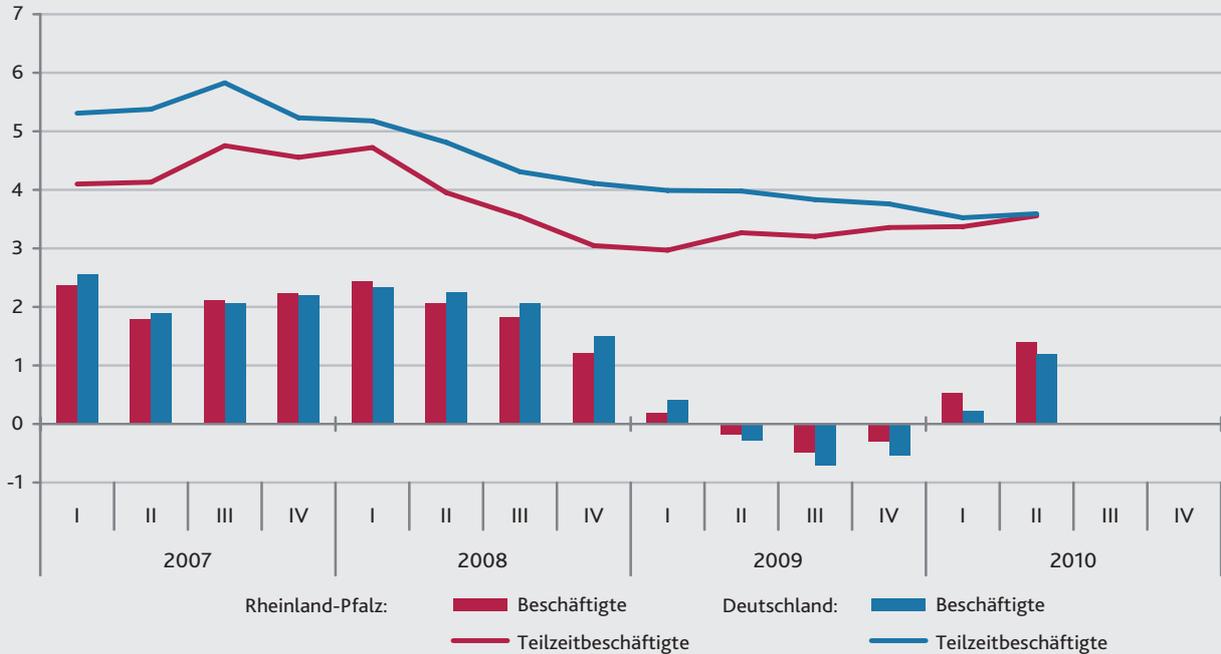
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



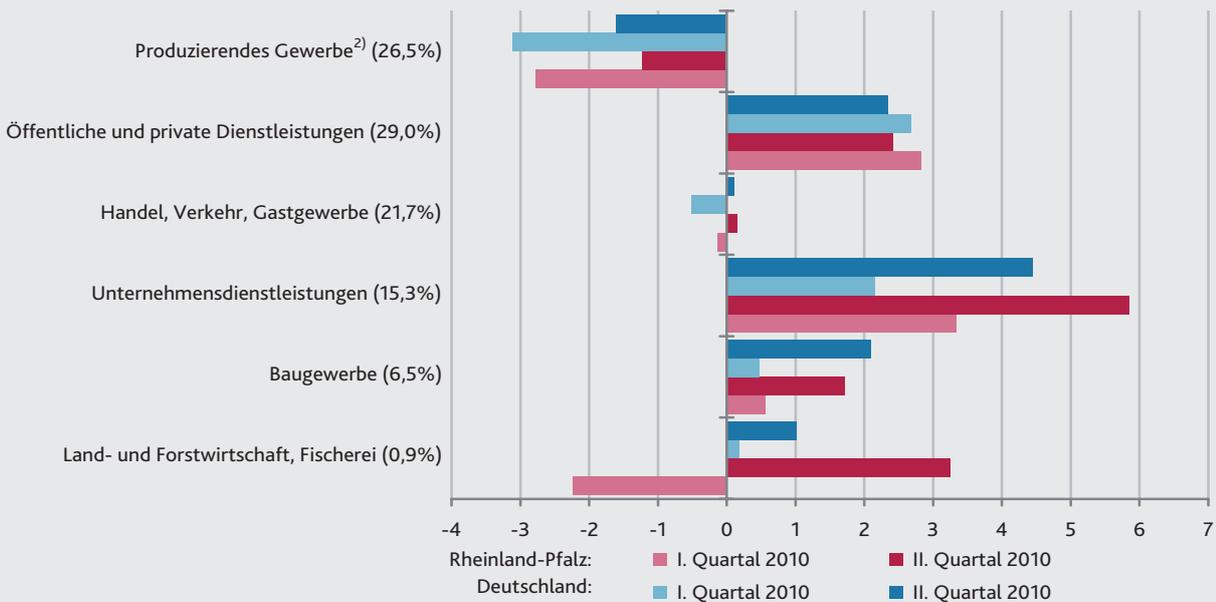
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

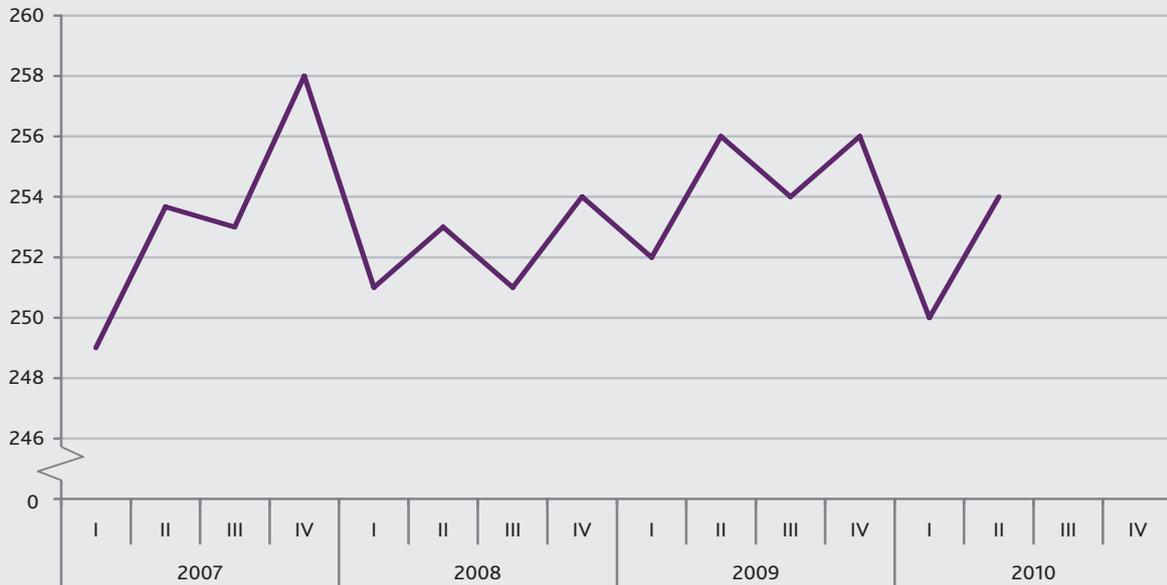
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – 2) Ohne Baugewerbe.

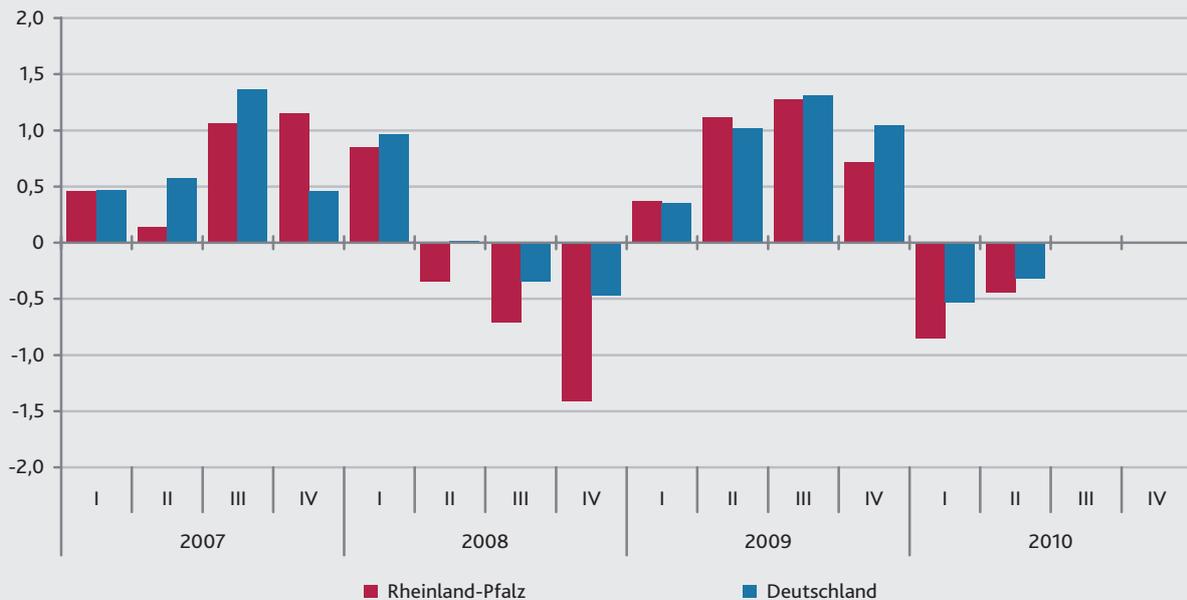
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



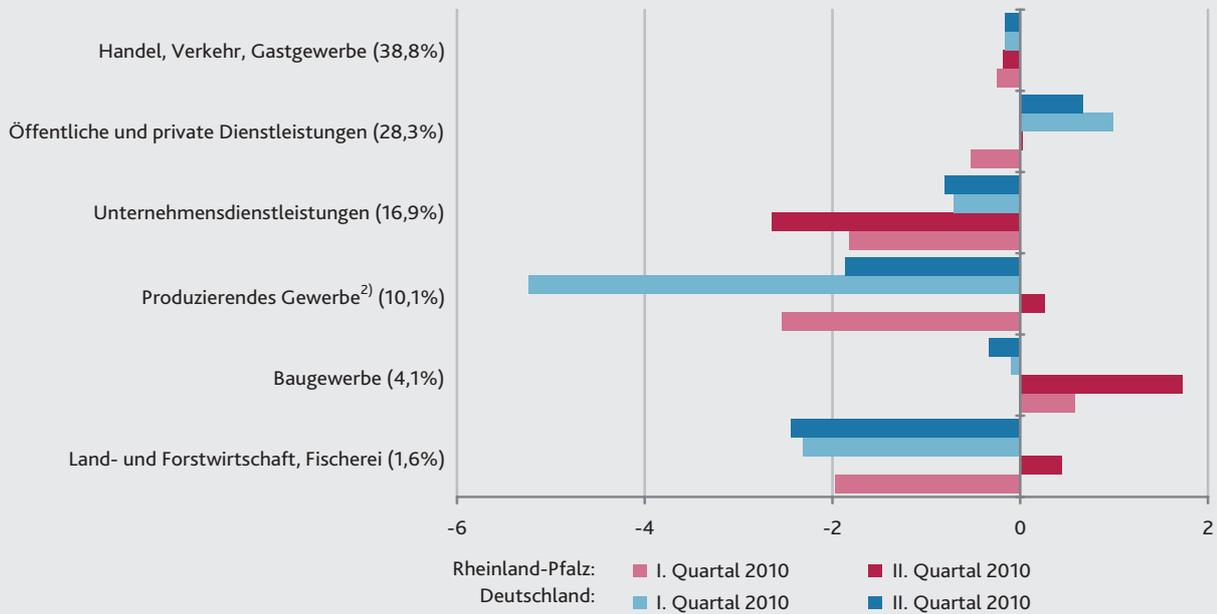
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Februar 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchen-

umsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene

Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values range from approximately 60,000 to 150,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows and columns appearing to be highlighted or shaded.

20	129 151	130 933	131 942
752	134 121	128 093	127 942
6 058	126 824	133 450	129 432
134 628	134 545	157 264	133 520
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	77 082
78 320	78 146	92 396	92 396
95 409	94 429	125 873	125 873
	125 677	103 800	103 800
	87 027	69	69

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 ¹	4 013 ¹	4 017	4 016	4 016	4 007	4 007	4 006	4 006
darunter Ausländer ²	1 000	308 ¹	306 ¹	307	307	308	307	308	309	309

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 672	1 656	2 598	2 431	1 608	2 635	2 759	2 003	1 996
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 685	2 573	2 817	2 900	2 564	2 823	2 733	2 935	2 609
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	8,3	8,8	7,5	8,3	8,0	8,9	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 578	3 659	3 373	3 255	3 443	3 579	3 399	3 372	3 336
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	9,9	9,9	10,1	10,5	10,0	10,2	9,8
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	10	5	9	5	1	11	11	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	1,8	3,1	2,0	0,4	4,0	3,7	3,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	- 1 085	- 556	- 355	- 879	- 756	- 666	- 437	- 727
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 1,6	- 1,1	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 1,3	- 2,1

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	9 425	9 290	10 241	8 887	10 329	9 241	9 555
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	2 835	3 245	3 290	3 013	3 271	3 467	3 057
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	9 828	9 326	9 855	8 400	9 842	9 083	9 194
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	2 860	2 694	2 841	2 205	2 623	2 324	2 251
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	- 403	- 36	386	487	487	158	361
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 673	12 832	14 269	13 618	14 290	13 622	14 591	13 384	12 798

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2007	2008		2009			2010		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 179	1 203	1 209	1 198	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218
* Frauen	1 000	527	540	550	549	549	559	556	556	558

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2007	2008		2009			2010		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Ausländer/-innen	1 000	73	77	73	74	76	77	71	74	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	226	235	236	238	242	244	244	246	251
* darunter Frauen	1 000	195	202	204	205	208	209	209	211	214
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	...	10	9	10	11	11	8	9	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	...	411	412	407	404	409	401	398	402
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	...	263	265	263	264	269	264	262	265
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	...	185	179	175	176	181	177	181	187
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	...	333	344	344	345	352	354	354	353

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2008	2009		2010			2011		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Arbeitslose	Anzahl	116 248	127 400	120 104	133 894	134 633	108 312	113 104	128 279	125 751
* Frauen	Anzahl	57 752	57 826	54 214	58 072	57 738	51 898	52 631	57 305	56 341
Männer	Anzahl	58 496	69 574	65 890	75 822	76 895	56 414	60 473	70 974	69 410
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	43 834	52 957	46 890	56 580	57 732	40 301	42 881	51 464	49 604
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	72 414	74 443	73 214	77 314	76 901	68 011	70 223	76 815	76 147
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,6	6,1	5,7	6,4	6,4	5,2	5,4	6,1	6,0
* Frauen	%	6,0	6,0	5,6	6,0	5,9	5,3	5,4	5,9	5,8
* Männer	%	5,3	6,2	5,9	6,7	6,8	5,0	5,4	6,3	6,2
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,6	6,6	5,4	6,1	6,5	4,3	4,4	5,2	5,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,0	4,1	3,2	3,4	3,6	2,7	2,7	2,9	3,1
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,0	6,2	5,9	6,5	6,5	5,8	6,1	6,9	6,7
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,7	6,4	6,1	6,7	6,7	6,2	6,5	7,3	7,1
* Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	12,9	14,3	14,1	11,6	12,1	13,6	13,3
Deutsche	%	5,1	5,6	5,2	5,8	5,9	4,7	4,9	5,6	5,4
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	4 624	42 408	40 002	44 385	43 753
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	15 786	13 243	12 638	13 122	15 080	17 467	16 443	16 472	18 246

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	467	432	479	361	357	489	466	444	453
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	443	408	446	336	340	462	425	418	439

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Einheit	2008	2009				2010				
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	467	432	479	361	357	489	466	444	453
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	1	-	1	2	7	1	3
Unternehmen	Anzahl	88	63	68	36	74	30	34	48	89
private Haushalte	Anzahl	376	366	410	325	282	457	425	395	361
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	642	627	702	535	529	662	714	729	620
* Umbauter Raum	1 000 m ³	437	441	498	389	316	491	494	497	427
* Wohnfläche	1 000 m ²	82	80	91	71	61	93	94	94	80
Wohnräume	Anzahl	3 532	3 434	3 762	2 986	2 487	3 717	3 762	3 707	3 259
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	107	111	128	99	83	132	132	129	113

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	106	103	111	101	143	146	124	125
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	10	16	10	21	21	22	15	24
Unternehmen	Anzahl	116	89	83	100	79	120	119	107	97
private Haushalte	Anzahl	3	2	4	1	1	2	5	2	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	22	9	14	4	7	8	45	9	12
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 243	707	577	554	623	832	1 000	825	708
* Nutzfläche	1 000 m ²	156	98	88	90	95	128	127	106	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	105	75	71	64	74	111	82	72	62

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	752	714	804	624	600	757	893	865	632
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 197	3 977	4 382	3 487	2 854	4 252	4 508	4 203	3 309

Landwirtschaft

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 686	10 468	11 179	11 405	10 458	10 893	11 185	11 883	10 503
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 520	2 406	2 610	3 043	2 569	2 417	2 678	3 296	2 473
darunter										
* Kälber ²	t	18	13	15	15	35	12	12	18	24
* Jungrinder	t	...	11	8	25	13	4	15	24	15
* Schweine	t	8 094	8 001	8 510	8 261	7 805	8 428	8 457	8 486	7 973
* Eierzeugung ³	1 000	9 727	8 738	8 351	7 207	6 629	13 883	14 180	15 316	15 443

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴

* Betriebe	Anzahl	1 038	1 039	1 038	1 039	1 039	1 004	1 005	1 007	1 007
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	248 154	242 777	241 787	240 709	239 791	240 452	241 307	241 377	240 922
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 786	29 376	30 612	30 708	27 520	31 600	31 003	32 438	29 351
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	884	852	802	1 100	839	819	822	1 076	874
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 485	5 209	5 405	5 630	5 431	6 654	6 497	6 926	6 338
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	3 413	2 805	2 955	3 068	2 771	3 796	3 657	3 954	3 352
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 932	1 285	1 295	1 371	1 525	1 662	1 644	1 707	1 775
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	107	96	118	120	99	119	118	120	98
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 033	1 023	1 037	1 072	1 036	1 077	1 079	1 146	1 112
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 499	1 537	1 671	1 635	2 051	1 978	2 240	1 941
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 083	598	633	694	665	865	932	928	856
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 244	2 526	2 596	2 830	2 702	3 413	3 352	3 701	3 310
Exportquote ⁸	%	50,0	48,5	48,0	50,3	49,7	51,3	51,6	53,4	52,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	108,9	76,7	81,8	84,0	75,5	100,8	94,0	98,6	98,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	109,1	78,0	80,9	82,2	73,2	99,7	84,3	90,6	82,9
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	105,4	67,5	75,0	79,9	73,3	99,9	102,9	104,3	116,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2008	2009				2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	89,4	78,9	102,1	96,6	76,3	117,1	113,8	106,7	81,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	127,6	109,5	114,7	111,8	100,0	109,3	110,8	120,6	120,7
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	109,4	68,4	69,0	69,5	63,4	89,4	70,1	76,0	70,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	93,1	54,0	67,5	58,8	59,0	89,4	96,3	93,9	97,0

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2,3}	Anzahl	111	116	115	115	115	165	163	163	163
* Beschäftigte ^{2,3,4}	Anzahl	9 943	10 014	10 011	10 023	10 044	9 533	9 477	9 467	9 464
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2,3}	1 000 h	1 261	1 272	1 318	1 350	1 179	1 262	1 193	1 282	1 152
* Bruttoentgeltsumme ^{2,3}	Mill. EUR	35	36	42	50	34	33	42	50	36
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	759	567	572	571	549	453	475	491	531
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	743	551	552	554	534	441	462	478	516

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 466	36 362	36 552	36 733	36 378	38 588	38 344	38 005	37 515
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 647	3 479	4 079	3 869	2 812	4 329	4 282	4 033	2 102
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 419	1 291	1 440	1 509	1 137	1 583	1 605	1 536	843
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	929	877	989	898	709	1 028	992	971	624
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 298	1 311	1 650	1 462	966	1 718	1 685	1 526	635
darunter Straßenbau	1 000 h	664	653	837	720	451	855	866	778	221
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	84	83	87	102	84	90	90	106	80

¹ Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – ² Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – ³ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ⁴ Einschließlich der tätigen Inhaber. – ⁵ Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – ⁶ Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – ⁷ Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – ⁸ Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – ⁹ Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	355	420	444	436	431	403	446	381
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	113	103	131	133	125	123	115	132	112
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	105	102	108	113	113	108	106	116	107
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	145	150	181	198	198	200	182	198	162
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	74	96	111	98	97	94	102	59

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	312	358	357	358	359	364	362	362	361
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	11 985	13 063	13 024	13 085	12 990	13 076	13 228	13 443	13 326
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 819	4 210	4 129	4 324	4 392	4 101	4 316	4 449	4 474
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	83	90	88	90	97	86	95	93	101
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	311	330	306	329	436	258	328	348	439

Handel⁷**Großhandel⁸**

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Beschäftigte	2005=100	123,6	118,2	117,8	117,7	117,0	117,7	118,6	118,9	118,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	116,7	114,9	115,1	115,3	117,1	119,5	120,3	118,6
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	119,9	105,7	115,6	111,3	103,8	126,8	120,9	119,2	109,3
* Umsatz real ⁹	2005=100	108,7	100,6	110,3	105,8	98,4	113,1	108,3	106,8	96,8

Einzelhandel^{9, 10}

* Beschäftigte	2005=100	106,0	106,3	106,7	106,8	106,9	107,2	107,6	107,6	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,3	107,9	107,8	108,2	108,5	108,7	109,5	110,3	110,4
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	111,2	109,3	116,4	109,3	129,0	110,9	116,3	113,8	128,9
* Umsatz real ⁹	2005=100	107,7	106,5	113,8	106,9	126,3	106,9	112,4	109,5	124,5

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{P, 2}

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2005= 100	102,9	105,7	107,1	106,5	105,8	106,6	106,2	106,1	105,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005= 100	115,1	124,3	128,3	125,8	124,9	128,4	126,7	126,9	127,7
* Umsatz nominal ³	2005= 100	94,1	94,0	105,2	91,8	79,3	94,5	102,6	100,4	89,1
* Umsatz real ³	2005= 100	90,6	89,7	100,1	87,5	75,7	89,6	97,0	94,9	84,3

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005= 100	105,1	103,8	108,8	102,9	101,9	109,6	108,4	102,4	101,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005= 100	111,5	113,1	118,6	111,1	111,3	117,1	116,5	110,8	110,0
* Umsatz nominal ³	2005= 100	102,8	98,7	111,5	86,6	95,5	117,3	117,5	90,2	94,4
* Umsatz real ³	2005= 100	96,6	92,7	104,2	81,3	89,2	106,3	106,5	82,3	85,9

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	621	620	785	473	404	888	839	503	399
* darunter von Auslandsgästen	1 000	148	150	159	103	106	200	171	106	97
* Gästeübernachtungen	1 000	1 686	1 678	2 120	1 155	1 070	2 333	2 220	1 220	1 042
* darunter von Auslandsgästen	1 000	427	437	434	258	281	561	463	270	253

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	2 017	1 950	2 183	2 061	1 967	2 121	2 172	1 938	2 050
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 528	1 348	1 229	1 506	1 525	1 274	1 279
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	26	17	9	16	26	24	21
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	14	10	5	3	9	9	15
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	5	1	1	7	10	8	3
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	3	-	1	4	2	-
Fußgänger	Anzahl	3	2	3	1	2	3	-	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 921	1 806	1 619	1 961	1 983	1 681	1 710

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	380	315	252	364	390	297	290
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	135	166	151	146	172	138	166
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	82	79	119	53	35	107	104	79	35
Radfahrer	Anzahl	47	48	78	37	19	76	57	43	29
Fußgänger	Anzahl	35	32	29	27	37	24	45	27	43

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 408	16 398	15 581	13 297	10 162	11 794	11 769	11 929	11 468
darunter										
Krafträder	Anzahl	835	693	358	218	122	506	290	145	99
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 243	14 675	14 284	12 150	9 134	10 118	10 141	10 496	9 934
* Lastkraftwagen	Anzahl	929	716	721	748	621	802	964	973	1 017
Zugmaschinen	Anzahl	314	248	162	128	207	276	305	231	335

Personenbeförderung

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 125	61 778	63 399	54 542	63 669	57 395	54 306	46 268	...
Personenkilometer ³	Mill.	577	574	581	499	629	539	535	455	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gütereingang	1 000 t	1 158	985	922	860	1 009	1 226	1 220	1 223	1 268
* Güterversand	1 000 t	945	834	829	825	935	1 022	969	975	984

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 885	2 898	3 042	3 116	3 322	3 605	3 645	3 639
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	265	255	287	257	294	284	313	303
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 584	2 600	2 712	2 815	2 933	3 208	3 218	3 223

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	18	20	17	18	21	24	22	20
* Halbwaren	Mill. EUR	149	111	124	114	117	149	168	157	164
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 455	2 456	2 582	2 680	2 763	3 015	3 039	3 040
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 009	787	714	793	982	872	928	909	901
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 667	1 743	1 789	1 698	1 891	2 087	2 130	2 138
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 678	2 002	2 153	2 170	2 005	2 288	2 522	2 634	2 565
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 338	1 766	1 903	1 909	1 755	1 969	2 177	2 283	2 220
Belgien	Mill. EUR	190	145	154	158	144	183	185	184	167
Luxemburg	Mill. EUR	49	44	48	45	43	60	57	55	55
Dänemark	Mill. EUR	50	33	36	34	33	36	41	37	36
Finnland	Mill. EUR	31	22	24	22	21	27	27	29	24
Frankreich	Mill. EUR	413	321	344	336	336	340	378	399	389
Griechenland	Mill. EUR	44	32	33	41	36	27	31	31	33
Großbritannien	Mill. EUR	237	184	193	201	185	207	226	240	241
Irland	Mill. EUR	13	8	8	7	7	8	8	9	9
Italien	Mill. EUR	265	211	223	237	212	193	255	267	278
Niederlande	Mill. EUR	228	185	194	186	175	203	210	247	223
Österreich	Mill. EUR	153	126	129	134	126	147	160	148	144
Schweden	Mill. EUR	66	41	47	48	46	64	69	72	62
Spanien	Mill. EUR	215	157	188	167	159	152	173	179	188
Portugal	Mill. EUR	27	18	20	17	17	21	22	25	23
* Afrika	Mill. EUR	83	76	73	89	82	88	103	83	83
* Amerika	Mill. EUR	542	406	274	354	590	455	446	417	389
darunter nach USA	Mill. EUR	418	296	187	232	473	264	253	257	233
* Asien	Mill. EUR	418	373	375	405	410	456	500	479	570
darunter nach China	Mill. EUR	76	85	98	97	98	104	123	115	171
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	28	22	24	29	34	33	32	31

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 809	1 768	1 862	1 857	2 322	2 439	2 381	2 504
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	206	193	200	174	233	202	217	232
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 507	1 505	1 583	1 605	1 937	2 062	1 985	2 080
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	105	76	77	75	73	89	92	48	110
* Halbwaren	Mill. EUR	278	184	179	158	193	307	289	269	328
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 248	1 250	1 350	1 338	1 542	1 682	1 668	1 642

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	332	308	386	365	495	480	477	474
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	916	942	965	974	1 046	1 202	1 191	1 168
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 317	1 320	1 406	1 407	1 681	1 762	1 768	1 842
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 459	1 118	1 141	1 217	1 213	1 450	1 492	1 557	1 553
Belgien	Mill. EUR	254	180	183	174	206	249	263	247	277
Luxemburg	Mill. EUR	38	34	33	39	34	39	37	48	38
Dänemark	Mill. EUR	27	25	25	34	20	21	36	27	18
Finnland	Mill. EUR	11	9	8	7	8	10	8	10	11
Frankreich	Mill. EUR	256	192	196	184	188	211	232	213	239
Griechenland	Mill. EUR	7	7	8	6	6	9	7	7	8
Großbritannien	Mill. EUR	74	63	61	117	63	80	82	87	89
Irland	Mill. EUR	7	7	7	6	8	13	13	12	14
Italien	Mill. EUR	129	110	109	124	150	129	129	151	143
Niederlande	Mill. EUR	273	162	151	165	173	267	235	277	265
Österreich	Mill. EUR	71	59	58	62	60	90	101	96	89
Schweden	Mill. EUR	46	27	32	31	24	24	29	39	29
Spanien	Mill. EUR	75	67	71	80	88	82	79	77	89
Portugal	Mill. EUR	14	12	13	9	12	13	14	14	15
* Afrika	Mill. EUR	34	29	21	23	16	29	31	31	44
* Amerika	Mill. EUR	210	219	166	178	175	229	256	243	236
darunter aus USA	Mill. EUR	145	145	98	108	105	139	167	160	144
* Asien	Mill. EUR	283	239	255	250	255	379	384	335	377
darunter aus China	Mill. EUR	131	110	106	121	103	157	179	155	164
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	5	4	4	3	6	4	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 392	3 517	3 582	3 415	3 105	3 618	3 198	3 145	2 615
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	491	517	524	469	474	517	447	467	420
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 338	2 425	2 527	2 420	2 105	2 534	2 207	2 166	1 664
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 094	3 015	2 776	2 898	3 833	2 794	2 764	3 122	3 615
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	460	490	442	408	631	388	366	432	526
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 064	1 996	1 812	1 976	2 606	1 895	1 887	2 137	2 544

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	592	627	654	682	582	710	664	631	665
davon										
* Unternehmen	Anzahl	107	115	117	105	77	131	114	108	106
* Verbraucher	Anzahl	355	374	418	425	372	427	408	400	453
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	115	92	126	111	131	121	114	98
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	16	23	27	26	22	21	21	9	8
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	98	149	212	97	207	102	86	82	71

Handwerk²

	Einheit	2008	2009			2010 ³				
		Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
* Beschäftigte ⁴	2007=100 ⁵	97,5	96,0	95,5	97,7	96,0	96,9	97,7	100,1	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁶	103,4	101,1	102,7	105,2	111,2	76,3	98,3	101,6	...

Preise

	Einheit	2008	2009		2010			2011		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	106,9	106,4	106,8	107,6	108,7	108,5	109,0
* Nettokalmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	104,0	104,0	104,2	104,9	104,9	105,0	105,2

Verdienste⁷

	Einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	...	3 142	3 169	3 190	3 185	3 231	3 238	...
* Frauen	EUR	2 961	...	2 744	2 762	2 780	2 780	2 804	2 811	...
* Männer	EUR	3 613	...	3 297	3 328	3 350	3 345	3 399	3 405	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 898	...	5 309	5 345	5 401	5 403	5 484	5 486	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 874	...	3 576	3 607	3 627	3 638	3 678	3 691	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 993	...	2 743	2 769	2 781	2 772	2 818	2 835	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 441	...	2 229	2 270	2 285	2 266	2 331	2 361	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 857	...	1 751	1 787	1 764	1 735	1 783	1 779	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3 Einheit: 2009=100. – 4 Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 5 30.09. – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	...	3 178	3 223	3 253	3 224	3 315	3 343	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	...	3 070	3 039	3 092	3 130	3 097	3 122	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	...	3 202	3 247	3 298	3 284	3 372	3 400	...
* Energieversorgung	EUR	5 013	...	4 346	4 343	4 326	4 297	4 389	4 372	...
* Wasserversorgung ²	EUR	2 877	...	2 702	2 704	2 758	2 743	2 754	2 753	...
* Baugewerbe	EUR	3 017	...	2 886	2 948	2 884	2 718	2 858	2 920	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	...	3 116	3 131	3 144	3 157	3 171	3 163	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	...	3 001	3 040	3 098	3 071	3 095	3 092	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	...	2 581	2 587	2 625	2 596	2 627	2 620	...
* Gastgewerbe	EUR	1 992	...	1 938	1 927	1 944	2 005	1 977	1 974	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	...	(3 901)	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169	4 253	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	...	3 804	3 796	3 797	3 865	3 905	3 897	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	...	(2 980)	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411	3 535	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	...	3 432	3 418	3 461	3 519	3 575	3 555	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	...	1 891	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836	1 801	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	...	3 103	3 136	3 136	3 142	3 158	3 171	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	...	3 854	3 884	3 881	3 896	3 926	3 925	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	...	3 217	3 218	3 244	3 236	3 259	3 268	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	...	(3 185)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)	3 118	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	...	2 622	2 621	2 646	2 642	2 662	2 647	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 529	112 943	111 639	112 534	116 428	116 512	116 351	117 189	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 120	11 791	11 682	11 421	11 908	11 877	12 355	12 814	...

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 062	11 679	11 275	11 892	13 052	13 298	13 673	13 792	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	92 347	89 473	88 682	89 221	91 468	91 337	90 323	90 583	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 081	103 636	102 925	103 339	105 575	105 490	106 220	107 461	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 036	95 570	95 167	95 489	96 893	96 928	97 402	97 717	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 044	8 066	7 758	7 850	8 682	8 562	8 818	9 744	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 448	9 307	8 714	9 195	10 853	11 022	10 131	9 728	...

Einlagen und aufgenommene
Kredite von Nichtbanken

	Mill. EUR	101 309	103 669	102 226	104 036	106 742	106 999	108 110	110 517	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 449	34 674	33 464	35 897	37 983	38 890	40 771	43 811	...
Termineinlagen	Mill. EUR	38 076	34 510	34 778	33 558	33 252	31 999	31 191	30 462	...
Sparbriefe	Mill. EUR	8 972	8 091	8 197	7 582	7 333	7 152	6 999	6 909	...
Spareinlagen	Mill. EUR	24 813	26 394	25 787	26 999	28 174	28 958	29 149	29 335	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	98 361	101 502	100 204	101 786	104 561	104 441	105 579	108 007	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	95 971	99 326	97 988	99 590	102 415	102 597	103 462	105 680	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 390	2 176	2 216	2 196	2 146	1 844	2 117	2 327	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 948	2 167	2 022	2 250	2 181	2 558	2 531	2 510	...

Steuern

Einheit	2008	2009		2010				2011
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 007	2 755	2 814	3 557	2 369	2 899	3 372	4 110	2 898
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	982	913	782	1 552	626	528	913	1 596	720
Lohnsteuer	Mill. EUR	674	667	872	833	529	472	854	797	612
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	141	139	386	-	-	-	379	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	128	96	- 10	404	- 7	24	- 11	445	- 24
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	61	11	30	30	14	15	43	27

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2008	2009		2010				2011		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	Mill. EUR	47	43	68	16	87	15	42	15	85
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge ²	Mill. EUR	18	17	46	-	-	0	25	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	70	46	- 158	269	- 13	3	12	296	21
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 0	- 3	- 3	-	-	-	18	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 025	1 841	2 032	2 005	1 743	2 372	2 459	2 514	2 178
Umsatzsteuer	Mill. EUR	427	456	528	464	402	415	516	479	393
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 598	1 385	1 504	1 541	1 341	1 957	1 943	2 036	1 784
Zölle	Mill. EUR	161	145	139	136	137	216	193	197	177
Bundessteuern^{3,4}	Mill. EUR	78	96	101	175	100	90	91	177	97
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	23	27	32	55	7	31	34	61	9
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	40	24	79	30	26	23	84	33
Landessteuern	Mill. EUR	94	70	37	42	39	52	52	55	49
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	- 0	6	0	0	- 0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	16	8	8	7	13	16	15	13
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	16	15	17	15	19	23	21	19
Kraftfahrzeugsteuer ³	Mill. EUR	40	20	-	-	-	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	12	11	11	14	11	10	12	14
Feuerschutzsteuer ⁴	Mill. EUR	1	1	0	4	0	-	-	3	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	3	3	2	3	3

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.		
Gemeindesteuern										
Grundsteuer A	Mill. EUR	523	429	478	392	385	414	543	449	556
Grundsteuer B	Mill. EUR	5	5	5	5	3	4	5	6	4
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	106	107	118	120	99	100	116	129	101
sonstige Gemeindesteuern ⁵	Mill. EUR	404	309	347	256	275	302	412	304	444
	Mill. EUR	9	9	7	11	8	7	10	10	7

1 Bis 2008 Zinsabschlag. – 2 Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 3 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 4 Die Versicherungssteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungssteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil quartalsweise nachgewiesen. – 5 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände

Einheit	2008	2009				2010			
	Durchschnitt	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	
Mill. EUR	826	690	730	655	874	500	826	686	1 035
Gewerbesteuer (netto) ¹	326	255	290	184	196	286	357	222	332
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	344	283	280	295	513	87	297	284	525
Anteil an der Umsatzsteuer	37	32	29	40	55	15	41	35	66

Einheit	2008	2009		2010				2011	
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Mill. EUR	765	695	618	970	570	545	731	998	646
Landessteuern	94	70	37	42	39	52	52	55	49
Anteil an den Steuern vom Einkommen	372	333	263	573	267	164	327	582	301
Lohnsteuer	235	225	316	249	226	144	303	223	260
veranlagte Einkommensteuer	54	41	- 4	172	- 3	10	- 5	189	- 10
Kapitalertragsteuer	27	25	0	11	12	2	4	15	3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	21	19	30	7	38	6	19	7	37
Körperschaftsteuer	35	23	- 79	134	- 6	2	6	148	11
Anteil an den Steuern vom Umsatz	280	278	315	321	266	287	346	319	286
Umsatzsteuer	199	216	244	251	195	201	250	231	192
Einfuhrumsatzsteuer	81	62	70	69	70	86	96	88	94
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	5	4	1	8	- 0	11	1	11	3
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	1	0	3	- 0	5	1	5	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	11	8	2	18	- 1	22	3	22	6
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	0	4	- 0	4	1	4	1
Mill. EUR	1 578	1 448	1 473	1 905	1 257	1 629	1 741	2 183	1 542
Bundessteuern	78	96	101	175	100	90	91	177	97
Anteil an den Steuern vom Einkommen	427	396	322	682	268	225	390	703	310
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 068	952	1 049	1 040	889	1 303	1 259	1 292	1 136
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	5	4	1	8	- 0	11	1	11	- 1

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – ² Bis 2008 Zinsabschlag.

Neuerscheinungen im Februar 2011

Statistische Berichte**Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

Bestockte Rebflächen 2010

Kennziffer: C1073 201000

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung
im 3. Vierteljahr 2010

Kennziffer: C3053 201043

Schweinebestände und Schweinehaltungen
am 3. November 2010

Kennziffer: C3083 201022

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeits-
stätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im November 2010

Kennziffer: D1023 201011

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden im Dezember 2010 –

Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und
mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201012

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im Dezember 2010

Kennziffer: E1033 201012

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im November 2010

Kennziffer: E4023 201011

Gasabsatz und Erlöse 2009

Kennziffer: E4063 200900

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen 2010

Kennziffer: F2023 201000

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im Dezember 2010

Kennziffer: G4023 201012

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2010

Kennziffer: H1023 201011

Binnenschifffahrt im November 2010

Kennziffer: H2023 201011

Sozialleistungen

Jugendhilfe 2009 –

Teil I: Erzieherische Hilfen –

Teil IV: Ausgaben und Einnahmen

Kennziffer: K1053 200900

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern 2006 bis 2010

Kennziffer: L1013 201000

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Januar 2011

Kennziffer: M1013 201101

Finanzen und Vermögen privater Haushalte

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Kennziffer: O2013 200801

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2010

Kennziffer: Z1013 201011

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2011

Kennziffer: Z2201 201102

Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2009
(Statistische Analysen No 19)

Kennziffer: Z2158 200901

E-Mail-Versand: Schulverzeichnis für
allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz,
Schuljahr 2010/2011

Kennziffer: B1004E 201100

CD-ROM: Schulverzeichnis für
allgemeinbildende Schulen in Rheinland-Pfalz,
Schuljahr 2010/2011

Kennziffer: B1004C 201100

E-Mail-Versand: Schulverzeichnis für
berufliche Schulen und Schulen des Gesundheits-
wesens in Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2010/2011

Kennziffer: B2004E 201000

CD-ROM: Schulverzeichnis für berufliche Schulen
und Schulen des Gesundheitswesens in

Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2010/2011

Kennziffer: B2004C 201000

Faltblatt: Landwirtschaftszählung 2010 –
Vorläufige Ergebnisse

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kindertagesbetreuung regional 2010 –
Ein Vergleich aller 412 Kreise in Deutschland

Kennziffer: K5015 201000

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 1998 bis 2009 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 Arbeitsvolumen

Kennziffer: A6225 200900

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter
in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen
Deutschlands 1991 bis 2009 –

Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 –

Berechnungsstand: August 2010

Kennziffer: P1225 201000

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH, Köln-Düsseldorfer Deutsche Rheinschiffahrt AG, Dietmar Guth und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.